

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Johannes Kraft (CDU) und Christopher Förster (CDU)

vom 25. Januar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Januar 2023)

zum Thema:

Digitalisierung von Fachverfahren

und **Antwort** vom 15. Februar 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Februar 2023)

Herrn Abgeordneten Johannes Kraft (CDU) und
Herrn Abgeordneten Christopher Förster (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/14 735
vom 25. Januar 2023
über Digitalisierung von Fachverfahren

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele unterschiedliche Fachverfahren gibt es in der Hauptverwaltung und in den Berliner Bezirken?

Zu 1.:

In dem Berichtswesensystem, der Datenbank „IT-BePla“ – IT-Bestands- und Planungsübersicht, sind momentan 330 aktive Fachverfahren erfasst, die von der Hauptverwaltung und den Bezirken Berlins gemeldet wurden.

2. Welche Fachverfahren sind in der Hauptverwaltung und in den Bezirken bereits digitalisiert (bitte einzeln angeben)?

Zu 2.:

In der IT-BePla sind unter dem Status aktiv die bereits digitalisierten Fachverfahren aufgelistet. Diese sind der Anlage „IT-Verfahren Bestandsdaten“ als Auszug aus der IT-BePla zu entnehmen.

3. Welche Fachverfahren sind in der Hauptverwaltung und in den Bezirken für eine Digitalisierung vorgesehen (bitte einzeln angeben)?

Zu 3.:

In der IT-BePla ist dazu keine Übersicht über geplante Digitalisierung der Fachverfahren vorhanden. In der Anlage „Digitalisierungsvorhaben der Ressorts“ sind alle für eine Digitalisierung geeigneten, bei der Stabsstelle Digitalisierung gemeldeten Fachverfahrensvorhaben der Ressorts (in den Bezirken werden keine IT-Fachverfahren geplant) mit Stand September 2022 aufgeführt – eine Abfrage zur Aktualisierung der Übersicht ist aktuell in Bearbeitung.

4. Wie ist hier jeweils der Zeitplan?

Zu 4.:

Auf die Beantwortung zu Frage 3 wird verwiesen. Die Aktualisierung der Übersicht wird auch eine Aufstellung über den jeweiligen groben Zeitplan enthalten und mit dem nächsten Umsetzungsbericht zum E-Government-Gesetz Berlin vorgelegt werden.

5. Wie bewertet der Senat die gleichlautende Aussage der BzBm aus Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg „Aus den Quellen für Charlottenburg-Wilmersdorf lässt sich noch nicht mal eine Übersicht über die Anzahl der infrage kommenden Fachverfahren ermitteln“ im Rahmen der Vw 0083 hinsichtlich der Umsetzung der dringend notwendigen Digitalisierungsprozesse der Fachverfahren?

Zu 5.:

Dem Senat liegen hierzu keine Informationen vor.

Die Nutzung, Anwendung und Weiterentwicklung sämtlicher Fachverfahren im Land verantwortet die jeweilige Fachverfahrens- und Dienste-Verantwortliche Behörde (FVDB).¹ Pro Politikfeld einer FVDB ist die Rolle einer Politikfeld-Digitalisierungsmanagerin bzw. eines Politikfeld-Digitalisierungsmanagers vorgesehen. Das Digitalisierungsmanagement verantwortet die Digitalisierung und den Einsatz der Fachverfahren.²

Das heißt, dass die Verantwortung und Planungen für Digitalisierung der Fachverfahren ausschließlich in den Senatsressorts erfolgen und somit keine bezirkliche Übersicht vorliegt.

¹ Vgl. Anlage: IKT-Rollenkonzept, 3.2. Fachverfahrens- bzw. Dienste-Verantwortliche Behörden (FVDB), S. 13

² Vg. Anlage: IKT-Rollenkonzept, 4.3.3. Politikfeld-Digitalisierungsmanagement, S. 27

6. Wie bewertet der Senat die gleichlautende Aussage der BzBm aus Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg „Generell wird festgestellt, dass sich die nachgefragten Personalbedarfe vermutlich nicht quantifizieren lassen.“ aus selbem Vorgang hinsichtlich der Umsetzung der dringend notwendigen Digitalisierungsprozesse der Fachverfahren?

Zu 6.:

Je nach Größe und Komplexität der Fachverfahren ist der Personalbedarf unterschiedlich. Die Planung von Fachverfahren obliegt den jeweils fachlich zuständigen Senatsressorts. Diese ermitteln den Personalbedarf dafür, bei Betroffenheit der Bezirke in der Regel in Abstimmung mit diesen. Das Personal der Bezirke wird aus deren Globalsumme finanziert.

7. Wie ermittelt sich der Personalbedarf der Bezirke für die Digitalisierung der Fachverfahren?

Zu 7.:

Wie in der Antwort zur Frage 6 dargelegt, ermittelt sich der Personalbedarf in Abhängigkeit von der Komplexität des Fachverfahrens und bei Bedarf in Abstimmung zwischen dem zuständigen Ressort und den Bezirken.

8. Inwieweit sind die Bezirke bei der Ermittlung ihres jeweiligen Personalbedarfs für die Digitalisierung der Fachverfahren eingebunden?

Zu 8.:

Wie in der Antwort zur Frage 6 dargelegt, stimmen sich die zuständigen Ressorts bei Betroffenheit der Bezirke in der Regel mit diesen zum Personalbedarf ab.

9. Welche Kommunikationswege bestehen zwischen der Hauptverwaltung und den Bezirken im Hinblick auf die Digitalisierung der Fachverfahren sowie des sich daraus ergebenden Personalbedarfs?

Zu 9.:

Im Rahmen des Geschäftsprozessmanagements, in dessen Folge auch die Digitalisierung von Fachverfahren erfolgt, haben Senat und Bezirke für jedes Politikfeld das zuständige Ressort sowie einen dazu bei Bedarf mitwirkenden Bezirk (als Vertretung der Bezirksebene) festgelegt. Diese befinden sich in der Folge in regelmäßigem Austausch dazu. In der Antwort zum „Berichtsauftrag des Unterausschusses aus der Lesung der Bezirkshaushalte 2022/2023 am 23. Mai 2022“ ist festgehalten: „Der Prozess der Digitalisierung von Arbeitsprozessen wird bezirksübergreifend und in Politikfelder unterteilt bearbeitet. Federführend ist dafür die jeweils zuständige Senatsfachverwaltung, die für die bezirklichen

Schnittstellen jeweils von einem Bezirk unterstützt wird, dem das jeweilige Politikfeld zugeordnet ist.“³

Berlin, den 15. Februar 2023

In Vertretung

Dr. Ralf Kleindiek

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

³ (Vgl. Anlage: Berichtsauftrag des Unterausschusses aus der Lesung der Bezirkshaushalte 2022/2023 am 23. Mai 2022, Vw 0083,



*Quelle Abfrage 09/22

Vorhaben	Kurzbeschreibung
Auf- und Ausbau der Datenkompetenz der Berliner Verwaltung DASH	Die Datenkompetenz - dies umfasst Daten erfassen, auswerten und darstellen sowie evidenzbasierte Entscheidungen treffen - in der Berliner Verwaltung soll ausgebaut werden. Dazu wird die Vereinbarung der Skzl mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Beratung und Unterstützung der Berliner Verwaltung bei der Datenaufbereitung sowie der -pflege, bei Befragungen und beim datengestützten Monitoring fortgeführt. Im Rahmen dessen wird eine gemeinsame Dashboard-Lösung aufgebaut
Datenbank der schulpsy. und inklusionspäd. Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ)	Datenbank zur Erfassung, Prozessbegleitung und Bescheiderstellung von Feststellungsverfahren von sonderpäd. Förderbedarf
EBiG	IT-Umsetzung des Fachverfahrens zum Erwachsenenbildungsgesetz Berlin zur Anerkennung und Förderung von anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung
web@VHS	IKT-konformer Umbau der Website der Berliner Volkshochschulen Prozesse zur Kurssuche, -buchung und -bezahlung sollen im Web neu angeboten und auf eine modere Webanwendung umgestellt werden. Zugleich wird das Fachverfahren in eine 3-Schichtigkeit umgebaut, das Frontend nach der „mobil first“-Strategie aufgebaut und der Basisdienst ePayment zur Zahlungsabwicklung vorgesehen.
checkIT@VHS	IKT-konformer Umbau des IT-Fachverfahren in den Berliner Volkshochschulen. Zusätzlich wird die Leistungsfähigkeit und die Bedarfe geprüft sowie technologischen Standards genutzt.
Aus-, Fort- und Weiterbildungsdatenbank (AFW-DB)	Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften/ päd. Personal wird durch verschiedene IT-Fachverfahren verwaltet. Diese sollen in ein neues Fachverfahren zusammengeführt werden.
Berliner Schulportal	Das Berliner Schulportal ermöglicht mit einer einmaligen Anmeldung (Single-Sign-On) einen



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	personalisierten, strukturierten und prozessorientierten Zugang zu digitalen Werkzeugen, digitalen Fachverfahren, digitalen Bildungsmedien und Serviceangeboten, die von den Schulen, der Schulaufsichtsbehörde, den Schulbehörden (Schulträger), den Schülerinnen und Schülern, den Erziehungsberechtigten sowie von außerschulischen Kooperationspartnern für pädagogische und administrative Aufgaben genutzt werden.
Digitale Kopie von Zeugnissen	Für Bewerbungen (Uni, Schulen, Ausbildungsbetrieb, usw.) können Schülerinnen und Schüler eine digitale Kopie von Abschlusszeugnissen mit definierter Schnittstelle und Zertifizierung übergeben werden. (OZG-Leistung in Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt).
Digitale Ausweise/ Schulbesuchsbescheinigungen für Schülerinnen und Schüler	In einem Gemeinschaftsprojekt mit dem ITDZ, TU Berlin und SenWeb werden derzeit Möglichkeiten zur Digitalisierung von Ausweisen/ Bescheinigungen für Schülerinnen und Schüler erkundet.
An-/Ummeldung von Schülerinnen und Schüler online	In einem Gemeinschaftsprojekt mit „digitaler Antrag“ werden derzeit die Möglichkeiten geschaffen, dass die Sorgeberechtigten die Anmeldung bei Einschulung und Anmeldung an weiterbildende Schule online ermöglicht wird.
Mobile Endgeräte für pädagogische Beschäftigte an Schulen	Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal werden mit einem mobilen Endgerät ausgestattet. Dabei wird ein zentrales Management eingerichtet und entsprechende Servicestrukturen aufgebaut. Zubehör und Ersatzgeräte werden bereitgestellt.
Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler	Schülerinnen und Schüler werden mit einem mobilen Endgerät ausgestattet. Dabei wird ein zentrales Management eingerichtet und entsprechende Servicestrukturen aufgebaut. Zubehör und Ersatzgeräte werden bereitgestellt.
zentrales Mobile-Device-Management System	Zur Konfiguration, Steuerung, Administration und Betrieb der mobilen Endgeräte dient ein zentrales Mobile-Device-Management System, welches Service, Support und Wartung der Geräte ermöglicht.



Vorhaben	Kurzbeschreibung
Lernmanagementsysteme	Digitale Lernmanagementsysteme (Lernraum Berlin und itslearning) werden den Schulen zentral zur Verfügung gestellt.
Tools für die digitale Kommunikation in Schule	Über das Schulportal stehen Tools zur digitalen Kommunikation den Schulen zur Verfügung: Mail, Messenger, Kalender, Adressbuch
Bereitstellung Digitaler Werkzeuge für Schulen	Über das Schulportal stehen digitale Werkzeuge den Schulen zur Verfügung. Für das digital gestützte Lernen sind der Betrieb eines Videokonferenzsystems sowie Online-Office (zum Beispiel Textverarbeitungs-, Tabellenkalkulations-, Präsentationsprogramm) und Dateiablage unerlässlich. Lizenzkosten inkl. 2nd und 3rd Level Support
Bereitstellung Digitaler Bildungsmedien für Schulen	Über das Schulportal stehen digitale Bildungsmedien den Schulen zur Verfügung Bettermarks: Bereitstellung von Content (digitalen Bildungsmedien) mit einer Landeslizenz zur Förderung im Bereich Mathematik. Mathematiksoftware. Verbesserung der Mathematikleistungen mit Hilfe adaptiver Tests sowie Übungen von Klasse 4-13 (auch Nutzung für Berufliche Schulen (Berufsfelder) in der Entwicklung) inkl. Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Service und Support.
Passive Infrastruktur für Schulen	Bereitstellung eines Mehr-Partner-Rahmenvertrages zur Unterstützung der Schulträger beim Netzwerkausbau
Aktive Netzwerkkomponenten und WLAN für Schulen	Bereitstellung eines Rahmenvertrages zur Unterstützung der Schulträger bei der Ausstattung von Schulstandorten mit WLAN
Breitbandausbau an öffentlichen Schulen	Breitbandausbau inkl. der notwendigen Begleitmaßnahmen der Berliner Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Grundvoraussetzung für digital unterstütztes Lernen ist der Anschluss jeder Berliner Schule an das 1Gbit-Netz. Anschluss aller allgemeinbildenden Schulen bis spätestens 09/2025. Berufsbildende/zentralverwaltete Schulen sind bereits angeschlossen.



Vorhaben	Kurzbeschreibung
<p>Programmmanagement beim ITDZ zu WLAN und Breitband</p>	<p>Um die Leistungsabrufe effektiv und wirtschaftlich umzusetzen, ist das ITDZ Berlin mit der Programmleitung für die Leistungsfelder Breitbandanschlüsse und WLAN sowie die Schnittstelle zum Leistungsfeld passive Infrastrukturverkabelung beauftragt. Der Umfang des Vorhabens (mehrere Jahre, hohe Investitionen, hunderte Schulen, zahlreiche Stakeholder mit heterogenen Anforderungen) erfordert eine Programmleitung zur übergreifenden Koordination. Unter anderem wird mittels standardisierter Prozesse die Zusammenarbeit der Beteiligten vereinfacht und beschleunigt. Bisherige Erkenntnisse aus einer beauftragten Vorbereitungsphase wurden transferiert.</p>
<p>pädagogische Schulserver</p>	<p>Im edukativen (Netz-)Bereich der Schulen stellen pädagogische Schulserver den Einsatz der IKT sicher. Diese ermöglichen das dezentrale Management der eingesetzten Computer in der Schule und bieten weitere pädagogische Einsatzmöglichkeiten bereit (z. B. Klausurmodus und Bildschirmfreigabe).</p>
<p>IT-Experten und IT-Wartung in den Schulen</p>	<p>Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der IT-Infrastruktur in den allgemeinbildenden Schulen. Mehr aufgrund des starken Zuwachses an Endgeräten in den Schulen sowie der Ausbau von LAN und WLAN und die damit verbundene stärkere Nutzung ist ein Ausbau IT-Wartung notwendig. Ausbau der bestehenden IT-Wartung unabhängig von der Zusatzvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt, die sich nur an die durch den DigitalPakt Schule geförderte IT richtet.</p>
<p>zentrale Bildungsserver</p>	<p>Hosting und Betrieb der Infrastruktur für zentral bereitgestellte Dienste wie Lernraum und Schulportal: ZIB und PaaS beim ITDZ</p>
<p>Übergang Schul-IKT zum ITDZ (Vorprojekt)</p>	<p>Gemäß EGoV Gesetz Berlin muss die schulische IT ins ITDZ migrieren. Die Lehrkräfte und das pädagogische Personal sind nicht im Berliner Landesnetz.</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
<p>Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT, Schulungen der Lehrkräfte und des päd. Personals i.V.m. mobilen Endgeräten</p>	<p>Für die Durchführung von Unterricht inklusive Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkräfte sowie die digitale Kommunikation werden Lehrkräften und pädagogischem Personal mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt. Mit der Einführung der Endgeräte hat eine Schulung in der technischen Nutzung sowie dem 1rd Level Support zu erfolgen. Kosten für die Fortbildung bei Einführung der Geräte und laufende Schulungen für neue Dienstkräfte.</p>
<p>DigitalPakt Schule</p>	<p>Zur Verfügung stehenden Bundesmittel aus dem Digitalpakt Schule sowie dem Zusatzprogramm II „IT-Administration“. Mit den Ausgaben soll die digitale kommunale Bildungsinfrastruktur gestärkt (DigitalPakt Schule) sowie die Administration der IKT in den Schulen sichergestellt werden. Die erforderliche Kofinanzierung erfolgt aus den in den Bezirken und dem Einzelplan 10 für die Digitalisierung veranschlagten Ausgaben.</p>
<p>Digitalisierung der Berliner Jugendhilfe</p>	<p>Einführung einer Standardsoftware für die Rechtsgebiete der Jugendhilfe</p>
<p>Digitalisierung des Antrags auf Unterhaltsvorschuss</p>	<p>OZG Maßnahme UV-Onlineantrag unter Verwendung des Basisdienst Digitaler Antrag (BDA)</p>
<p>Externes Datenbackup und Verbesserung der Informationssicherheit (Backup Extern)</p>	<p>In den Jahren 2020/2021 wurde eine systematische Sicherheitsanalyse (Grundschutzchecks) der Basis-IT zur Erarbeitung des Standortsicherheitskonzeptes auf Basis des BSI IT-Grundschutzstandards durchgeführt. Insgesamt wurden dabei alleine 300 offene Punkte identifiziert und dem Verantwortungsbereich der IT-Stelle zugeordnet. In diesem Projekt sollen erste wichtige Quellen für Informationssicherheitsrisiken beseitigt werden.</p>
<p>Migration der vulT neu unter dem Projektnamen "OneIT@Berlin"</p>	<p>Migration der vulT gemäß Vorgaben der IKT-Steuerung des Landes Berlin und EGovG Bln Basierend auf dem Behördenprojektauftrag vom 03.08.2021</p>
<p>Modernisierung Ticketsysteme SenBJF</p>	<p>Im Haus SenBJF werden seit vielen Jahren verschiedene elektronische Ticketsysteme</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	betrieben, die die jeweiligen Einrichtungen (Abt. ZS, ISBJ, eGoc@School, JBA) bei der Bearbeitung eines hohen Aufkommens an Supportanfragen unterstützen. Die dafür aufgebaute Betriebsumgebung sowie die Software des Ticketsystems sollen in diesem Projekt modernisiert werden. Dabei sollen neue Produkteigenschaften implementiert und die Systeme besser auf die jeweiligen Bedarfe der Einrichtungen angepasst werden, um eine höhere Effizienz und Anwenderfreundlichkeit zu erreichen. Ebenfalls wird das Betriebs- und Sicherheitskonzept für die Systeme nach aktuellen Standards erstellt.
BBB Einführung	Das bisher verwendete WebEx-System soll durch das Open-Source-Webkonferenzsystem „BigBlueButton“ abgelöst werden.
Makrosignierung	Kleinstanwendungen, betrieben auf Basis von MS Access oder nicht-signierten Makros, werden identifiziert, ggf. signiert oder IKT-konform abgelöst.
Access-Ablösung	Kleinstanwendungen, betrieben auf Basis von MS Access oder nicht-signierten Makros, werden auf IKT-konforme, webbasierte IT-Lösungen umgestellt.
Digitale Akte SenBJF	Umsetzung der Digitalen Akte in der SenBJF. Beinhaltet auch DIP (ehemals DIM).
Arbeitsplatztransformation	Umstellung aller Standartarbeitsplätze von SenBildJugFam auf mobile Thin Clients. Die ITK-Steuerung hat im Rahmen der Coronapandemie die Umsetzung der One-Device-Strategie für alle Arbeitsplätze des Landes deutlich forciert. Die Transformation aller Arbeitsplätze und Prozesse im Rahmen eines konzertierten Projekts ist daher unabdingbar
SoFinData(Prototyp und Evaluation)	Aufbau einer gemeinsamen Datenanalyseplattform für die Bereiche Eingliederungshilfe (EGH), Pflege und Hilfen zur Erziehung (HzE) als Planungsgrundlage für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung
AxA (Arbeit mal anders)(Stufe 1 und 2)	agile Arbeitsumfeldgestaltung und prototypische Etablierung einer neuen Arbeitskultur in der



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	Berliner Verwaltung für flexibles, mobiles und digitales Arbeiten
Digitalisierung des Prozesses Zeiterfassung(Entwicklung zur Digitalisierungsplattform intrex)	Planung und Implementierung einer digitalen Lösung zur Erfassung und Freigabe/Verarbeitung der Zeiterfassung Beschäftigter der SenFin
Broschüre 2.0	Überführung der Broschüre „Was kostet wo wieviel“ in ein modernes, webbasiertes, flexibles Format.
Shared Service des LVwA	Start des Projektes zur Erhebung und Optimierung der Personalprozesse im Bereich der Hauptverwaltung (Shared-Service des LVwA)
BDA-Anträge nach InfSchG	Schnittstelle zur E-Akte für die medienbruchfreie Verarbeitung der "Corona-Anträge" nach Infektionsschutzgesetz
Digitalisierung Stellenbewertungsverfahren	Implementierung einer digitalen Lösung zur vollständigen Bearbeitung von Stellenbewertungen
Digitalisierung Dienstreisemanagement	Implementierung einer digitalen Lösung zur vollständigen Bearbeitung einer Dienstreise von Antrag zu Abrechnung
BSO 2.0(Entwicklung zur Digitalisierungsplattform intrex)	Planung und Implementierung einer digitalen Lösung zur Erfassung und Auswertung aller Schulbaumaßnahmen mit definierten finanzpolitischen, bautechnischen und schulfachlichen Variablen
Entwicklung eines Prüfschemas für die Vergabe von Erbbaurechten	Projekt
Optimierung des landesweiten Prozesses Wissenstransfer	Projekt
Digitales Willkommenszentrum	Mit verschiedenen Maßnahmen sollen die Beratungsangebote des Willkommenszentrums ausgebaut werden: 1. So wird derzeit geprüft, ob eine rechtssichere Online-Beratung möglich ist. 2. Das digitale Beratungsangebot "Neu in Berlin" in Kooperation mit dem Träger Minor verfolgt das Ziel, "digital Streetwork" zu betreiben, um Ratsuchende aufsuchend in ihren Communitys (z.B rumänische Social-Media-Kanäle) zu beraten, auf Angebote zu verweisen und auf Fakenews zu reagieren - in enger Absprache mit dem Willkommenszentrum.
Partizipation Digital	Etablierung eines interinstitutionellen, digitalen Informationssystems im Land Berlin. Ziel:



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	bestehende Organisationsstrukturen im Bereich Informationsmanagement und -veröffentlichung zu verbessern, um die gesellschaftliche Teilhabe von Berliner*innen mit Migrationsgeschichte aus Drittstaaten nachhaltig zu stärken. Ein anderes Ziel des Projekts wird die Errichtung eines mehrsprachigen Apps sein.
Weiterentwicklung Vertragssachbearbeitung	Erhebung der hiesigen Geschäftsprozesse des Vertragssachbearbeiterbereichs in der Eingliederungshilfe mit dem Ziel, hieraus SOLL-Prozesse zu konzipieren und dieses zu guter Letzt möglichst in allen Schritten bzw. Aktivitäten in der Praxis zu digitalisieren. Leistungspaket bestehend aus 4 Arbeitspaketen (AP).
Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung (GStU)	Eine IT-gestützte, bedarfsgerechte Unterbringung wohnungsloser Menschen (unabhängig von Rechtskreis und Herkunft) in qualitätsgesicherten Unterkünften.
Weiteranwendung der Statistiksoftware für Schuldner- und Insolvenzberatung (InsOStat)	Erhebung von Daten aus den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen und Weiterleitung an das Statistische Bundesamt gemäß Überschuldungsstatistikgesetz sowie zur Datenübermittlung an die Bezirke im Rahmen der KLR
Gratulationsdatenbanken der Sozialkommissionen	Vorbereitung der Ablöse der von den Berliner Bezirken zur Bearbeitung der Gratulations- und Jubilarsdatenbanken verwendeten IT-Kleinstverfahren
Interims-Digitalisierung der Betreuungsbehörden	Vorhaben zur Unterstützung der sieben Berliner Betreuungsbehörden ohne Fachsoftware bei der dezentralen Beschaffung einer Fachsoftware, damit bis Ende 2022 alle Betreuungsbehörden digital arbeiten können und damit den Großteil der GPO-Ergebnisse implementieren können
Digitalisierungsstrategie für das Politikfeld Soziales	Entwicklung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie für alle Fachprozesse im Politikfeld Soziales, inkl. Zeit- und Maßnahmenplan, Matching Prozess- und Verfahrenskarte, Einbeziehung von Sozialämtern und nachgeordneten Behörden, Nutzung von Synergieeffekten



Vorhaben	Kurzbeschreibung
Elektronische Abrechnung mit der Sozialwirtschaft	Verarbeitung der in den Sozialämtern eingehenden Rechnungen insbes. betr. Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, für Leistungen i.H.v. ca. 1,5 Mrd. €/Jahr in ca. 1 Mio. Rechnungsvorfällen/Jahr.
Blended Learning für die IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales	Ertüchtigung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Anwendung von IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales für moderne Bedarfe, d.h. Abkehr von Präsenzkursen in der VAK als alleinigem Mittel hin zu "Blended Learning" mit sinnvoll gemischtem Einsatz von online-Methoden und Präsenzkursen
Aufbau von Auswertungs- und Veröffentlichungssystemen für soziale Daten (BASIS-BI, PAASoDat, SIS)	strukturelle Basis für die verbesserte Auswertung, Darstellung, Berichterstellung und Veröffentlichung (OpenData) von sozialen Daten; technische Grundlage für die integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung.
Projekt Sozialhilfeportal (SHP)	Online-Annahme von Anträgen und Schriftstücken an die Sozialverwaltung, OZG-Umsetzung im Politikfeld Soziales ("SHP-extern"); Geschäftsprozess-bearbeitung, insbes. Antragsbearbeitung, in der Sozialverwaltung ("Prozess-Container", "SHP-intern"); perspektivisch Bescheidzustellung ("Rückkanal")
Einführung des IT-Fachverfahrens SERiD für die Antragsbearbeitung und Leistungserbringung in den Arbeitsbereichen des Sozialen Entschädigungsrechts (SER)	Im Rahmen des vollständigen Inkrafttretens des neuen SGB XIV sind bisherige IT-Fachverfahren abzulösen und ein aktuelles, das neue SGB XIV unterstützendes IT-Fachverfahren einzuführen. Das geschieht in diesem Fall im Rahmen einer Bundesländer übergreifenden Kooperation, bei der durch die einzelnen Bundesländer neben einer finanziellen Beteiligung an der Programmierung der SW kooperative Beiträge zu erbringen sind und die Einführung des Fachverfahrens im eigenen Bereich zu projektieren und umzusetzen ist.
Einführung Basisdienst Digitale Akte, bzw. Umsetzung des Ressort-Projekts "E-Akte Ready"	Einführung der Digitalen Akte zunächst für den Leistungsbereich und anschließend für das gesamte Amt.
Einführung eines Kundenmanagementsystems für die Verwaltung der Stammdaten von	Markterkundung, Anforderungserhebung und Vorbereiten der Ausschreibung eines Systems für die Einführung in den ITDZ Betrieb und in die Prozesse des LAF



Vorhaben	Kurzbeschreibung
Geflüchteten und Ablösung der PIK-Software des Bundes	
Digitalisierung von Personalprozessen	Einführung elektronischer Prozesse zur Urlaubsplanung, Abwesenheiten, Telearbeit und mobiler Arbeit, Zeiterfassung, Platzbuchung, Ressourcenverwaltung in Abstimmung mit der Politikfeld-verantwortlichen SenFin
Digitales Tariffreuregister	Aus mehr als 500 Tarifverträgen des Landes sind Tarifinformationen zu bisher 50 Wirtschaftsbereichen im Online-Tariffreuregisters des Landes Berlin veröffentlicht. Mit dieser Einrichtung sollen Tarifvertragsinhalte noch stärker als bisher Beachtung finden und Maßstab für die Arbeitsbedingungen in den vom Land Berlin geförderten Einrichtungen sein.
Bildungsurlaubsveranstaltungen	„Pflege, Wartung, & Serverbetrieb sowie Weiterentwicklung der Fachsoftware BiOn zur Anerkennung von Bildungs-veranstaltungen nach BiZeitG BiOn 2.0 und BetrVG - BeOn“
Umsetzung des OZG im LEA	Einführung des digitales Antrages für Aufenthaltstitel unter Nutzung des IKT-Basisdienstes "Digitaler Antrag"
Digitalisierung von Siegellisten	Digitalisierung von Siegellisten bzw. des Siegelregisters für Beglaubigungen im Bereich der Apostillen und Vorbeglaubigung zur Ausstellung einer Legalisation
Optimierung und Digitalisierung der Poststelle	Optimierung und Digitalisierung der Poststelle
Optimierung und Digitalisierung im Bereich der Abteilung „Zentraler Service“	Optimierung und Digitalisierung im Bereich der Abteilung „Zentraler Service“
eWarenhaus Berlin	Digitalisierung der Bestellabrufe aus dem Sammelbestellverfahren (SBV) des LVwA mittels Webshop (eWarenhaus) - Erweiterung des Vorhabens auf weitere Ebenen der Berliner Verwaltung (Hauptverwaltungen, Bezirke weitere Landeseinrichtungen)
Notrufbearbeitung	Optimierung digitales Wissensmanagement SNA (Standardisiertes Notrufabfrageprotokoll)
Einbindung Freiwillige Feuerwehr und Jugendfeuerwehr in	Überführung der Anwendungen (Access und Makro-Bezug) in die dafür vorgesehenen



Vorhaben	Kurzbeschreibung
Personalfachanwendungen, Integration Kleinstanwendungen in existierende Fachanwendung	Fachanwendungen, die Nutzungen der daraus resultierenden Synergien und Umsetzung der Datenschutz- und IT Sicherheitsanforderungen
Optimierung und Weiterentwicklung der Datenmanagement- und Datenanalyse-Infrastruktur	
Prozessoptimierung und Vorbereitung Digitalisierung der Einnahmewirtschaft	
Digitale Verwaltung Fahrzeuge / Geräte	Digitalisierung Kernprozesse ZS Fahrzeug Geräte / Technik Logistik
Digitale Funktionsplanung	
OSiP	Onlinesicherheitsüberprüfungen
Transparente Sportstättenvergabe 3.0	Schaffung von Sportstättentransparenz, externe Vergabebegleitung, Aufbau einer Stammdatenbank
Optimierung und Verknüpfung der Vereinsdatenbank mit dem Geschäftsprozess Sportstättenvergabe 3.0	Optimierung und Verknüpfung der Vereinsdatenbank mit dem Geschäftsprozess Sportstättenvergabe 3.0
Lernplattform Informationssicherheit	Lernplattform Informationssicherheit - gem. Beschluss des Abgeordnetenhauses
DigiBüD	Programm Digitalisierung Bürgerdienste
Digitalisierung Dienstleistungen Standesämter	
Daisi	Einführung eines Content-Management als Wissensplattform in der IT-Verbindungsstelle
Elektronische Gerichtsakte	Die Einführung der elektronischen Gerichtsakte
Haftraummediensystem	insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Gefangenen damit digital mit den Bediensteten kommunizieren können);
eKlausur	Ab Dezember 2023 können Referendar*innen in Berlin und Brandenburg die jeweils fünfstündigen schriftlichen Prüfungen im zweiten juristischen Staatsexamen auch am Computer und nicht wie bisher nur handschriftlich anfertigen. Hierfür werden den Kandidat*innen in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin PC-Arbeitsplätze mit einem speziell angepassten Schreibprogramm zur Verfügung gestellt. Ein solches digitales Prüfungsformat ist zeitgemäß und entspricht der Arbeitsweise im späteren Berufsleben. Zudem wird durch ein einheitliches Schriftbild die Chancengleichheit erhöht und durch die



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	<p>Digitalisierung die Korrektur und Akteneinsicht vereinfacht. Perspektivisch sollen elektronische Prüfungen auch im ersten juristischen Staatsexamen (staatliche Pflichtfachprüfung) angeboten werden, wobei es aufgrund der hohen Zahl an Kandidat*innen noch einige logistische Herausforderungen zu überwinden gilt.</p>
<p>Projekt Digitalisierung der Jahresberichterstattung der Stiftungen im Rahmen der Stiftungsaufsicht:</p>	<p>1) Berliner Stiftungen müssen Ihre Jahresberichte in Form von diversen Formularen an die Stiftungsaufsicht übermitteln. Bislang erfolgt dies ausschließlich in Papierform. Mit der Digitalisierung der Jahresberichte soll es den Stiftungen ermöglicht werden, die Daten für die Jahresberichte in ein Online-Portal einzugeben, zu kontrollieren und dann an die Stiftungsaufsicht zur Prüfung zu geben. So soll zum einen der immense Anfall an Papieraufkommen reduziert werden, aber auch die Arbeit der Stiftungsaufsicht erleichtert werden.</p>
<p>AniD-App</p>	<p>Entwicklung AntidiskriminierungsApp</p>
<p>erfolgreiche Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte in der SenKultEuropa</p>	<p>Entsprechend des Berliner E-Government-Gesetzes §7 sollen alle Berliner Behörden ab dem 01.01.2025 ihre Akten elektronisch führen. Um die Digitale Akte erfolgreich einzuführen, müssen in der 1. Phase verschiedene Arbeitspakete bearbeitet werden, um die E-Akte-Readiness zu erlangen. Ab Frühjahr/Sommer gehen wir in die zweite Phase, die Einführungsphase, über. Um auch den steigenden Anforderungen nach IT-Sicherheit, Datenschutz und fachrechtlichen Vorgaben nachzukommen, halten wir es für sehr wichtig, dieses Projekt stark voranzutreiben und fristgerecht umzusetzen. Wir legen den Fokus hierbei auf eine offene Kommunikation und Einbeziehung aller Referate und verstehen das Projekt als Organisationsprojekt, bei dem das Akzeptanzmanagement eine große Rolle spielt. Wir erhoffen uns durch die Einführung der Digitalen Akte eine sichere, effizientere und modernere Arbeitsweise und erleichtern somit auch langfristig den Austausch unter den Behörden.</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
eGo-Küf Umsetzungspaket II	Nachdem alle Funktionalitäten bis zur Ausreichung des Zuwendungsbescheides bei Projektförderungen umgesetzt wurden, sollte mit dem zweiten Umsetzungspaket die Projektbegleitenden Aspekte bis zur Abgabe des Verwendungsnachweises von Projektförderungen umgesetzt werden. Des Weiteren wurden verschiedene Automatisierungen zur Erleichterung der Benutzung und auf Basis des Feedbacks der Anwendenden integriert.
eGo-Küf Umsetzungspaket III	Während der ersten Umsetzungspakete wurden weitere Zielinhalte für ein weiteres Umsetzungspaket gesammelt. Hierbei soll im speziellen eine Komponente für ein Controlling bei Projektförderungen umgesetzt werden. Weitere zentrale Themen sind die Nutzersteuerung sowie die Anbindung des Service Kontos Bund (Schriftformerfordernisse abbauen).
eGo-Küf BDA Anbindung für Stipendienprogramme	Nachdem Ende 2022 das Pilot-Projekt BDA bei SenKultEuropa als klarer Fehlschlag anzusehen ist, soll im Laufe des Jahres 2023 ein neuer Versuch gestartet werden. Es sollen vor allem die Stipendienprogramme der Senatsverwaltung für Kultur und Europa zum BDA überführt werden. Voraussetzung hierfür die Behebung der technischen Schwächen des Systems sowie einiger grundlegender Aspekte wie eine Bestätigungs-Email über einen eingegangenen Antrag beim Antragstellenden. Weitere Aspekte wie die allgemeine Stabilität und das mehrmalige Zustellen von Anträgen sollten ebenfalls behoben sein.
Geschäftsprozess Sammlungs- und Objektmanagement im Bereich der bezirklichen Museen und Archive	Laut des §10 des EGovG Bln müssen Verwaltungsabläufe digital verlaufen. Hierbei müssen Abläufe zunächst aufgenommen und optimiert werden durch das GPM. Für die Verwaltung der in den Museen und Archiven vorhandenen Objekte wurden die Prozesse analysiert und optimiert. In diesem Projekt geht es nun um die Implementierung einer Archiv- und Sammlungssoftware in den Regionalmuseen und Archiven der Bezirke. Die Arbeitsfähigkeit der Regionalmuseen wird durch eine fehlende Datenbank z.B im Bereich der



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	<p>Provenienzforschung eingeschränkt, weshalb dieses Vorhaben große Bedeutung inne hat. Aktuell wird die Vergabe eines Dienstleistungsauftrages zur Begleitung der Beschaffung und Einführung einer Software vorbereitet.</p>
<p>Aufnahme und Optimierung der Geschäftsprozesse für externe Antragsverfahren</p>	<p>Das Onlinezugangsgesetz, Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, sieht vor, Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Im Zuge dessen werden wir hierbei unsere Antragsverfahren zuvor prüfen und optimieren, um sie anschließend digital externen Personen anbieten zu können. Beispiele anzuwendender Prozesse sind u.a.: Deutsche Künstlerhilfe beantragen, 1. Anträge auf Bescheinigungen zur Umsatzsteuerbefreiungen nach § 4 Nr. 20a UStG (künstlerische Tätigkeit) und § 4 Nr. 21 UStG (pädagogische Tätigkeit) bearbeiten, 3. Projekte von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fördern und/oder Europaprojekte in Berlin fördern</p>
<p>Kollaborations- und Digitalisierungsplattform Intrexx</p>	<p>Neben dem berlinweiten Intranet b-intern wird für die interne Kommunikation und zur Abbildung von Low-Code Anwendungen (Ablösung Kleinstanwendungen) sowie Microservices (z.B. Digitale Urlaubskarte) die Einführung von Intrexx projektiert. Hierbei wird auf bestehende Anwendungen diverser Senatsverwaltungen zurückgegriffen und auch gemeinsame Lösungen entwickelt.</p>
<p>Basisdienst Digitale Archivierung</p>	<p>Nach dem ArchGB hat das Landesarchiv Berlin die Aufgabe, das Schriftgut der anbieterpflichtigen Stellen (u.a. der Berliner Verwaltung auf Senats und Bezirksebene, der landesunmittelbaren Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts u. weitere Stellen) dauerhaft zu erhalten, für die Nachwelt zu erschließen und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser Auftrag gilt sowohl für analoges als auch digitales Schriftgut. Das zu schaffende IT-basierte Verfahren einer Aussonderung, Bewertung und Weiterleitung von elektronischem Schriftgut wird als IKT-Basisdienst</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	<p>"Digitale Archivierung" bezeichnet. Es soll sich bausteinartig in die Vielfalt anderer Fachverfahren einklinken und ist seit Februar 2020 Teil der vom IKT-Architekturboard festgesetzten "IKT-Architektur für das Land Berlin". Ohne den Basisdienst wird die Aussonderung, archivfachliche Bewertung und Bewahrung der elektronischen Materialien nicht bewältigbar sein.</p>
Denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (eDG)	<p>Fachverfahren für die Vorgangsbearbeitung bei den Berliner Denkmalbehörden (12 Bezirke, 2 Land) Umsetzung und Fortentwicklung</p>
Fachverfahren eDG - Projekt KiBaDoc	<p>Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um die historischen digitalen Datenbestände nachträglich automatisiert zu indexieren und barrierefrei zu machen.</p>
Fortschreibung Denkmalfachdatenbank	<p>Kontinuierliche inhaltliche und technische Qualifizierung und Fortschreibung der Fachdaten</p>
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung der geplanten Wohngeldreform	<p>die Umsetzung des Beschlüsse der Bundesregierung im Wohngeldgesetz sind abzuwarten</p>
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung des geplanten zweiten Heizkostenzuschusses	<p>die Umsetzung des Beschlüsse der Bundesregierung im Wohngeldgesetz sind abzuwarten</p>
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung der beschlossenen Verlagerung des Berlinpasses	
Elektronisches Bau- und Genehmigungsverfahren (eBG)	<p>Das eBG unterstützt die Mitarbeitenden in den Berliner Bauaufsichtsbehörden (alle 12 Bezirke und SenSBW VI BA) bei der digitalen Bearbeitung aller bauaufsichtlichen Vorgänge. Bereits seit 2011 ist die Verfahrensauskunft für die Antragsteller produktiv. Die berlinweite Auskunft- und Beteiligungs-Plattform für die elektronische Zusammenarbeit beteiligter Behörden ist bereits vorhanden und behördenübergreifende Prozesse (z.B. Übergabe von Akten) können elektronisch abgewickelt werden. Für die häufigen bauaufsichtlichen Verfahren stehen seit 01.04.2022 Antragsassistenten online bereit. Einer der nächsten Meilensteine ist die elektronische Bescheidung.</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
elektronische Baurechnungen	Einführung eines GPs zur Annahme, Prüfung, Verarbeitung und Zahlbarmachung von Baurechnungen unter Nutzung des X-Rechnungsstandards
elektronische Bauleitplanung, eBPlan	in Kooperation mit HH
Vorgangsbearbeitung für städtebauliche Verträge	
Einführung der Berliner eAkte	entspr. Vorgaben zum E-Akte ready-Prozess
Wohngeld	Ergänzung des bestehenden eAntrags um die automat. Melderegisterauskunft mit der BKN
Bildungs- und Teilhabepaket	
Wohnberechtigungsschein (WBS) u.a. wohnungswirtschaftl. Bescheinigungen	
Anträge nach dem Zweckentfremdungs-verbotsgesetz	
elektron. Übersendung der Immobilienkaufverträge von Notariaten an Gutachterausschuss	rd. 30.000 Kaufverträge jährlich; Nutzung des beBPo
alle Antragsverfahren in Vorbereitung mit dem BDA	
E-Friedhof	IT-Fachverfahren für die Friedhofsverwaltung
eCities	Projekt Umsetzung eines optimierten und kundenorientierten eArtenschutz für Handels- und Nachzuchtgenehmigungen im Rahmen des Washingtoner Artenschutzabkommen (bekannt unter der Kurzform CITES: Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora)
BLUES (Berliner Lärmüberwachungssystem)	Datenbank Modul B(B) zur Bearbeitung der eingehenden Lärmbeschwerden aufbauend auf dem Fachverfahren GRIS
Ablösung Kleinstanwendungen	Ablösung der auf MS-Office sowie MS-Access basierenden Kleinstanwendungen
Migration Warschauer Str.	Migration/Zentralisierung der vulKT zum ITDZ. Das Vorhaben wurde bereits vor Jahren zwischen der SKzL und dem ITDZ gestartet, leider aber nicht zu Ende gebracht. Mit der Übernahme des Standortes in die Verantwortung der SenWGPG wurde in Q2/2022 ein erneuter Anlauf gestartet.
Pakt für den ÖGD	Die Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wird seit der Covid-Pandemie als Arbeitsschwerpunkt im PF



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	Gesundheit bearbeitet. Das Vorhaben wird mit Mitteln des Bundes gefördert.
PrAGe	Projekt im Anti-Gewalt-Bereich, Monitoring und Datenerfassung im Anti-Gewalt-Bereich
Krankenhausinvestitionsförderung	Kontrolle der Krankenhausinvestitionsförderung, Ablösung eines auf MS-Access basierenden Fachverfahrens, wird mit Hilfe der vom ITDZ angebotenen Lösung (Access Migrator der Firma msg) entwickelt
eLGGB	elektronischer Bericht nach dem Landesgleichstellungsgesetz, Projekt zur Digitalisierung des LGG-Berichts
Pflegekompetenzfeststellungsverfahren	Zugang für Pflegeschulen und Bewerberinnen und Bewerber für eine verkürzte Ausbildung zur Pflegefachassistenz
Ticket-Tool	Zur Unterstützung der aufzubauenden Servicestelle ist die Einführung eines web-basierten Ticket-Systems vorgesehen
VMS	Vertragsmanagementsystem mit Funktionalitäten für die Planung, Auslösung und das Controlling von Beschaffungen in den Bereichen Facility-Management und GPM/IKT/Digitalisierung
eAkte	Einführung der digitalen Akte; das Projekt wurde unterbrochen durch den Weggang zweier Mitarbeiter der Projektleitung und seit Q2/2022 wieder aufgenommen
Erstellung einer Prozesslandkarte (PLK) SenWiEnBe	Ziel dieses Vorhabens ist es eine Prozesslandkarte (PLK) der SenWiEnBe bzw. des Politikfeldes Wirtschaft (Energie und Betriebe) zu erstellen. Sie wird auf einen Blick vermitteln, für welche Fachprozesse die SenWiEnBe die Verantwortung trägt. Der Fokus liegt auf den fachlichen Kernprozessen mit Außenwirkung (bspw. Genehmigungsverfahren, Fördermittelvergabe, Gewerbeauskunft etc.). Nach Fertigstellung der Prozesslandkarte werden die Fachprozesse unter Berücksichtigung der Digitalisierungspotenziale und -hürden für die Umsetzung der Digitalisierung priorisiert.
Erneuerung der Server-/SAN-Ausstattung	2020 ist die 6 Jahre alte Server-Infrastruktur zu erneuern. Dies führt temporär zu hohen personellen Belastungen im IT-Service. Die



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	Erneuerung stand aufgrund der Corona-Pandemie unter erheblichen Belastungen, konnte aber mit verhältnismäßig geringer zeitlicher Verzögerung Anfang 2021 abgeschlossen werden.
Einführung von Big Blue Button	Einführung einer den Anforderungen des Datenschutzes genügenden Videokonferenzlösung
Besonderes Behördenpostfach (beBPo)	Mit Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) sind Behörden seit dem 1. Januar 2018 verpflichtet, einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen. Das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo) ermöglicht den sicheren und rechtlich wirksamen Austausch von Dokumenten zwischen Behörden und juristischen Personen des öffentlichen Rechts mit der Justiz und wird als IKT-Basisdienst im Land Berlin zur Verfügung gestellt. Das Verfahren wird von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport koordiniert.
Digitale Anzeige und Bewilligung der Annahme von Frei- und Eintrittskarten	Die Annahme von Frei- und Eintrittskarten ist nur im Ausnahmefall zulässig. Hierüber entscheidet gemäß Geschäftsweisung vom 12.01.2016 das für die Angelegenheiten des Inneren Dienstes zuständige Referat unter Beteiligung der für Antikorruption zuständigen Organisationseinheit. Die schriftliche Entscheidung in Papierform wird durch ein digitales Verfahren abgelöst
Erneuerung der Telefonanlage (auf VoIP)	Die in der Senatsverwaltung für Wirtschaft Energie und Betriebe eingesetzte Telefonielösung wird durch eine Voice over IP (VoIP) Lösung ersetzt. Für die Umstellung auf VoIP müssen alle rd. 460 Telefon(End-)Geräte ausgetauscht werden.
Digitalisierung "Externe Fortbildung/Veranstaltungen beantragen"	Der Prozess „Teilnahme an externer Fortbildung oder Veranstaltung genehmigen“ wird digitalisiert.
Elektronische Aktenhaltung und elektronische Vorgangsbearbeitung /eAkte)	Ziel: die elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung mit dem eAkte-System VIS flächendeckend zu nutzen. Dieses Vorhaben, organisiert in Form eines Projektes, soll auch in Zukunft eine nachvollziehbare und



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	ordnungsgemäße Aktenhaltung gewährleisten, Informationen und Dokumente schneller auffindbar machen und die Bearbeitung von Vorgängen beschleunigen.
EurekaPlus 2.0	Das IT-Begleitsystem EurekaPlus 2.0 des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Land Berlin ist eine Webapplikation, die einen gesicherten Zugriff der beteiligten Instanzen innerhalb und außerhalb der Berliner Verwaltung (Begünstigte, Zwischengeschaltete Stellen, Verwaltungsbehörde, Bescheinigungsbehörde, Prüfbehörde sowie Prüfstellen der beteiligten Verwaltungen, Technische Hilfe) über das Internet ermöglicht und zur Unterstützung der Durchführung, Begleitung und Bewertung der ESF-Förderung entwickelt wurde.
eFREporter3	Das Datenbanksystem eFREporter ist eine Software zur Erfassung und Abrechnung von EU-Strukturfondsfördermitteln aus dem EFRE in Berlin gegenüber der EU-Kommission. Mit dem eFREporter3 arbeiten alle Bewilligungsstellen im Land, die Fördermittel zum EFRE ausreichen. Darüber hinaus auch alle, die direkt/ indirekt mit der Verwaltung, Abrechnung und Prüfung dieser Strukturfondsmittel zu tun haben.
Energieatlas Berlin	Der Energieatlas für Berlin bildet den Ist-Zustand der Energieversorgungs- und -verbrauchsstrukturen Berlins sowie Potentiale für Erneuerbare Energien mit räumlichen Bezug ab. Die Daten werden in einer nutzerfreundlichen Online-Oberfläche anhand einer Karte visualisiert und können gegenübergestellt, ausgewertet und heruntergeladen werden. Die Ergebnisse basieren auf aktuell verfügbaren und datenschutzrechtlich darstellbaren Daten verschiedener datenhaltenden Stellen auf lokaler und nationaler Ebene (z.B. Marktstammdatenregister, EEG-Förderdaten, lokale Energienetzbetreiber) und werden kontinuierlich weiter ausgebaut und aktualisiert. Zusätzlich steht zur verwaltungsinternen Nutzung eine Energiedatenbank mit detaillierteren Daten zur Verfügung.



Vorhaben	Kurzbeschreibung
Digitale Barrierefreiheit	Verankerung der digitalen Barrierefreiheit beim Web-Auftritt, Veröffentlichungen usw., aber ebenso auch im normalen Schriftverkehr. Projekt ist abhängig von Unterstützung seitens der SenInn. Pandemiebedingte Verzögerungen.
Digitale Dienstkräfteverwaltung	Das Projekt "Digitale Dienstkräfte-Verwaltung" wird die verschiedenen (nicht-personalakten-relevanten) Prozesse der Beschäftigung digitalisieren: vom Onboarding bis zum Ausscheiden. Insbesondere werden die bisher per eMail oder schriftlich zugewiesenen "Ressourcen" digital im Portal abgebildet: IT-Infrastruktur, -Geräte (inkl. eAkte), Telefonie, Büro-Arbeitsplatz, Raum, Türschild, Name, Vorname, Stellenzeichen, Aufgabenbeschreibung usw. Ziele: die beteiligten Stellen erhalten und verwalten die erforderlichen Informationen in einem Rollen-/Rechtmodelle in einem System .
Ablösung von Kleinstanwendungen in den Politikfeldern Wirtschaft, Energie und Betriebe	Die Nutzung von auf MS Office basierenden Applikationen (auch als Ersatz-/Ergänzungsfachverfahren oder Kleinstanwendungen bezeichnet) ist laut IKT-Architektur für das Land Berlin seit Juni 2021 nicht mehr zulässig. Ziel:- Koordinierung zur Ablösung der Kleinstanwendungen in anderen Senatsverwaltung und Bezirken der Politikern Wirtschaft, Energie und Betriebe- Ablösung der Kleinstanwendungen und Signieren von benötigten Makros in der SenWiEnBe
Digitalisierung "Beteiligung Beschäftigtenvertretungen"	Ziel ist es, ein einheitliches (durchgängiges) digitalisiertes Verfahren zur Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen (BeschV) in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe mit Hilfe des eAkte-Systems VIS zu realisieren. Ein weiteres Ziel ist, diesen Prozess zu analysieren, zu dokumentieren und zu optimieren und darüber hinaus über einen Mustergeschäftsgang im eAkte System VIS abzubilden.
Digitalisierung "Teilzeitantrag"	Ziel ist die Digitalisierung des in Papierform zu stellenden Teilzeitantrags. Ein IST-Prozess und die Ausgangslage ist dokumentiert, der SOLL-Prozess ist definiert. Das Projekt ruht solange die



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	Entscheidung über das zu wählende IT-Tool zur digitalen Abbildung und Bearbeitung des Prozesses noch nicht getroffen ist
Befreiung/Beschränkung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 4 BerlBG	Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, auf denen mehr als 150m ³ Wasser verbraucht wird, sind nach § 4 des Berliner Betriebe-Gesetzes seit Ende 2007 verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgung anzuschließen. Bevor bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (Wasserbehörde) ein Antrag auf Brunnenbau gestellt werden kann, muss der Antrag auf Befreiung bzw. Beschränkung des Anschluss- und Benutzungszwangs an die öffentliche Wasserversorgung Berlins und deren Benutzung von SenWEB positiv beschieden sein. Ziel ist die Digitalisierung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens
Meistergründungsprämie	Das Land Berlin fördert mit der Meistergründungsprämie (MGP) die nachhaltige Existenzgründung von hochqualifizierten Fachkräften des Handwerks und die Unternehmensnachfolge handwerklicher Gewerbe. Das Förderverfahren wird durch die Handwerkskammer (HWK) und SenWiEnBe - IV D 2 (Gewerbliche Förderpolitik) durchgeführt. Ziel ist es, den Antrag der MGP für die Nutzenden online bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Bearbeitung des Antrags zu optimieren sowie zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten.
Digitalisierung des Beschwerdemanagements der Börsenaufsicht des Landes Berlin	Ziel ist es, ein digitales und medienbruchfreies Beschwerdemanagement für die Börsenaufsicht auf dem Stadtportal Berlin.de zu implementieren und für die Nutzenden jederzeit verfügbar zu machen. Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der Datenfluss gezielt gesteuert, um für die Bearbeitung im Fachverfahren (eAkte) zur Verfügung zu stehen.
Umsetzung der SDG VO/EA-Netzwerk	Die DLR und BQRL verpflichten die Einheitlichen Ansprechpartner (EA) und die zuständigen Fachbehörden in Deutschland gemeinsam Informationen zu sämtlichen von den Richtlinien betroffenen Verwaltungsdienstleistungen online



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	<p>zur Verfügung zu stellen (Informationsmittlerfunktion) und zusätzlich eine elektronische Verfahrensabwicklung (Verfahrensmittlerfunktion) für die unter die beiden Richtlinien fallenden Leistungen zu eröffnen. Die beiden EU-Richtlinien umfassen aktuell ca. 470 wirtschafts- und unternehmensbezogene Dienstleistungen aus verschiedenen Themenbereichen der öffentlichen Verwaltung. Das EA Verfahrensverzeichnis mit den bisher im Monitoring betrachteten Leistungen wird regelmäßig fortgeschrieben. Im Rahmen der Single Digital Gateway-Verordnung (SDG) droht seit 2019 seitens der EU-Kommission gegen die BRD die Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens (VVV) - Nr. 2018/2376 wegen nicht vollständiger Umsetzung der Anforderungen aus den beiden Richtlinien. Das BMWK koordiniert ff. im Rahmen des SDG/EA-Netzwerkes die deutschlandweiten Bemühungen sämtliche Verwaltungsdienstleistungen nach und nach den Anforderungen der Kommission entsprechend zu digitalisieren und berichtet in regelmäßigen Abständen. Die Maßnahmen zur Umsetzung sind eng in die nationalen OZG-Umsetzungsaktivitäten eingebettet. Der EA Berlin koordiniert die Umsetzung der Maßnahmen für das Bundesland Berlin.</p>
<p>anonymes Hinweisgebersystem - Geldwäscheaufsicht</p>	<p>Hamburg ist an die Bundesländer herangetreten. Es wird einen Dienstleister beauftragen zur Entwicklung eines anonymen Hinweisgebersystems, bei dem die Nachverfolgung von Daten nicht möglich ist. IP-Adresse wird z. B. nicht abgespeichert. HH hat eine Interessenabfrage an die Länder gestellt. Ggf. wird die Berliner Geldwäscheaufsicht dieses System nutzen.</p>
<p>Vorprojekt zur Einführung eines Customer-Relationship-Managements (CRM) in der Wirtschaftsförderung der Berliner Bezirke</p>	<p>Die Wirtschaftsförderungen der Berliner Bezirke sind 2019 im Rahmen einer vorbereitenden Analyse zur Digitalisierung von Geschäftsprozessen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einführung eines Customer-Relationship-Managements (CRM) zur Optimierung und</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	<p>Professionalisierung der Prozesse führen würde. SenWiEnBe begleitet die Bezirke im Rahmen dieses Vorprojekts (Phase I). Ziel des Vorprojekts ist die Erarbeitung einer Entscheidungsvorlage zur Beschaffung einer geeigneten CRM-Software sowie die Erstellung eines Leitfadens und der Erarbeitung aller notwendigen Dokumente für den Übergang in Phase II, der Implementierung des Fachverfahrens.</p>
Digitalisierung Geheimschutz in der Wirtschaft	<p>Ziel ist es, eine Online-Sicherheitsüberprüfung für die Nutzenden bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Sicherheitsüberprüfung zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten. Der Anschluss weiterer Berliner Landesbehörden könnte zusätzliche Erkenntnisgewinne generieren, die die Zuverlässigkeit der Ergebnisse steigern würden. Durch die Online-Sicherheitsprüfung soll ein Verfahren etabliert werden, das es ermöglicht, die unterschiedlichen Beteiligten und Nutzenden von personenbezogenen Sicherheits- und Zuverlässigkeitsprüfungen insbesondere im Hinblick auf Erkenntnisse über Aspekte, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen, in medienbruchfreie Abläufe zu integrieren.</p>
Geschäftsprozessoptimierung Ordnungsämter - Teilprojekt Gewerbe	<p>Mit dem am 10. Juni 2016 in Kraft getretenen E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln) hat der Senat eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen. Alle Behörden der Berliner Verwaltung sollen demnach ihre Verwaltungsabläufe „[...] vor Einführung der informationstechnischen Systeme unter Nutzung gängiger Methoden dokumentieren, analysieren und optimieren“ (§ 10 EGovG Bln). Eine vorangehende Geschäftsprozessanalyse soll somit den „Grundstein“ für die Digitalisierung der Berliner Verwaltung legen und dauerhaft etabliert werden. Gemäß Beschluss des IKT-Lenkungsrates (28/2017) liegt die federführende Zuständigkeit für die Umsetzung des E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln) im Politikfeld Ordnungsamt bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und dem Bezirksamt Lichtenberg. Darüber hinaus besteht eine fachliche Zuständigkeit bei</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die in die Projektarbeit und Projektorganisation jeweils themenspezifisch eingebunden ist.
Digitalisierung der Messeplanung und Aufbau einer Informationsplattform für Außenwirtschaftsaktivitäten (Projekt AuWi-Plattform)	Die Wirtschaftsverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg beabsichtigen, eine gemeinsame webbasierte Datenbank und eine Informationsplattform für gemeinsame Messe- und Außenwirtschaftsaktivitäten zu entwickeln. Die Datenbank soll den bisherigen Workflow von der Erfassung relevanter Daten zu Gemeinschaftsmesseständen und weiteren Auslandsaktivitäten bis zur Erstellung von (digitalen und analogen) Publikationen effizienter gestalten und zu einer Optimierung der Datenqualität beitragen. So entsteht ein Messetool, das die Beantragung und Bearbeitung von Anträgen zum Messeplan digitalisiert, sowie eine Informationsplattform, die einen zentralen und umfassenden Überblick über die Außenwirtschaftsaktivitäten in der Hauptstadtregion bietet. Das erste Ziel des Projektes war es, eine SOLL-Konzeption (inkl. Beschreibung der Ausgangslage sowie der Workflows) für den Antragsprozess Messeplanung und die AuWi-Informationsplattform mit den Projektbeteiligten zu erarbeiten. Anschließend wurde mit allen Projektbeteiligten eine Leistungsbeschreibung inkl. einem Lastenheft erstellt, u.a. auch in Zusammenarbeit mit den IT-Referaten der beiden Wirtschaftsverwaltungen, begleitet durch eine Beratung eines externen IT-Dienstleisters. Aktuell werden die Vergabeunterlagen abgestimmt und finalisiert. Nach Abschluss der Ausschreibung soll die Projektimplementierung Ende 2020 mit dem Beginn der Plattformentwicklung starten. Nach einer Testphase soll die Plattform Mitte 2021 final abgenommen und live geschaltet werden, sodass die Messeplanung im kommenden Jahr digital über das Messetool erfolgen kann.
Webportal Solarwende Berlin	Im Mai 2019 wurde unter dem Namen „Solarwende Berlin“ die neue Internetseite zur Solarenergie in Berlin in Betrieb genommen (URL:



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	<p> https://www.solarwende-berlin.de). Das Webportal verfolgt das Ziel der zielgruppenspezifische Information, Kommunikation, Bildung und Beratung, Vernetzung und Kooperationen zu Solarenergie spezifischen Themen in der Hauptstadt und soll damit den Ausbau befördern. Die webgestützte Anwendung verknüpft zudem unterschiedliche bestehende und zu entwickelnde Instrumente miteinander (z.B. Internet-Solarplattform, Solardachbörse, Energieatlas). Die Seite ist so konzipiert, dass sie perspektivisch eine Unterseite einer übergeordneten „Webplattform Energiewende“ darstellen kann. Der Fokus der Internetseite liegt vorerst auf der Solarenergie, als die Erzeugungsform, welche die Energiewende in urbanen Räumen maßgeblich vorantreiben kann. Auf „Solarwende Berlin“ wird zielgruppenspezifisch über die Möglichkeiten der Nutzung von Solarenergie informiert und Wissen zum Thema Solarenergie vermittelt. Es steht ein umfangreiches Glossar zur Verfügung und die Internetseite gibt einen Überblick über Gesetze und Förderangebote sowie über weitere bestehende Angebote wie z.B. Solarpotenzialkarten. Zudem beinhaltet die Seite einen eigenen Bereich des neuen Solarzentrums, sodass Nutzer*innen direkt in die Beratung überführt werden können. Interessierten Berlinerinnen und Berlinern soll der Weg zu einer eigenen Solaranlage durch neutrale Informationen und die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme erleichtert werden. Ziel ist es, die Solarwende in Berlin voranzubringen, um dazu beizutragen, die im Berliner Energiewendegesetz festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen. Perspektivisch soll das Webportal weiterentwickelt werden, z. B. soll das qualitative Monitoring des Masterplans Solarcity auf der Seite dargestellt werden. Zudem ist geplant, die Website online zu bewerben. Für größere Weiterentwicklungen, wie die Anpassung des Layouts an ein neues CD des Landes Berlin, soll es ein Nachfolgeprojekt ab 2021 geben. </p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
<p>Potenzialberatung Geschäftsprozessoptimierung und Digitalisierung</p>	<p>Das Land Berlin gewährt kleinen und mittelständischen Unternehmen zweckgebundene Zuschüsse, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der in Berlin ansässigen Unternehmen zu sichern und zu stärken. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind kofinanziert aus Mitteln der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) oder des Landes Berlin.</p> <p>Gegenstand der Förderung sind Potenzialberatungen für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, produktionsnahe Dienstleistungsgewerbe, Unternehmen der digitalen Wirtschaft und des Handwerks, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsmöglichkeit zu verbessern. Ziel ist es, den Antrag der MGP für die Nutzenden online bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Bearbeitung des Antrags zu optimieren sowie zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten.</p>
<p>eFREporter4</p>	<p>Weiterentwicklung der Förderbankdatenbank für den EFRE und ESF auf Basis des Client-Server-Systems eFREporter3 unter Beteiligung der BL Sachsen-Anhalt (Entwicklung), Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Das Datenbanksystem ermöglicht einen gesicherten Zugriff der in den BL beteiligten Instanzen zur Erfassung und Berichterstattung der Förderdaten.</p>
<p>Solargesetz Berlin - Befreiungsantrag</p>	<p>Nach dem Solargesetz Berlin sind Eigentümerinnen und Eigentümer von nicht-öffentlichen Gebäuden, die ab dem 1. Januar 2023 neu gebaut oder deren Dach umgebaut wird (Bestandsgebäude), mit einer Solaranlage auf dem Gebäudedach auszustatten. Neben den kraft Gesetzes geltenden Ausnahmen, besteht die Möglichkeit sich unter bestimmten Voraussetzungen von der Solarpflicht befreien zu lassen. Hierfür muss ein Antrag bei der SenWiEnBe gestellt werden. Dieser Antrag soll nach Abschluss des Projekts zukünftig online gestellt werden können.</p>
<p>Solarrechner Berlin</p>	<p>Der Solarrechner Berlin soll die Solarpotentiale der Gebäudedachflächen darstellen sowie erste</p>



Vorhaben	Kurzbeschreibung
	Anhaltspunkte zur Wirtschaftlichkeit einer Solaranlage geben.



IKT-Rollenkonzept

zur Umsetzung des EGovG Bln

im Land Berlin

Bearbeitungsschritte

Befassung 17. IKT-Lenkungsrat 11/2020	Anmerkungen/Hinweise der Behörden des Vorbereitungsgremiums zum 17. IKT-Lenkungsrat aufgenommen und in Weiterentwicklungsliste dokumentiert. <u>Begleitdokumente:</u> Whitepaper zum IKT-Rollenkonzept bereitgestellt. Beschlussfassung des 17. IKT-Lenkungsrats mit dem Auftrag der kontinuierlichen Weiterentwicklung.
12/2020	Unter eingehender Befassung der AG IKT-Fachkräfte: Schärfung & Abgrenzung der Rollenbeschreibungen. <u>Begleitdokumente:</u> Rollensteckbriefe zum IKT-Rollenkonzept (Vorlagen für Anforderungsprofile), Whitepaper zum IKT-Rollenkonzept aktualisiert.
05/2021	Aktualisierung Management-Summary. Übernahme der Aufgaben der IKT-Leitstelle aus dem Servicerahmenkonzept 1.0 und Verweis auf die Handlungsempfehlung aus der AG Festsetzungsprozesse zum Architekturboard. Kapitel 5 wurde aufgenommen, um den Zeitraum bis zur Zentralisierung der vUKT in Bezug auf die Rollen aus den IT-Organisationsgrundsätzen zu beschreiben.
09/2022	Einfügen von Digitalisierungsstellen entsprechend Regierungsrichtlinien und Herstellung der Barrierefreiheit des Dokuments (Kontraste, Alternativtexte). Schärfung der Aufgaben zu den Rollen Politische Ressort-Digitalisierungsbeauftragten und Bezirklichen Digitalisierungsbeauftragten, sowie des StS-D. Konkretisierung der Verteilung Rollen aus Whitepaper in Kapitel 5 des IKT-Rollenkonzepts eingefügt. IKT-Projektmanagement gestrichen, wird im Projektmanagementhandbuch beschrieben.
01/2023	Redaktionelle Anpassungen: Schriftart und Seitenumbrüche vereinheitlicht.

Inhaltsverzeichnis

1.	Management Summary	6
2.	Grundlagen	9
2.1.	Gesetzliche Grundlagen	9
2.2.	Studie des IT-Planungsrates zu IKT Rollen und Kompetenzen.....	10
2.3.	Beschluss des IKT-Lenkungsrates zum gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagement.....	10
3.	Die Beteiligten am IKT- und Digitalisierungsmanagement in der Berliner Verwaltung	12
3.1.	IKT-Steuerung.....	12
3.2.	Fachverfahrens- bzw. Dienste-Verantwortliche Behörden (FVDB)	13
3.3.	Nutzende Behörden und Einrichtungen.....	14
3.4.	IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin).....	15
4.	Rollen und Aufgaben der Beteiligten	16
4.1.	Überblick über die IKT-Rollen	16
4.2.	Beschreibung der politisch verantwortlichen Rollen und Beauftragten im IKT- und Digitalisierungsmanagement	19
4.3.	Beschreibung der fachlich verantwortlichen Rollen im IKT- und Digitalisierungsmanagement	27
4.5.	Beschreibung der Beratungs- und Unterstützungsrollen im IKT- und Digitalisierungsmanagement	42
4.6.	Kompetenzzentrum IKT- und Digitalisierungsmanagement (KID).....	48
5.	Übergang von Rollen aus den IT-Organisationsgrundsätzen.....	50
6.	Ausblick.....	52
7.	Quellen	54
8.	Anhang	56

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
BCM	Business Continuity Management (ehemals Notfallmanagement)
BehInfSiBe	Behördliche Informationssicherheitsbeauftragte bzw. behördlicher Informationssicherheitsbeauftragter
BehDSB	Behördliche Datenschutzbeauftragte bzw. behördlicher Datenschutzbeauftragter
BIKTG Bln	Barrierefreie IKT Gesetz Berlin
BlnBDI	Berliner Beauftragte bzw. Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
Bln-DSG	Berliner Datenschutzgesetz
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EGovG	E-Government Gesetz
FVDB	Fachverfahrens- und Dienste-Verantwortliche Behörde ¹
FV	Fachverfahren
GPM	Geschäftsprozessmanagement
gGPM	Gesamtstädtisches Geschäftsprozessmanagement
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
InfSiBe	Bevollmächtigte bzw. Bevollmächtigter für Informationssicherheit
ITDZ Berlin	IT-Dienstleistungszentrum Berlin (nachfolgend nur mit ITDZ bezeichnet)
ITDZAöRG Be	Gesetz über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT-Dienstleistungszentrum Berlin
ITIL	Information Technology Infrastructure Library
KID	Kompetenzzentrum IKT- und Digitalisierungsmanagement

¹ Die Aufgabe der jeweiligen Rolle bezieht sich entweder auf ein IT-Fachverfahren oder einen IKT-Basisdienst für E-Government (sofern dieser in die Verantwortung der Senatsverwaltung und Inneres fällt) oder aber auf eine in einer Behörde angesiedelte administrative Teilaufgabe zu einem IKT-Basisdienst.

UBZ	Unterstützungs- und Beratungszentrum
SenInnDS	Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
vaIKT	Verfahrensabhängige IKT
vuIKT	Verfahrensunabhängige IKT

1. Management Summary

Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport (SenInnDS) wurde in der 77. Senatssitzung vom 18.09.2018 beauftragt, „Vorschläge für die Aufgaben- und Rollenverteilung zwischen dem IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) Berlin, der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Steuerung und den anderen Behörden Berlins zu entwickeln“ (Senat, 2018). Im Rahmen des Zukunftspakts Verwaltung vom Mai 2019 ist unter Federführung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnDS) zudem im Steckbrief 23 ein Organisations- und Rollenkonzept „Digitalisierung“ angekündigt worden. Diesen Aufträgen folgend hat die SenInnDS dem IKT-Lenkungsrat zu seiner 17. Sitzung am 23.11.2020 dieses Rollenkonzept in der Version 4.8. vorgelegt. Der Lenkungsrat hat das Konzept unter bestimmten Bedingungen zur Anwendung empfohlen und die SenInnDS befugt, das Konzept weiterzuentwickeln².

Ziel des IKT-Rollenkonzepts ist es, darzulegen, an welchem Zielszenario sich die Umsetzung des E-Government Gesetz Berlin (EGovG Bln) bei den Rollen und Verantwortlichkeiten des IKT-Fachpersonals im Land Berlin orientieren soll. Dabei können auch schon vor der vollständigen Zentralisierung der verfahrensunabhängigen IKT (vuKT) Rollen angewendet werden, vor allem im Bereich der verfahrensabhängigen IKT (vaKT), also rund um die Prozesse der Fachverfahren.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen macht es erforderlich, dass weit über die klassischen IT-Fachkräfte hinaus Wissen und Kompetenzen in der Breite der Fachkräfte der Berliner Verwaltung erworben werden. So handelt es sich bei IKT-Fachkräften häufig um Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, bei denen der IKT-Anteil oftmals nur einen Teil ihrer Stellenbeschreibung ausmacht. Daher wurden für die im Weiteren beschriebenen IKT-Rollen benötigten Kompetenzen in den zugehörigen Rollensteckbriefen mit großer Sorgfalt beschrieben, um den Einstieg in IKT-Rollen aus anderen Verwaltungstätigkeiten zu unterstützen.

Eine gut organisierte, kompetente Leistungserbringung an den Schnittstellen staatlicher Dienstleistungen zu den Bürgerinnen und Bürgern ist von gesamtstädtischem Interesse. Dieses Prozesswissen ist für die Weiterentwicklung bzw. die Innovation bei staatlichen Digitalisierungsangeboten unabdingbar.

Dieses Rollenkonzept soll weiterhin ein einheitliches Verständnis von notwendigen Rollen herstellen, anhand derer sich die Berliner Behörden und Stellen auf die laufenden und

² Alle Änderungen sind in einer Weiterentwicklungsliste dokumentiert.

anstehenden Veränderungen einstellen können, die aufgrund der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und der Zentralisierung des IKT-Betriebs zum ITDZ Berlin vorgenommen werden müssen. Es soll helfen, entsprechende Organisations- und Personalmaßnahmen zu planen. Durch die Beschreibung von Aufgabenbündeln (Rollen) und deren einheitlicher Benennung soll nicht zuletzt eine größere Vergleichbarkeit von historisch gewachsenen Rollen- und Stellenbezeichnung in der Berliner Verwaltung erreicht werden. Dies soll die Zusammenarbeit zwischen den Stellen erleichtern und nicht zuletzt gezieltere landesweite Personalrekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen.

Das vorliegende Konzept ist wie folgt aufgebaut:

Nach Darlegung der Grundlagen für das Konzept (Kapitel 2) werden die beteiligten Akteure in der Berliner Verwaltung dargestellt, für die dieses Konzept IKT-Rollen definiert (Kapitel 3). In Kapitel 4 werden die Rollen und deren Aufgaben beschrieben. Es stellt das Hauptkapitel dieses Konzepts dar. Um den Zeitraum bis zur vollständigen Zentralisierung der vUKT aller Behörden zu gestalten, beschreibt das Konzept auch den Übergang von Rollen aus den vorangegangenen IT-Organisationsgrundsätzen (Kapitel 5).

Mit Unterstützung und Beratung der vom IKT-Lenkungsrat eingesetzten AG IKT-Fachkräfte sind mehrere Begleitdokumente zu diesem Rollenkonzept erstellt worden, die die Behörden bei der Anwendung des Konzepts und der Umsetzung von Personal- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen sollen.

So liegen vor:

- **Rollensteckbriefe** (als Grundlage für Anforderungsprofile)
- Ein „**Whitepaper**“ zum Rollenkonzept, das häufig gestellte Fragen (FAQ) beantwortet, das exemplarisch für eine Senatsverwaltung und ein Bezirksamt alle notwendigen Rollen aufführt (Rollencheckliste)

Das vorliegende Konzept schafft die Grundlage für eine einheitliche und standardisierte Wahrnehmung von IKT-Rollen in den Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltung. Dazu ist es erforderlich, dass dieses Konzept in allen Behörden umgesetzt wird.

Die SenInnDS steht den Behörden bei dieser Umsetzung beratend zur Verfügung. So können z.B. sogenannte „Mapping-Termine“ vereinbart werden, in denen gemeinsam die aktuelle Personalstruktur auf die Rollenmatrix nach dem IKT-Rollenkonzept „gemappt“ wird. So kann gemeinsames Verständnis der Anwendung des Konzepts in der jeweiligen Behörde erarbeitet werden.

Die weitere praktische Ausgestaltung dieses Rahmens wird die Aufgabe aller Beteiligten in den nächsten Jahren sein. Dabei wird anerkannt, dass erst die in der täglichen Praxis auftretenden Herausforderungen und Fragestellungen eine weitere Konkretisierung des vorliegenden Konzepts möglich machen können, deren Bearbeitung und Beantwortung z. B. in themenbezogenen Arbeitsgruppen erfolgen kann.

2. Grundlagen

Das vorliegende Konzept dient der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des E-Government (EGovG Bln) aus 2016. Zudem basiert es auf der Studie E-Government-Kompetenz, die im Auftrag des IT-Planungsrats durchgeführt wurde (Becker et al., 2016 sowie IT-Planungsrat, 2017). Darüber hinaus findet der Beschluss des IKT-Lenkungsrates bezüglich der Einführung eines gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagements Anwendung (IKT-Lenkungsrat Beschluss Nr. 06/2017 i. V. m. Beschluss Nr. 28/2017 und 29/2017). Die Vorarbeiten sowie die Rückmeldungen der vom IKT-Lenkungsrat eingesetzten AG IKT-Fachkräfte zu diesem Konzept sind ebenfalls eingeflossen. Haushaltsrechtliche Grundlagen werden von diesem Konzept nicht berührt.

2.1. Gesetzliche Grundlagen

Das Gesetz zur Förderung des E-Government vom Mai 2016 (EGovG Bln) verfolgt folgende allgemeine Ziele:

- **Für Bevölkerung und Wirtschaft:** Mehr nutzerfreundliches, barrierefreies und sicheres E-Government (externe Sicht). Gemäß § 2 Abs. 2 EGovG Bln soll das Gesetz Transparenz, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Bürger-, Unternehmens- sowie Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit gewährleisten. Daneben sollen allgemeine Partizipationsmöglichkeiten verbessert und der Standort Berlin gefördert werden.
- **Für die Berliner Verwaltung:** Einheitliche IKT-Steuerung für mehr Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit, Barrierefreiheit, Sicherheit und moderne IKT-Ausstattung. Die elektronische Vorgangsbearbeitung soll Vorrang haben.

Um diese Ziele effizienter umsetzen zu können, bedarf es einer Konzeption zur Ausgestaltung der IKT-Rollen im Land Berlin. Durch § 21 EGovG Bln wurde bereits in 2016 die Rolle des IKT-Staatssekretärs bzw. der IKT-Staatssekretärin etabliert.

Es muss Digitalisierungskompetenz in jeder einzelnen Verwaltungseinheit des Landes erhalten bleiben bzw. erweitert werden. Für Letzteres sprechen die im Kontext des Online-Zugangsgesetz stehenden umfangreichen fachlich angesiedelten Digitalisierungsvorhaben sowie die Schnelllebigkeit in der IT, die immer schnellere Überarbeitungszyklen in den IKT-Unterstützungen auslöst.

Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) hat nach § 24 EGovG Bln die Aufgabe, den Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltung die vulKT sowie IKT-Basisdienste zur

Verfügung zu stellen, sie bei der laufenden Anpassung der Fachverfahren an die IKT-Basisdienste zu unterstützen und die dafür notwendigen Infrastrukturen zu betreiben. Die Behörden und Einrichtungen sind ihrerseits für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Abnahme dieser Leistungen des ITDZ Berlin verpflichtet.

Das Barrierefreie-IKT-Gesetz Berlin (BIKTG Bln) konkretisiert Forderungen des E-GovG Bln bezüglich der digitalen Barrierefreiheit. Diese Rollen wurden mit denen in diesem Rollenkonzept zusammengefügt.

2.2. Studie des IT-Planungsrates zu IKT Rollen und Kompetenzen

Der IT-Planungsrat hat sich ausführlich mit zukünftigen personal- und organisationspolitischen Digitalisierungsfragen für die öffentliche Verwaltung auseinandergesetzt. Die Ergebnisse der Studie E-Government-Kompetenz von Becker et al. (2016) zeigen, dass eine Wahrnehmung von bestimmten Rollen im Organisations- und IT-Bereich notwendig ist. Die in der Studie beschriebenen sogenannten Referenzrollen wurden dem vorliegenden Konzept zugrunde gelegt. Sie wurden auf Basis des EGovG Bln sowie weiteren Regelungsquellen für die Berliner Bedürfnisse modifiziert.

2.3. Beschluss des IKT-Lenkungsrates zum gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagement

Mit dem „Einführungskonzept gesamtstädtisches Geschäftsprozessmanagement“ (Version 1.1) hat der IKT-Lenkungsrat die strategische Ausrichtung des gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagements (gGPM) in Berlin beschlossen, sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung des Konzepts anhand von konkreten Digitalisierungskonzepten gefordert (IKT-Lenkungsrat Beschluss Nr. 06/2017 i. V. m. Beschluss Nr. 28/2017 und 29/2017). Dieses Einführungskonzept wurde im 2. Quartal 2021 mit dem Handbuch zum Geschäftsprozessmanagement im Land Berlin ersetzt.

Es werden Fachprozesse und Querschnittsprozesse unterschieden, für die jeweils Prozess- und Digitalisierungsverantwortlichkeiten in einem Aufgaben- und Rollenmodell festgelegt und Politikfeldern zugeordnet wurden. Zur Optimierung und Digitalisierung der Fachprozesse wurden in jeder Senatsverwaltung und der Senatskanzlei GPM-Beratungen eingesetzt, denen für jedes Politikfeld in der Regel ein Tandempartner für die GPM-Beratung für bestimmte Politikfelder in jedem Bezirk bzw. jeder nachgeordneten Behörde zugeordnet wurden (vgl. Kapitel 4.4.5).

Das „Handbuch zum Geschäftsprozessmanagement im Land Berlin“ und dieses IKT-Rollenkonzept werden kontinuierlich in Bezug auf die in beiden Konzepten vorkommenden Rollen miteinander abgeglichen. Dieses Konzept führt diejenigen Rollen aus dem Handbuch zum Geschäftsprozessmanagement im Land mit auf, die für den Gesamtkontext der IKT-Rollen relevant sind.

3. Die Beteiligten am IKT- und Digitalisierungsmanagement in der Berliner Verwaltung

Aus dem E-Government-Gesetz Berlin ergeben sich die in diesem Kapitel beschriebenen IKT-Beteiligten in der Berliner Verwaltung. Abbildung 1 gibt einen Überblick über diese Beteiligten und ihre Interaktion. Die IKT-Rollen bei den Beteiligten, ihre Aufgaben und ihr Zusammenspiel werden in [Kapitel 4](#) beschrieben.

3.1. IKT-Steuerung

Die Staatssekretärin bzw. der Staatssekretär Digitalisierung wird in ihren/seinen Aufgaben von der Organisationseinheit „IKT-Steuerung“ unterstützt. Die Beratung erfolgt dabei zuletzt durch den IKT-Lenkungsrat. Die IKT-Steuerung ist zurzeit organisatorisch bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport Berlin angesiedelt.

Sie verantwortet die vulKT-Architektur und -Infrastruktur des Landes, beauftragt die Leistungen der vulKT und IKT-Basisdienste, beaufsichtigt den zentralen IKT-Dienstleister des Landes (ITDZ Berlin) und verantwortet den Einzelplan 25 (Landesweite Maßnahmen des E-Government). Der IKT-Steuerung obliegt gemäß § 20 Abs. 2 EGovG Bln die Vorgabe von verbindlichen Grundsätzen, Standards und Regelungen, wodurch die Verantwortung für die Prozesse im Politikfeld „IKT-Management und Digitalisierung“ begründet wird.

Zur Vorbereitung von Entscheidungen der Staatssekretärin bzw. des Staatssekretärs Digitalisierung über die Entwicklung und Wahrung der IKT-Architektur wurde das „IKT-Architekturboard“ eingesetzt. Zur Arbeit des Architekturboards hat die AG IKT-Festsetzungsprozesse Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Aus fachlicher Sicht unterscheidet sich das Politikfeld „IKT-Management/Digitalisierung“ nicht von anderen Politikfeldern. Alle Politikfelder eint die Aufgabe fachliche Standards zu entwickeln und gemeinsam mit allen Beteiligten darauf hinzuarbeiten, dass auf Grundlage optimierter Prozesse der größtmögliche Nutzen erzeugt wird. Der Fokus der Leistungserbringung liegt dabei stets auf Bürgerinnen und Bürgern bzw. Unternehmen.

Die Besonderheit des Politikfeldes „IKT-Management/Digitalisierung“ liegt in seinem Querschnittscharakter. Sämtliche Aktivitäten können sich auf alle Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltungen sowie alle anderen Politikfelder auswirken. Die Auswirkungen reichen von der Gestaltung der vulKT (Architektur, Infrastruktur) bis hin zu Standards bei der Entwicklung der valKT (Fachverfahren). Die Prozessverantwortlichkeiten in anderen Politikfeldern bleiben unberührt, aber es kann bei der Umsetzung von IT-Lösungen auf Basis

optimierter Fachprozesse zu Abstimmungsbedarf kommen, um Standards der IKT-Steuerung zu gewährleisten.

3.2. Fachverfahrens- bzw. Dienste-Verantwortliche Behörden (FVDB)

Die IKT-Landschaft im Land Berlin ist hinsichtlich der Fachverfahren und Dienste von noch heterogen gesteuerten Verfahren und Anwendungen geprägt. Dieses gilt es zu konsolidieren, um eine effiziente Nutzung und Anwendung sämtlicher Fachverfahren im Land zu ermöglichen. Die Federführung für diese Aufgabe und deren kontinuierliche Weiterentwicklung hat die jeweilige Fachverfahrens- und Dienste-Verantwortliche Behörde (FVDB). Diese sind grundsätzlich Senatsverwaltungen bzw. die Senatskanzlei, es sei denn die Rolle als FVDB wurde formal an eine nachgeordnete Stelle delegiert. Eine FVDB ist in Bezug auf vulKT stets auch Nutzende Behörde, ggf. auch von Fachverfahren (Kapitel 3.3.). In Bezug auf die IKT-Basisdienste ist die SenInnDS IKT-Steuerung die Dienste-Verantwortliche Behörde.

Die FVDB stellen den Nutzenden Behörden und Einrichtungen die Fachverfahren sowie die damit verbundenen Standardprozesse im Rahmen der von der IKT-Steuerung aufgestellten IKT-Architektur und Standards zur Verfügung, die sogenannte valKT, vgl. § 20 Abs. 3 EGovG Bln. Die Fachverfahrensverantwortung ergibt sich aus den in den Behörden jeweils angesiedelten Politikfeldern.

Die Erstellung von Verwaltungsleistungen nach innen und außen wird vom jeweiligen Fachbereich der FVDB verantwortet. Dort liegt die Verantwortung für die Erhebung und Optimierung der Prozesse, die die Grundlage für die Digitalisierung sind. Dazu gehört auch die Steuerung der erforderlichen IKT-Dienstleister (keine Abnahmepflicht beim ITDZ gemäß EGovG Bln).

Zu den Aufgaben der FVDB gehört die Vorsorge für eine angemessene Ressourcenausstattung der Nutzenden Behörden bei Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen der Bereitstellung von IT-Fachverfahren oder -Diensten. Der Begriff „Vorsorge“ bezieht sich auf die Anmeldung aller Ressourcen zu den jeweiligen Haushaltsplänen der FVDB. Diese handelt im Rahmen ihrer dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung eigenständig (Anmeldung zum Haushalt, Bewirtschaftung der Ansätze).

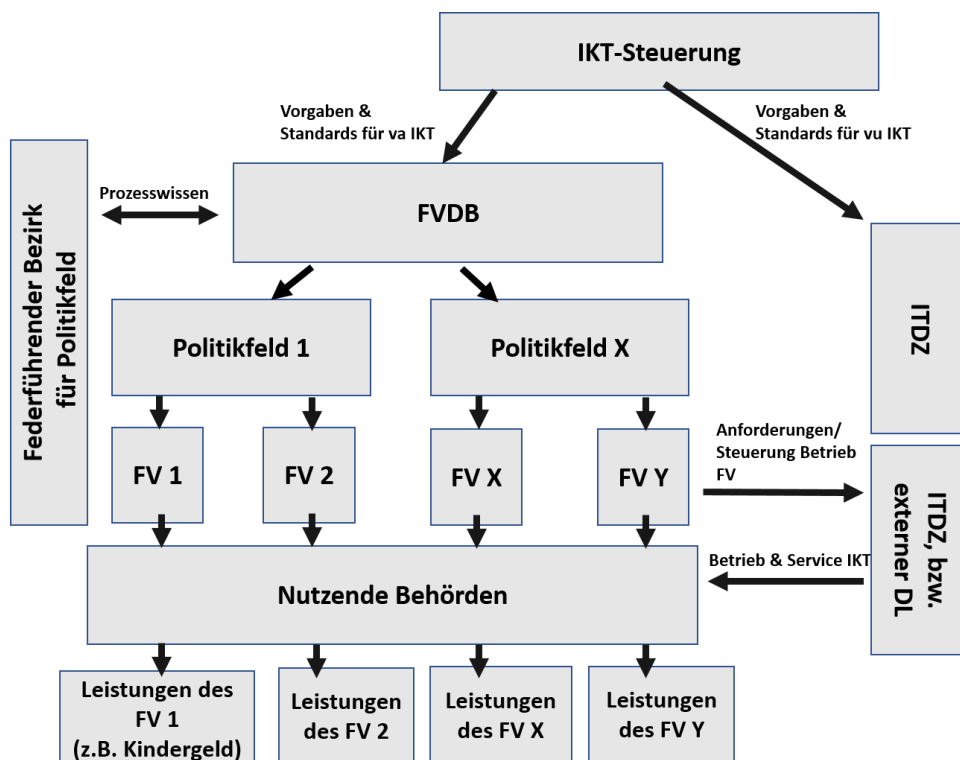
Die IKT-Steuerung setzt Vorgaben und Standards in Bezug auf die vulKT und valKT. Diese sind, wie in Abbildung 1 dargestellt, durch die FVDB und das ITDZ Berlin (bzw. ggf. externe IT-Dienstleister) zu befolgen.

Es können in einer FVDB mehrere Politikfelder angesiedelt sein, die wiederum mehrere Fachverfahren beinhalten. Abnehmerinnen der Fachverfahren und Dienste sind die Nutzenden Behörden, die daraus die Leistungen generieren. Bei der Verantwortung für die Fachverfahren und Dienste arbeiten die FVDB mit den Bezirken, insbesondere dem für das jeweilige Fachverfahren federführenden Bezirk zusammen. Hierbei liegt es in der Verantwortung der jeweiligen FVDB, für die einzelnen Fachverfahren ein Verfahrensbetriebsmodell für die mit am Betrieb, Support und der Nutzung beteiligten Stellen zu beschreiben.

Die folgende Abbildung beschreibt das Zusammenspiel zwischen Fachverfahrenverantwortlichkeit, IKT-Steuerung und dem ITDZ Berlin/IT-Dienstleister in Bezug auf die betroffenen Politikfelder.

Abbildung 1: Schematische Darstellung der Aufgliederung der Fachverfahrenverantwortlichkeit in den FVDB

Legende: FV = Fachverfahren, FVDB=Fachverfahrens- und Dienste-Verantwortliche Behörde



3.3. Nutzende Behörden und Einrichtungen

Jede Behörde bzw. Einrichtung ist Nutzende Behörde in dem Sinne, dass die Mitarbeitenden vulKT und ggf. vaKT für ihre jeweiligen Aufgaben nutzen. Das heißt, dass eine FVDB (i.d.R. Senatsverwaltungen) auch die Rollen von Nutzenden Behörden abbilden müssen. Behörden

ohne Fachverfahrens- und Dienstverantwortung (i.d.R. Bezirksämter oder die meisten nachgeordneten Behörden) bilden nur die Rollen einer Nutzenden Behörde ab.

Nutzende Behörden und Einrichtungen nutzen grundsätzlich vulKT, die von der IKT-Steuerung konzipiert wird und valKT, die von der jeweiligen FVDB konzipiert wird. Die Implementierung und Nutzung dieser von der IKT-Steuerung und den FVDB definierten Standards und Rahmenbedingungen bleibt weiterhin in der Verantwortung der Nutzenden Behörden und Einrichtungen (Abschnitt 2 EGovG Bln).

Die Nutzende Behörde bildet im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zu den jeweiligen Haushaltsjahren einen Etat nach den Vorgaben der Senatsverwaltung für Finanzen (allgemein) und der IKT-Steuerung (speziell). Sie trägt im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung für das jeweils zugewiesene Behördenkapitel Verantwortung für alle Prozesse der Vergabe, Bestellung und Rechnungsabwicklung.

3.4. IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin)

Zentraler IT-Dienstleister für das Land Berlin ist das ITDZ Berlin (§ 24 EGovG Bln sowie ITDZAöRG Be, 2004). Die Anstalt stellt allen Behörden des Landes Berlin die vulKT und IKT-Basisdienste zur Verfügung und betreibt die dafür notwendigen Infrastrukturen. Die Anstalt übernimmt Verantwortung in der Durchführung betrieblicher Aufgaben, die in Verträgen zur Sicherstellung des Betriebes von vulKT und valKT geregelt werden. Für die Fachverfahren verantwortet sie - in der Regel - den technischen Betrieb (ITDZAöRG Be § 2 (2)).

Bei der Erledigung dieser Aufgabe gelten die für den IKT-Einsatz in der Berliner Verwaltung erlassenen Verwaltungsvorschriften sowie die Vorgaben der IKT-Steuerung, insbesondere in Bezug auf die IKT-Architektur.

4. Rollen und Aufgaben der Beteiligten

In diesem Kapitel werden zunächst die IKT-Rollen in ihrem Zusammenspiel vorgestellt. Dies erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit zunächst getrennt in Bezug auf die Rollen mit Relevanz für die vulKT und die Rollen mit Relevanz für valKT (Kapitel 4.1.).

Anschließend werden die Rollen mit ihren Aufgaben näher beschrieben, dabei erfolgt die Unterteilung in Rollen mit politischer Verantwortung und Beauftragte, in Rollen mit fachlicher Verantwortung und in beratende, bzw. unterstützende Rollen (Kapitel 4.2 bis 4.4.).

Im sogenannten Whitepaper, das begleitend zu diesem Konzept häufig gestellte Fragen beantwortet, werden die Rollen noch einmal exemplarisch für die Hauptverwaltung und für einen Bezirk im Überblick zusammengefasst (Rollencheckliste).

Rollen, die in anderen Kontexten definiert wurden, werden aufgrund ihrer Interaktion mit den in diesem Konzept definierten Rollen aufgeführt; auf die Rechtsgrundlagen wird jeweils verwiesen. Dies gilt v.a. für die sogenannten „Beauftragten-Rollen“ (Datenschutz, Informationssicherheit, Business Continuity Management).

Die Wahrnehmung der Rollen ordnet sich in die behördliche Aufbauorganisation ein; die Zuweisung und Wahrnehmung dieser Rollen wird von der Leitung der jeweiligen Bereiche gesteuert und verantwortet.

Rollenträgerinnen, bzw. Rollenträger können sowohl Organisationseinheiten als auch Personen sein. Es können mehrere Rollen auf eine Organisationseinheit oder Person übertragen werden. Es gilt der Grundsatz „Rolle ungleich Stelle“.

4.1. Überblick über die IKT-Rollen

Die Abbildungen 2 und 3 stellen die im Anschluss einzeln beschriebenen Rollen im Überblick dar, die genauen Interaktionen sind dem Text, bzw. den Rollensteckbriefen zu entnehmen. Dabei zeigt Abbildung 2 die Rollen mit Blick auf die Beziehungen in Bezug auf den Fachverfahrensbetrieb (valKT) und Abbildung 3 die Rollen mit Blick auf vulKT. Die Rollen Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r, Behördliche/r Informationssicherheitsbeauftragte/r, Behördliche/r Business Continuity Manager/in sowie Behördliche/r IKT-Barrierefreiheitskoordinator/in sind hierbei unter „Behördliche Beauftragte“ zusammengefasst.

Abbildung 2 Kommunikationslandschaft der IKT-Rollen zum Fachverfahrensbetrieb (vaIKT).

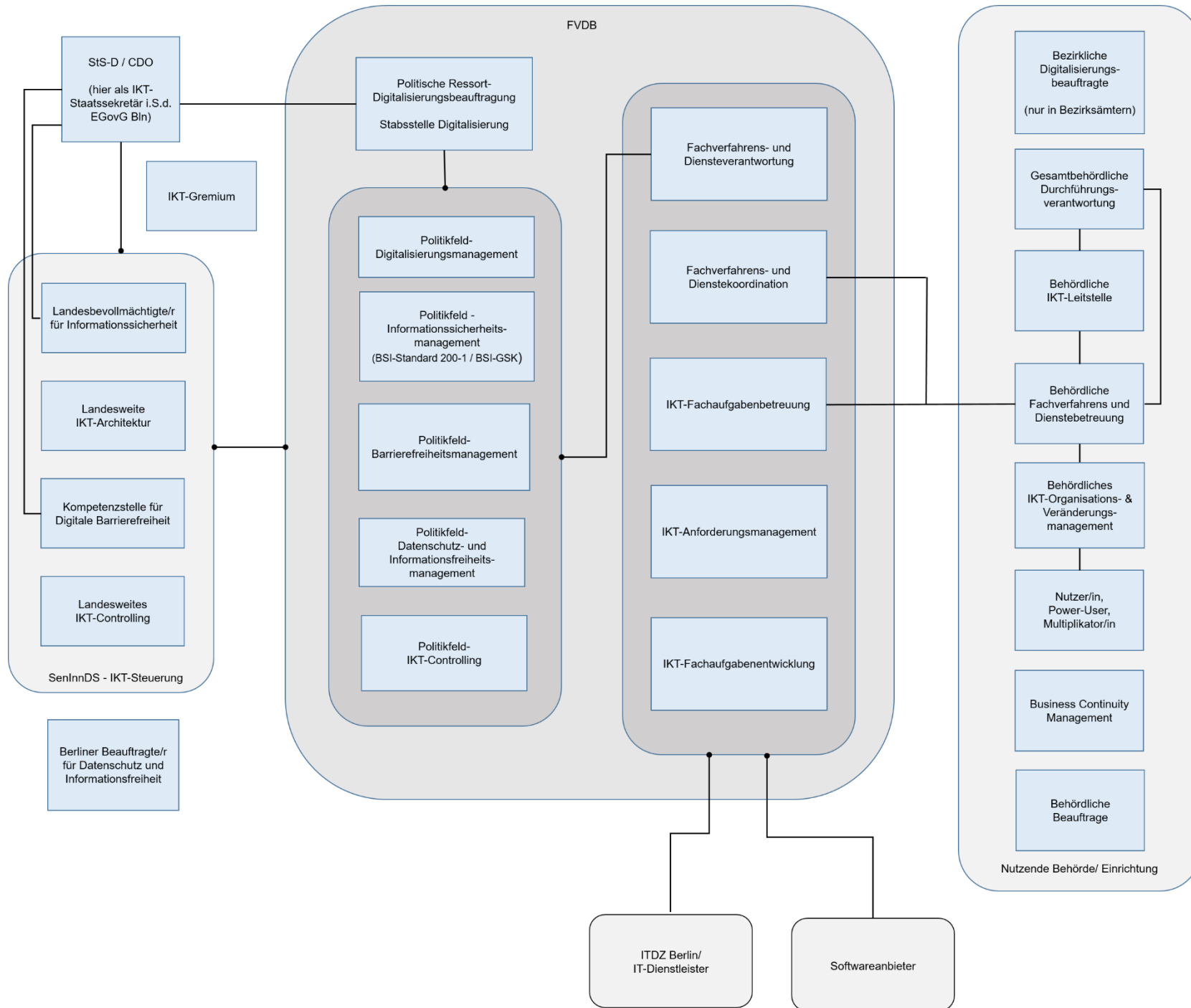
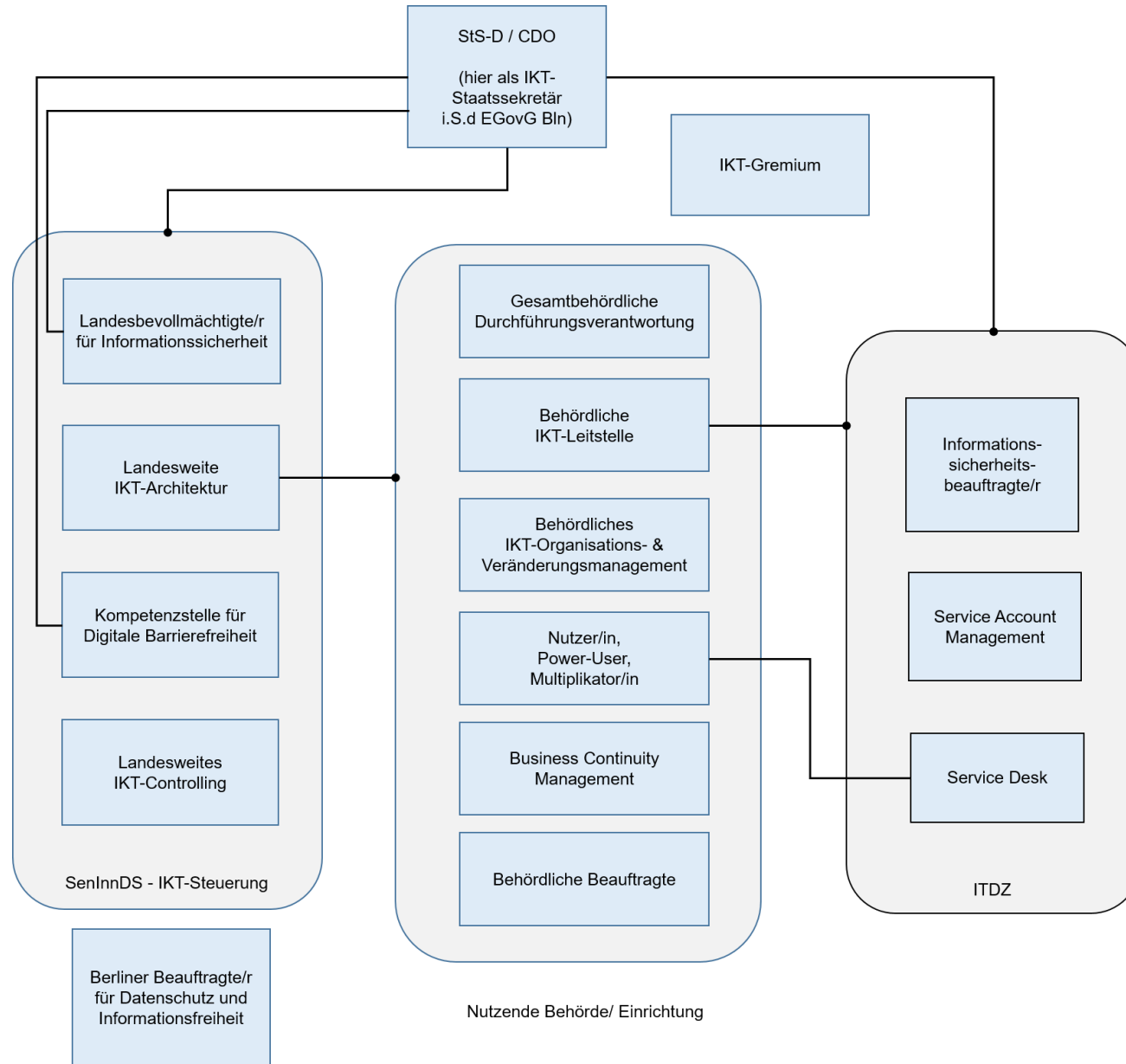


Abbildung 3 Kommunikationslandschaft der IKT-Rollen zum Betrieb verfahrensunabhängiger IKT (vulKT).



4.2. Beschreibung der politisch verantwortlichen Rollen und Beauftragten im IKT- und Digitalisierungsmanagement

4.2.1. Staatssekretär bzw. Staatssekretärin Digitalisierung

Das EGovG Bln beschreibt in § 21 die Aufgaben der IKT-Staatssekretärin bzw. des IKT-Staatssekretärs, die hier in die Rolle des Staatssekretärs- bzw. der Staatssekretärin-Digitalisierung übersetzt wird (angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport). Diese Rolle wird in Personalunion mit der des Chief Digital Officers (CDO) wahrgenommen. Dort liegt auch die Stabsstelle des CDO (siehe Anhang 1).

4.2.2. Politische Ressort-Digitalisierungsbeauftragung

In Analogie dazu wird jeweils auf Ressortebene (Senatsverwaltung/Senatskanzlei, bzw. Behörde mit Fachverfahrens- bzw. Dienste-Verantwortung) die Rolle der Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragung auf Ebene der Behördenleitung definiert. Bei dieser Rolle liegt auch die Stabsstelle Digitalisierung in den Fachverfahrens- und Dienste-Verantwortlichen Behörden (siehe Anhang 1). Die Rolle der Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragung verantwortet die Digitalisierung, den Einsatz der Fachverfahren und Dienste für die Politikfelder (Ressortzuschnitte), die gemäß Geschäftsverteilungsregelung des Senats in der jeweiligen Senatsverwaltung/Senatskanzlei angesiedelt sind. Sie wirkt auf die Umsetzung des EGovG Bln und des OZG in ihrem Ressort hin und sorgt für die Umsetzung der im Regierungsprogramm für das jeweilige Ressort einschlägigen Vorhaben. Bei dieser Rolle liegen die Priorisierung und Koordination der Digitalisierungsstrategien und -vorhaben der Politikfelder des Ressorts; sie dient als Eskalationsinstanz für mögliche Konflikte zwischen den Digitalisierungsvorhaben der Politikfelder. Zu den Aufgaben gehört ferner die Koordination des Rollenverbunds „Kompetenzzentrum IKT- und Digitalisierungsmanagement (KID)“ (vgl. [Kapitel 4.6.](#)). Die Politische Ressort-Digitalisierungsbeauftragung vertritt die Behörde in landesweiten IKT-Gremien. Die hier beschriebene Rolle der „Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragung“ wird im Kontext des GPM-Handbuchs flankiert von einer/einem Ressort-Digitalisierungsbeauftragten mit Aufgaben rund um die Priorisierung, Koordinierung und Unterstützung von Digitalisierungsmaßnahmen.

4.2.3. Bezirkliche Digitalisierungsbeauftragte

Die Steuerung und Koordinierung der bezirklichen Digitalisierungsaktivitäten werden bei den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern in einer geeigneten Einheit gebündelt.

4.2.4. Gesamtbehördliche IKT-Durchführungsverantwortung

Die Rolle der Gesamtbehördlichen IKT-Durchführungsverantwortung ist federführend zuständig für den fachgerechten Einsatz von vIKT und vUKT in der jeweiligen Behörde (in ihrer Eigenschaft als Nutzende Behörde). Hier laufen die Arbeit der IKT-Leitstelle, der behördlichen Fachverfahrens- und Dienstebetreuungen und des IKT-bezogenen Organisations- und Veränderungsmanagements zusammen. Diese Rolle übt ihre Verantwortung im Rahmen der von den FVDB und der IKT-Steuerung entwickelten Vorgaben und Standards zu vUKT und vIKT aus, sie sorgt für die Beachtung personalvertretungsrechtlicher Belange.

4.2.5. Informationssicherheit

Nach EGovG § 23 Abs. 1 sind alle Behörden verpflichtet, ein Informationssicherheitsmanagementsystem gemäß den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aufzubauen und weiterzuentwickeln. Hierzu wurde die Rolle des/der behördlichen Informationssicherheitsbeauftragten (BehInfSiBe) definiert. Die Aufgaben und Befugnisse sind in der Leitlinie zur Informationssicherheit der Landesverwaltung des Landes Berlin benannt. Übergreifend ist auf Landesebene die Landesbevollmächtigte bzw. der Landesbevollmächtigte für Informationssicherheit („Landes-InfSiBe“) vorgesehen.

4.2.6. Datenschutz und Informationsfreiheit

Nach Art. 37c Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind die Behörden zudem verpflichtet eine behördliche Datenschutzbeauftragte (BehDSB) bzw. Datenschutzbeauftragten zu benennen. Die/der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) ist in einer eigenen unabhängigen Behörde (Aufsichtsbehörde) angesiedelt. Zu dessen/deren Aufgaben wird auf Artikel 39 DSGVO bzw. das Berliner Datenschutzgesetz verwiesen.

4.2.7. Digitale Barrierefreiheit

Die Landesweite Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit und Usability ist in der IKT-Steuerung angesiedelt und arbeitet eng mit den landesweiten IKT-Architekten zusammen. Die Aufgabe der Kompetenzstelle ist es, die Themen Digitale Barrierefreiheit und Usability

voranzutreiben. Sie setzt Standards für die Barrierefreiheit in der IKT fest und überwacht deren Umsetzung. Sie schafft Strukturen, damit die Behörden effektiver Digitale Barrierefreiheit nach innen und außen umsetzen können. Bei der Kompetenzstelle ist auch die Überwachungsstelle für Digitale Barrierefreiheit angegliedert. Diese überprüft stichprobenartig die Digitale Barrierefreiheit von Auftritten und Angeboten der öffentlichen Stellen im Internet, Intranet und der mobilen Anwendungen und schreibt einen regelmäßigen Bericht an die Bundesverwaltung (BIKTG Bln). Ebenfalls hier zuzuordnen ist die Rolle der/des Berliner Landesbeauftragten für Digitale Barrierefreiheit. Diese Rolle ist für die Durchsetzung des BIKTG Bln zuständig. Sie überprüft Hinweise über fehlende Digitale Barrierefreiheit nach erfolgloser Auseinandersetzung mit der betroffenen Stelle.

In ihrem Schreiben an den IKT-Lenkungsrat vom 5.8.2019 wurden alle Berliner Behörden und Einrichtungen aufgefordert, eine Ansprechperson zur digitalen Barrierefreiheit zu benennen (SenInnDS, 2019). Diese Ansprechperson geht in der Rolle der behördlichen IKT-Barrierefreiheitskoordination auf.

Die Rolle der behördlichen IKT-Barrierefreiheitskoordination ist dafür verantwortlich die Digitale Barrierefreiheit in der Behörde umzusetzen. Sie soll auch operative Fragen klären und im Austausch mit den verantwortlichen Rollen wie der behördlichen IKT-Leitstelle, dem IKT-Veränderungsmanagement, den Schulungsbeauftragten oder dem ITDZ Berlin die Digitale Barrierefreiheit sicherstellen. Die Rolle hat Kompetenzen in der Digitalen Barrierefreiheit und fungiert als Multiplikatorin für die landesweiten Vorgaben der Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit. Sie übernimmt zusätzlich die Aufgaben der Ansprechperson für Digitale Barrierefreiheit (vgl. 4.2). Diese ergeben sich aus der sogenannten Feedback-Option (§5 BIKTG Bln): Annahme von Hinweisen, Anfragen und Beschwerden zur digitalen Barrierefreiheit; schnellstmögliche Antwort spätestens innerhalb eines Monats; den Nutzenden gewünschte Informationen zum Stand der digitalen Barrierefreiheit geben; eine barrierefreie Alternative zusenden.

4.2.8. Business Continuity Management (BCM)

Die Verantwortung für das Business Continuity Management (BCM) ist auf der obersten Leitungsebene angesiedelt. Ziel des BCM ist es, die Geschäftsprozessfortführung bei einem Notfall zu ermöglichen. Das IKT-Notfallmanagement ist Teil des BCM. Das BCM wird durch Business Continuity Manager (bisher Notfallbeauftragte) nach dem entsprechenden Standard des BSI gesteuert. Die Rolle ist vom BehInfSiBe getrennt zu besetzen.

4.2.9. Überblick politisch verantwortlicher Rollen und Beauftragten

Tabelle 1: Überblick über die politisch verantwortlichen IKT-Rollen und Beauftragte mit ihren Aufgaben und Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern.

Rolle	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträger
Staatssekretärin bzw. Staatssekretär Digitalisierung	<p>Verkürzt nach § 21 EGovG Berlin:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Standarddefinition für eine einheitliche verfahrensunabhängige IKT-Ausstattung • Festsetzung und fortlaufende Weiterentwicklung der zentralen IKT-Architektur • Macht Vorgaben für Digitalisierung der Berliner Verwaltung • überwacht die Umsetzung der Digitalisierungsfortschritte • Definiert in enger Zusammenarbeit u.a. dem beratenden IKT-Gremium, die Rahmenbedingungen für die verfahrensabhängige IKT insbesondere Technologien, Schnittstellen, IKT-Sicherheitsanforderungen • In Personalunion Chief Digital Officer vom Land Berlin 	IKT-Staatssekretärin bzw. IKT-Staatssekretär (gemäß EGovG Bln)
Politische Ressort-Digitalisierungsbeauftragte	<ul style="list-style-type: none"> • Trägt die Gesamtverantwortung für die Digitalisierung und den IKT-Einsatz in allen Politikfeldern der jeweiligen Senatsverwaltungen, der Senatskanzlei • setzt den Handlungsrahmen für das Politikfeld-Digitalisierungsmanagement • koordiniert den Einsatz politikfeldbezogenen vIKT und die Umsetzung der Digitalisierung in allen Politikfeldern des Ressorts • verantwortlich für das Zusammenspiel des Rollenverbunds „Kompetenzzentrum IKT-Management und Digitalisierung“ (KID) 	Ressortleitung oder beauftragte leitende IKT-Fachkraft
Bezirkliche Digitalisierungsbeauftragte	<ul style="list-style-type: none"> • Die Steuerung und Koordinierung der bezirklichen Digitalisierungsaktivitäten werden bei den Bezirksbürgermeisterinnen und 	Behördenleitung oder beauftragte leitende IKT-Fachkraft

Rolle	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträger
	Bezirksbürgermeistern in einer geeigneten Einheit gebündelt	
Gesamtbehördliche IKT-Durchführungsverantwortung	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtverantwortung für den IKT-Einsatz in der Behörde/IKT-Management • Gesamtverantwortung für die Koordination der E-Government-entwicklung mit dem Schwerpunkt IKT für die Behörde • Gesamtverantwortung für die IKT-Betriebsorganisation vulKT (bis zur vollständigen Zentralisierung) • Gesamtverantwortung für die Steuerung von Informationssicherheitsmanagement und IKT-Notfallmanagement/Business Continuity • Steuerung des IKT-Anforderungsmanagements (ungleich FV-bezogenes Anforderungsmanagement) • sorgt für die Beachtung personalvertretungsrechtlicher Belange 	Behördenleitung oder beauftragte leitende IKT-Fachkraft
Landesbevollmächtigte bzw. Landesbevollmächtigter für Informationssicherheit („Landes-InfSiBe“)	<p>vgl. im Einzelnen Leitlinie zur Informationssicherheit, u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung der zentralen IKT-Sicherheitsarchitektur • Definition von IKT-Basisdiensten zur Informationssicherheit & Überwachung der Umsetzung • Unterstützung der Behörden bei der Umsetzung der IKT-Sicherheitsstandards • Operative Steuerung des behördenübergreifenden Informationssicherheitsprozesses • Fachliche Steuerung des ITDZ Berlin bzgl. der Informationssicherheit • Direktes Vortragsrecht bei IKT-Staatssekretärin bzw. IKT-Staatssekretär 	Wird von IKT-Staatssekretärin bzw. IKT-Staatssekretär bevollmächtigt

Rolle	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträger
Behördliche Informationssicherheitsbeauftragte bzw. Behördlicher Informationssicherheitsbeauftragter (BehInfSiBe)	vgl. im Einzelnen Leitlinie zur Informationssicherheit, u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Direktes Vortragsrecht bei der Behördenleitung • Initiiert, steuert, koordiniert, und kontrolliert den Informationssicherheitsprozess in ihren Geschäftsbereichen • Unterstützt die/den Landesbevollmächtigten für Informationssicherheit (InfSiBe) 	Wird von Behördenleitung eingesetzt
Berliner Beauftragte bzw. Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI)	vgl. im Einzelnen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m. dem Berliner Datenschutzgesetz (Bln DSG): <ul style="list-style-type: none"> • berät und kontrolliert öffentliche Stellen und Behörden und Privatunternehmen • Stellungnahmen, Empfehlungen, Gutachten und Berichte, insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren & größeren Projekten • informiert Bürgerinnen und Bürger über ihre Datenschutz- und Informationsfreiheitsrechte und unterstützt sie bei deren Durchsetzung, geht Beschwerden nach • Sanktioniert datenschutzrechtliches Fehlverhalten in Form von Bußgeldern 	Eigenständige und unabhängige Aufsichtsbehörde
Behördliche Datenschutzbeauftragte bzw. behördlicher Datenschutzbeauftragter (BehDSB)	vgl. im Einzelnen Artikel 39 DSGVO i.V.m. Bln DSG: <ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung und Beratung des Verantwortlichen und Beschäftigten hinsichtlich Pflichten in Bezug auf Datenschutz • Überwachung der Einhaltung der DSGVO • Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgeabschätzungen (Art. 35 DSGVO) 	Wird von Behördenleitung eingesetzt

Rolle	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträger
	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde 	
Berliner Landesbeauftragte bzw. Landesbeauftragter für Digitale Barrierefreiheit	vgl. § 6 BIKTG Bln: <ul style="list-style-type: none"> • Kontrolle der Erklärung zur Barrierefreiheit und der Unverhältnismäßigkeit • Entgegennahme und Überprüfung von Beschwerden 	Organisationseinheit IKT-Steuerung (z. Zt. bei SenInnDS)
Landesweite Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit	<ul style="list-style-type: none"> • Setzt Standards für Digitale Barrierefreiheit • Schafft Strukturen zur Unterstützung der Barrierefreiheit • kontrolliert Barrierefreiheit 	Organisationseinheit IKT-Steuerung (z. Zt. bei SenInnDS)
Behördliche IKT- Barrierefreiheitskoordination	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Digitalen Barrierefreiheit in der Behörde • Klärung operativer Fragen im Austausch mit den verantwortlichen Rollen • Multiplikation für die Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit • Annahme von Anfragen, Hinweisen und Beschwerden 	Wird von Behördenleitung eingesetzt
Business Continuity Management (inkl. IKT-Notfallmanagement)	Vgl. im Einzelnen Standard des BSI	Wird von Behördenleitung eingesetzt, sollte nicht von der gleichen Person wahrgenommen werden wie BehInfSiBe

Tabelle 2 fasst die beschriebenen politisch verantwortlichen Rollen, bzw. Beauftragtenrollen mit Blick auf ihre Ansiedlung bei einem der Beteiligten (Kapitel 3) zusammen. Eine FVDB (i.d.R. Senatsverwaltung) ist gleichzeitig auch immer Nutzende Behörde in dem Sinne, dass sie vulKT nutzt und ggf. die Fachverfahren anderer Ressorts.

Tabelle 2: Verteilung der IKT-Rollen mit politischer Verantwortung und der Beauftragten auf die Beteiligten.

Landesebene	FVDB	Nutzende Behörde
Staatssekretärin bzw. Staatssekretär Digitalisierung / Chief Digital Officer	Politische Ressort-Digitalisierungsbeauftragung (nur Senatsverwaltungen)	Bezirkliche Digitalisierungsbeauftragte (nur Bezirksämter)
-	-	Gesamtbehördliche IKT-Durchführungsverantwortung (alle Behörden)
Landesbevollmächtigte bzw. Landesbevollmächtigter für Informationssicherheit („Landes-InfSiBe“)	-	Behördliche Informationssicherheitsbeauftragte bzw. Behördlicher Informationssicherheitsbeauftragter (BehInfSiBe)
Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI)	-	Behördliche Datenschutzbeauftragte bzw. behördlicher Datenschutzbeauftragter (BehDSB)
Berliner Landesbeauftragte bzw. Landesbeauftragter für Digitale Barrierefreiheit	-	Behördliche IKT-Barrierefreiheitskoordination
Landesweite Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit	-	-
-	-	Business Continuity Management (inkl. IKT-Notfallmanagement)

4.3. Beschreibung der fachlich verantwortlichen Rollen im IKT- und Digitalisierungsmanagement

4.3.1. Landesweite IKT-Architektur

Landesweite IKT-Architekten bzw. IKT-Architektinnen gestalten die IT-Landschaft der öffentlichen Verwaltung, indem sie die Planung und Weiterentwicklung der Infrastruktur übernehmen. Hierunter fallen insbesondere Fragen der Standardisierung technischer Komponenten, Qualitätssicherung technischer Standards, Identifikation notwendiger technischer Erneuerungen sowie ggf. die Wahrnehmung der IKT-Basisdienst-Verantwortung für einen IKT-Basisdienst. Diese Aufgaben betreffen sowohl vulKT als auch valKT. Somit garantiert die Rolle des IKT-Architekten bzw. der IKT-Architektin die Interoperabilität der eingesetzten IKT-Komponenten in der Berliner Verwaltung (§20 Abs. 2 Nr. 4 EGovG Bln). Dabei ist diese Rolle eng mit der Arbeit der IKT-Steuerung („IKT-Architekturboard“) verknüpft, um die landesweiten Abstimmungsprozesse hinsichtlich der IKT-Landschaft zu sichern. Zur Beteiligung, bezogen auf die Arbeit des IKT-Architekturboards, wurde durch die AG IKT-Festsetzungsprozesse eine Handlungsempfehlung erarbeitet.

4.3.2. Landesweites IKT-Controlling

IKT-Controller bzw. IKT-Controllerinnen planen, steuern und überwachen den IKT-Einsatz und die IKT-Bereitstellung, indem kontinuierlich die Nutzung der IKT sowie Bereitstellungsprozesse anhand ökonomischer Kriterien analysiert werden. Die Gewährleistung und Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des IKT-Einsatzes im Allgemeinen und der Wirtschaftlichkeit für die vulKT und Kommunikationsinfrastruktur im Speziellen fallen damit typischerweise in den Kompetenzbereich des IKT-Controllings in der IKT-Steuerung (§ 20 Abs. Nr. 2,3 EGovG Bln). Zu den Aufgaben des landesweiten IKT-Controllings gehört auch das IKT-Preis-Benchmarking nach § 24 EGovG Bln.

4.3.3. Politikfeld-Digitalisierungsmanagement

Pro Politikfeld einer FVDB ist die Rolle einer Politikfeld-Digitalisierungsmanagerin bzw. eines Politikfeld-Digitalisierungsmanagers (strategisch-operative Rolle) vorgesehen. Das Politikfeld-Digitalisierungsmanagement verantwortet die Digitalisierung und den Einsatz der Fachverfahren, bzw. Dienste für das jeweilige Politikfeld. Sie nimmt Aufgaben im Sinne eines Innovationsmanagers bzw. einer Innovationsmanagerin wahr. Diese Aufgaben umfassen die Sichtung von Weiterentwicklungspotential des Fachverfahrens, bzw. Dienstes bezogen auf die IKT oder die Prüfung der Anwendbarkeit neuer Technologien.

Der Rollenanteil des steuernden Politikfeld-Digitalisierungsmanagements steuert den langfristigen Einsatz, bzw. Entwicklung der IKT-Fachverfahren bzw. Dienste im Politikfeld. Sie berät die Politische Ressort-Digitalisierungsbeauftragung und ist verantwortlich für die Harmonisierung der Ausrichtung der IT-Strategie im Politikfeld mit der übergeordneten Strategie des Senats unter Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren (u.a. Vorgaben des Bundes). Sie gibt Anforderungen in Bezug auf ressortstrategische und gesamtstädtische Rahmenbedingungen an die entsprechenden Verantwortlichen weiter. Das strategische Politikfeld-Digitalisierungsmanagement erarbeitet politikfeldspezifische Richtlinien, Vorgaben und Steuerungsinstrumente. Sie sorgt dafür, dass diese im Politikfeld eingehalten werden.

Der Rollenanteil des operativen Politikfeld-Digitalisierungsmanagements berät die prozess- bzw. fachverfahrensverantwortlichen Stellen beim optimalen IT-Einsatz und der Weiterentwicklung der Fachverfahren. Sie koordiniert Informationen und Aktivitäten unterschiedlicher Beteiligter, z. B. Informationssicherheitsbeauftragte, GPM-Prozessberater bzw. -beraterinnen, etc. bei der Digitalisierung der Prozesse in den Politikfeldern und der Betreuung der entsprechenden Fachverfahren. Sofern die Rollen auf verschiedene Rollenträger/Rollenträgerinnen verteilt sind, berät sie das strategische Politikfeld-Digitalisierungsmanagement. Dieser Rollenanteil koordiniert die Planung und Steuerung von Maßnahmen zur Organisationsentwicklung im Politikfeld und die operative Umsetzung des Veränderungs-Managements.

Die Aufgaben des Politikfeld-Digitalisierungsmanagements sind eng verknüpft mit der Rolle des Politikfeld-IKT-Controllings und eignen sich - je nach Komplexität des Politikfelds - für eine Zusammenführung/Kombination. Entscheidend ist, dass diese Rolle pro Politikfeld besetzt wird, um sie bei evtl. Senatsumbildungen an die Verortung des Politikfeldes koppeln zu können. Die Organisations- und Personalhoheit bleibt davon unberührt. Die Verbindungen zwischen den Fachverfahrens- bzw. Dienste-Verantwortlichen Behörden ergeben sich politikfeldorientiert aus der Senatsvorlage „Verfahrensabhängige IKT und Geschäftsprozessoptimierung“ (Senat, 2018a). Die Aufgaben der Rolle der OZG-Koordination können mit dieser Rolle abgedeckt werden.

4.3.4. Politikfeld-IKT-Barrierefreiheitsmanagement

Die Rolle des Politikfeld-IKT-Barrierefreiheitsmanagers bzw. der Politikfeld-IKT-Barrierefreiheitsmanagerin ist verantwortlich für die Umsetzung der digitalen Barrierefreiheit im Kontext Fachverfahrensbetrieb. Sie unterstützt die Politikfeld-Digitalisierungsmanager bzw. Digitalisierungsmanagerinnen sowie

Fachverfahrensverantwortliche mit Fachkompetenz und Umsetzungsvorschlägen. Sie ist im Austausch mit der landesweiten Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit. Die Rolle fungiert auch als Multiplikatorin für die landesweiten Vorgaben der Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit und kann zusammen mit der Rolle des Politikfeld-Digitalisierungsmanagements ausgeübt werden.

4.3.5. Politikfeld-Informationssicherheitsmanagement

Die Ausgestaltung der Rolle des Politikfeld-Informationssicherheitsmanagement erfolgt in Umsetzung des BSI-Standard 200-1 sowie des BSI IT-Grundschutzkompendiums.

4.3.6. Politikfeld-Datenschutz- und Informationsfreiheitsmanagement

Die Ausgestaltung der Rolle richtet sich im Einzelnen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m. dem Berliner Datenschutzgesetz (Bln DSG).

4.3.7. Politikfeld IKT-Controlling

Die Rolle des Politikfeld-IKT-Controllings unterstützt Führungskräfte des Politikfeldes mit entscheidungsrelevanten Informationen, die durch das systematische Erheben von Kennzahlen gewonnen werden. Diese Rolle plant, steuert und überwacht aussagefähige Informationen für die Entwicklung, den Einsatz und die Bereitstellung von Fachverfahren und Diensten (vaIKT).

4.3.8. Prozessverantwortliche bzw. Prozessverantwortlicher (lt. Handbuch zum Geschäftsprozessmanagement im Land Berlin)

Die Rolle des bzw. der Prozessverantwortlichen ist im Handbuch zum Geschäftsprozessmanagement des Landes Berlin (Stand 29.03.2021) wie folgt definiert: Die Rolle entscheidet über die strategische Ausrichtung und die langfristige Vision des Prozesses, sie definiert Prozesszweck sowie -ziele, sie ist verantwortlich für den effektiven Ablauf und die Ergebnisse des Prozesses, sie ist zuständig für Unterstützung, Definition und Gewährleistung von technischen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Die Prozessverantwortung führt Prozessmonitoring und -controlling auf Basis der Daten des Prozessmanagers/der Prozessmanagerin durch, erstellt Handlungsempfehlungen, setzt Kennzahlen fest, ist für die Ende-zu-Ende Bewertung zuständig, identifiziert und steuert die Prozessmanagerin bzw. der Prozessmanager und stellt Abstimmungen bezüglich der Priorisierungen sicher. Im Zuge der Digitalisierung von Fachverfahren und IKT-Basisdiensten beauftragt diese Rolle die Fachverfahrens- und Dienstverantwortlichen.

4.3.9. Fachverfahrens- bzw. Dienstverantwortung

Die Rolle des bzw. der Fachverfahrens- bzw. Dienstverantwortlichen ist für die Berliner Verwaltung, wie der Großteil der hier genannten IKT-Rollen (vgl. Kapitel 5), bereits eingeführt. Diese Rolle verantwortet und steuert die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung durch alle weiteren Rollen, die mit dem Fachverfahren bzw. dem Dienst betraut sind, entscheidet über die Weiterentwicklung des Fachverfahrens, bzw. des Dienstes und stellt damit den Fachverfahrens-, bzw. den Dienstbetrieb sicher.

Der/die Fachverfahrens- und Dienstverantwortliche beauftragt und sichert den technischen Betrieb für das jeweilige Fachverfahren, bzw. den Dienst. Die Rolle der Fachverfahrens-, bzw. Dienstverantwortung wird vom Prozessverantwortlichen zugewiesen.

Dabei gibt die Rolle des Politikfeld-Digitalisierungsmanagements den Rahmen der verfügbaren IKT- und Digitalisierungsmöglichkeiten auf Basis der IKT-Architektur für die gewünschte IT-Unterstützung vor und berät auch bei der Digitalisierung. Die Vorgaben der IKT-Architektur sind hierbei verbindlich zu beachten.

Zu den Aufgaben der jeweils Fachverfahrens- und Dienstverantwortlichen gehört ferner die Planung und Koordination der erforderlichen Schulungsmaßnahmen sowie das verfahrensspezifische Sicherheitsmanagement.

Die Fachverfahrens- bzw. Dienstverantwortung liegt in der Fachverfahrens- bzw. Dienstverantwortlichen Behörde und kann nicht delegiert werden. Für die Rollen Fachverfahrens- und Dienstkoordination, IKT Fachaufgabenbetreuung, IKT Fachaufgabenentwicklung und IKT-Anforderungsmanagement gilt, dass diese in Abhängigkeit von Größe und Komplexität der Fachverfahren auf andere Dienstseinheiten übertragen werden können. Die Fachverfahrens- bzw. Dienstverantwortliche Stelle trägt dafür Sorge, dass alle Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Rolle stehen, ggf. einer schriftlichen Vereinbarung hierüber zugeordnet werden. Sollte ein IKT-Basisdienst es erfordern, dass eine Teilverantwortung der Dienstverantwortung ebenfalls delegiert wird, so ist dies schriftlich zu fixieren (Bsp. Betriebsführungskonzept zur Digitalen Akte, welches eine „dezentrale IT-Dienstverantwortung“ in den Nutzenden Behörden als Rolle vorsieht).

4.3.10. Fachverfahrens- bzw. Dienstkoordination

Die Rolle der Fachverfahrens- und Dienstkoordination dient zur Unterstützung der Fachverfahrens- und Dienstverantwortung. Je größer und komplexer ein Fachverfahren,

desto notwendiger die Rolle einer eigenständigen Fachverfahrenskoordination. Bei geringer Komplexität kann diese Rolle ggf. zusammen mit der Fachverfahrens- und Dienstverantwortung übernommen werden. Die Rolle der Fachverfahrens- und Dienstekoordination kommuniziert Änderungen und Weiterentwicklungen der Fachverfahren und Dienste an die Nutzenden Behörden und nimmt von diesen auch Änderungsvorschläge und Anforderungen entgegen. Werden Aufgaben fachverfahrensbeteiligter Rollen von mehreren Rollenträgern ausgeführt, kommt ihr die Aufgabenzuordnung zu. Bei der Fachverfahrens- und Dienstekoordination ist auch die Qualitätssicherung, also auch das Testen über alle beteiligten Rollen hinweg zu planen sowie zu veranlassen bzw. selbst durchzuführen.

4.3.11. Behördliche Fachverfahrens- und Dienstbetreuung

Die behördliche Fachverfahrens- und Dienstbetreuung in Nutzenden Behörden ist für die behördeninterne Betreuung von Fachverfahren und Diensten zuständig und das Bindeglied zur entsprechenden FVDB. Bei dieser Rolle läuft der Support für die Anwendenden in der jeweils Nutzenden Behörde sowie die Abstimmung zu Weiterentwicklungen oder Roll-Outs mit der FVDB zusammen. Bei IKT-Projekten sowie Fragen des Anforderungsmanagements unterstützt die behördliche Fachverfahrens- und Dienstbetreuung.

4.3.12. IKT-Anforderungsmanagement

Die Rolle des IKT-Anforderungsmanagements definiert Softwareanforderungen. Diese sind über die Bedürfnisse aller Stakeholder zu erheben (Anforderungserhebung). Die Rolle kommuniziert die aufgenommenen fachlichen Anforderungen an die Softwareentwicklung, muss also die Bedürfnisse und Wünsche der Stakeholder mit den Möglichkeiten der Software und Machbarkeit durch die Softwareentwicklerinnen bzw. Softwareentwickler in Einklang bringen und den sprachlichen Transfer zwischen Fachlichkeit und IKT leisten. Sie hat die Anforderungen zu dokumentieren und zur Umsetzung in ein technisches Konzept IKT-nah darzustellen. Zu tangierten Geschäftsprozessen müssen Abstimmungen erfolgen.

4.3.13. IKT Fachaufgabenbetreuung

Die Rolle der IKT Fachaufgabenbetreuung ist auf Seiten der FVDB (i.d.R. Senatsverwaltungen) für Anfragen und Support der Nutzenden Behörden verantwortlich und hat damit ebenfalls eine bedeutende Schnittstellenfunktion. Im Unterschied zur Rolle der Fachverfahrens- und Dienstekoordination liegt hier die Aufgabe vornehmlich in der (ad-hoc) Lösung von konkret auftretenden Störungen mit den Fachverfahren und Diensten und/oder in der Wissensvermittlung. Diese Rolle ist damit der technische Ansprechpartner bzw. die technische Ansprechpartnerin für die Nutzenden Behörden in Bezug auf die

jeweiligen Fachverfahren und Dienste. Hier liegt auch die Schnittstelle zum ITDZ in Fragen von fallbezogenen Serviceprozessen (u.a. Ticketsystem für Nutzende). Der 2nd und 3rd Level kann auch durch Externe erfolgen.

4.3.14. IKT Fachaufgabenentwicklung

Der Rolle der IKT Fachaufgabenentwicklung obliegt die operative Weiterentwicklung sowie das Testen der Fachverfahren und Basisdienste und spezifischer Komponenten. Diese Rolle ist für die Umsetzung des sich aus einer Anforderungsanalyse ergebenden Änderungsbedarfs der analysierten Fachverfahren und Dienste zuständig. Ggf. wird diese Rolle von einem externen Softwareanbieter wahrgenommen.

4.3.15. Behördliche IKT-Leitstelle

Bei der Behördlichen IKT-Leitstelle handelt es sich um eine Weiterentwicklung der gegenwärtigen IT-Stellen, bzw. IT-Verbindungsstellen für den Zeitraum nach der Zentralisierung der vulKT. Der Rolle der behördlichen IKT-Leitstelle in Nutzenden Behörden bedarf es zur behördeninternen Koordination im Bereich vulKT und als Bindeglied zum ITDZ Berlin. Maßgeblich zählen dazu die Überwachung der mit dem ITDZ Berlin vertraglich definierten Service Prozesse und die Abstimmung zu Weiterentwicklungen oder Roll-Outs mit dem ITDZ Berlin, die dann in der Behörde weitergetragen werden. Insgesamt hat diese Rolle eine bedeutende Schnittstellen- und ggf. Vermittlerfunktion inne. Sie wird von der Gesamtbehördlichen IKT-Durchführungsverantwortung beauftragt und unterstützt die Nutzenden. Aktuell werden die IKT-Betriebsgrundsätze (auf Basis der Ergebnisse der AG ProBetrieb) evaluiert, im Hinblick darauf, dass diese die Struktur des IKT-Rollenkonzepts widerspiegeln.

Die IKT-Leitstelle oder Befugte der jeweiligen Behörde können Aufgaben laut Servicerahmenkonzept in folgenden Serviceprozessen übernehmen oder hieran beteiligt sein, grundsätzlich liegen die Serviceprozesse zur vulKT beim ITDZ Berlin:

- Incident Management / Eskalation
- Request Fulfilment / Eskalation
- Change Management
- Informationssicherheits-Management
- Business Continuity Management
- Service Level Management
- Service Review Meeting

4.3.16. Übersicht fachlich verantwortliche Rollen

Tabelle 3: Überblick über die IKT-Rollen mit fachlicher Verantwortung.

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
Landesweite IKT-Architektur	x	x	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherung landesweite Interoperabilität vuKT und vaKT IKT • Zusammenarbeit mit IKT-Architekturboard 	Organisationseinheit IKT-Steuerung (z. Zt. bei SenInnDS)
Landesweites IKT-Controlling	x	(x)	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung des wirtschaftlichen IKT-Einsatzes • Unterstützt Politikfeld-IKT-Controller/in beim Controlling der jeweiligen IKT in den/für die FV 	Organisationseinheit IKT-Steuerung (z. Zt. bei SenInnDS)
Politikfeld-Digitalisierungsmanagement	-	x	<p><u>Steuernder Anteil</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung der/des Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragten bei strategischen Entscheidungen • Kommunikation der politikfeldbezogenen Digitalisierungsziele • Politikfeldbezogene Koordination zu Fragen der Digitalen Barrierefreiheit; Datenschutz und IT-Sicherheit • Verantwortlich für die Harmonisierung und Ausrichtung der IT-Strategie im Politikfeld mit der gesamt-städtischen Strategie des Senats und den Vorgaben des Bundes sowie der EU 	<p>Von der Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragten der FVDB bestimmt</p> <p>Angesiedelt in der politikfeldverantwortlichen Verwaltungseinheit (i.d.R. jeweilige Abteilung)</p>

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
			<ul style="list-style-type: none"> Steuerung der Ausgestaltung der Fachverfahrenslandschaft im Politikfeld <p><u>Operativer Anteil</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Beratung der prozess- bzw. fachverfahrens- und dienstverantwortlichen Stellen bei der Digitalisierung Koordination und Management der Umsetzung von IKT-Standards und Anforderungen für die vaKT sowie strategischer Rahmenbedingungen im Politikfeld Koordination der Aktivitäten unterschiedlicher Beteiligter im Politikfeld, z.B. Informationssicherheitsbeauftragte, GPM-Beraterinnen bzw. Berater, Unterstützung der Fachverfahrens- und Dienstverantwortlichen bei der strategischen Weiterentwicklung sowie Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit der Fachverfahren und Dienste 	
Politikfeld-IKT-Controlling	-	x	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung und Pflege von Kennzahlen(systemen) zur Planung, Steuerung 	Von der Politischen Ressort-Digitalisierungs-

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
			<p>und Überwachung des Einsatzes und der Bereitstellung von Fachverfahren und Diensten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erstellen von Berichten an die Führung des jeweiligen Politikfeldes als Entscheidungsunterstützung • Erstellen von Abweichungsanalysen zur Beratung der Entscheidungsträgerinnen und -träger • Erstellen von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die im Politikfeld zu verantwortenden Fachverfahren und Dienste (vaKT) 	<p>beauftragung der FVDB bestimmt</p> <p>Angesiedelt in der politikfeldverantwortlichen Verwaltungseinheit (i.d.R. Abteilung)</p>
Politikfeld-IKT Barrierefreiheitsmanagement	-	x	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortlich für die Umsetzung der digitalen Barrierefreiheit • Multiplikator der Kompetenzstelle für Digitale Barrierefreiheit 	Von der Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragung der FVDB bzw. dem Politikfeld-Digitalisierungsmanagement bestimmt
Politikfeld-Informationssicherheitsmanagement	-	x	in Umsetzung des BSI-Standard 200-1 sowie des BSI IT-Grundschutzkompendium	Gem. BSI Standards
Politikfeld-Datenschutz- und Informations-	-	x	Die Ausgestaltung der Rolle richtet sich im Einzelnen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m.	Von der Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragung der

Rolle	vulKT	valKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
freiheitsmanagement			dem Berliner Datenschutzgesetz (Bln DSG).	FVDB bzw. dem Politikfeld-Digitalisierungsmanagement bestimmt
Prozessverantwortlicher bzw. Prozessverantwortliche	-	-	Im GPM Handbuch für das Land Berlin beschrieben	Wird von der Fachabteilungsleitung festgestellt
Fachverfahrens- bzw. Dienstverantwortung	-	x	<ul style="list-style-type: none"> • Strategische Entwicklung der Fachverfahren und Dienste in Einklang und nach Maßgabe fachlicher und architektonischer Anforderungen und unter Berücksichtigung von Software-Lebenszyklen • Optimierung und Standardisierung sowie Einsatz IKT-Unterstützung zur Erzeugung der internen oder externen Verwaltungsdienstleistung • Abstimmung mit ITDZ Berlin zu Fragen des Betriebs der Fachverfahren und Dienste • Festlegung der Betriebsführung und Definition von IT-Schnittstellen • Umsetzung von Standards der digitalen Barrierefreiheit • Teamverantwortlichkeit • Schulungsmanagement 	Die Rolle der Fachverfahrens- und Dienstverantwortung wird vom Prozessverantwortlichen ³ zugewiesen

³ Siehe hierzu die Beschreibung des/der Prozessverantwortlichen im Handbuch zum Geschäftsprozessmanagement im Land Berlin.

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
Fachverfahrens-, bzw. Dienstekoordination	-	x	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des/der Fachverfahrens-, bzw. Dienstverantwortlichen in Betrieb und Entwicklung der FV und Dienste • kommuniziert Änderungen und Weiterentwicklungen des Fachverfahrens an die Nutzenden Behörden (Rolle der behördlichen Fachverfahrens- und Dienstebetreuung) • Beauftragung IKT-Fachaufgabenbetreuung • Qualitätssicherung 	Keine neue Rolle in der FVDB - ggf. Ergänzungen im Aufgabenbündel
IKT-Anforderungsmanagement	(x)	x	<ul style="list-style-type: none"> • Erfassen und Verfolgen von Anforderungen • Erarbeitung und Erstellung der notwendigen Spezifikationsdokumente (Lastenheft, Pflichtenheft, Use Cases) • Prüfen von Anforderungen auf Vollständigkeit und auf Kompatibilität mit den Geschäftsprozessen • Begleitung der Umsetzungsphase • Durchführen von Reviews und Abstimmungs-koordination • Moderation und Leitung von Workshops zur Anforderungsanalyse 	Je nach Behörde
IKT-Fachaufgabenbetreuung	-	x	<ul style="list-style-type: none"> • Wartung und Fehlerbehebung von IT-Systemen 	Keine neue Rolle in der FVDB - ggf. Ergänzungen im Aufgabenbündel

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
			<ul style="list-style-type: none"> Analyse von Anforderungen der Behörden sowie Auswahl und Darstellung geeigneter Lösungen Technische Ansprechperson für Fachverfahrens- und Diensteeinsatz in Nutzenden Behörden Ansprechperson für Probleme und Support Abstimmung fallbezogener Serviceprozesse mit ITDZ-Service Desk (u.a. Ticketsystem für Nutzende) 2nd, 3rd Level Support Schulung der Anwendenden 	
IKT-Fachaufgabenentwicklung	-	x	<ul style="list-style-type: none"> Operative (Weiter-) Entwicklung und Test der Fachverfahren und Dienste (Releases, etc.) Analyse von Kundenwünschen sowie Auswahl und Darstellung geeigneter Lösungen Erstellung von IKT-Feinkonzeptionen Erstellung und Aktualisierung von Fach- und Systemdokumentationen 	Keine neue Rolle in der FVDB - ggf. bei Softwareanbieter beauftragt
Behördliche IKT-Leitstelle	x	(x)	<ul style="list-style-type: none"> Schnittstelle zum ITDZ Berlin. Überwachung der mit dem ITDZ Berlin 	Rolle in Nutzender Behörde

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
Weiterentwicklung von IT-Stelle bzw. IKT-Verbindungsstelle			<p>vertraglich definierten Service Prozesse</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung zu Weiterentwicklungen oder Roll-Out mit dem ITDZ <p>Die IKT-Leitstelle ist an folgenden Serviceprozessen beteiligt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Incident Management / Eskalation • Request Fulfilment / Eskalation • Change Management • Informationssicherheits-Management • Business Continuity Management • Service Level Management • Service Review Meeting 	wird von der Gesamtbehördlichen IKT-Durchführungsverantwortung
Behördliche Fachverfahrens- und Dienstbetreuung	-	x	<ul style="list-style-type: none"> • Behördeninterne Betreuung der einzelnen Fachverfahren und Dienste • Bindeglied zur jeweiligen FVDB • Support und Ansprechperson der Behörde für Nutzende in Bezug auf Fachverfahren und Dienste • Abstimmung zu Weiterentwicklungen oder Roll-Outs mit der FVDB • Unterstützung beim Anforderungsmanagement 	Keine neue Rolle - Einführung einheitlicher Benennung

Rolle	vuKT	vaKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
			t für Fachverfahren und Dienste (vaKT/ vuKT) <ul style="list-style-type: none"> Fehleranalyse für Fachverfahren und Dienste 	

Tabelle 4 fasst die beschriebenen fachlich verantwortlichen Rollen mit Blick auf ihre Ansiedlung bei einem der Beteiligten (Kapitel 3) zusammen. Eine FVDB ist gleichzeitig auch immer Nutzende Behörde in dem Sinne, dass sie vuKT nutzt und ggf. die Fachverfahren anderer Ressorts.

Tabelle 4: Verteilung der IKT-Rollen mit fachlicher Verantwortung auf die Beteiligten.

Landesebene	FVDB	Nutzende Behörde
Landesweite IKT-Architektur	-	-
-	Politikfeld-Digitalisierungsmanagement	-
Landesweites IKT-Controlling	Politikfeld-IKT-Controlling	-
-	Politikfeld-IKT Barrierefreiheitsmanagement	-
-	Politikfeld-Informationssicherheitsmanagement	-
-	Politikfeld-Datenschutz und Informationsfreiheitsmanagement	-
-	Fachverfahrens- bzw. Dienste-verantwortung	-
-	Fachverfahrens- und Dienstekoordination <u>und</u> IKT-Fachaufgabenbetreuung	Behördliche Fachverfahrens- und Dienstebetreuung ⁴

⁴ Nur die Bezeichnung ist neu, die Rolle wird aktuell z. B. benannt als: IT-Verfahrenskoordinator/in, Anwendungssystembetreuer/in, IT-Koordinator/in.

Landesebene	FVDB	Nutzende Behörde
IKT-Anforderungsmanagement	IKT-Anforderungsmanagement	Am Anforderungsmanagementprozess als Nutzende beteiligt
-	-	Behördliche IKT-Leitstelle
-	IKT-Fachaufgabenentwicklung	

4.5. Beschreibung der Beratungs- und Unterstützungsrollen im IKT- und Digitalisierungsmanagement

4.5.1. Landesweites IKT-Organisations- und Veränderungsmanagement

Das landesweite IKT-Organisations- und Veränderungsmanagement ist eine Rolle, angesiedelt bei der SenInnDS IKT-Steuerung. Hier werden Grundsatzfragen und Policy Standards bezogen auf die Organisationsfragen bearbeitet.

4.5.2. Behördliches IKT-Organisations- und Veränderungsmanagement

Die Rolle des behördlichen IKT-Organisations- und Veränderungsmanagements sorgt dafür, dass sich die behördliche Organisation an veränderte IKT-Vorgaben und Abläufe und IKT-Lösungen anpasst, kommuniziert geplante Änderungen und bereitet die Mitarbeitenden auf Veränderungen im IKT-Bereich vor. Sie werden bedarfsweise von den Fachvorgesetzten eingesetzt.

4.5.3. Nutzende

Für die Rolle des Nutzers bzw. der Nutzerin gibt es über die reine Anwendung von Fachverfahren und IKT-Basisdiensten hinaus drei spezifischere Rollen. Der Tester bzw. die Testerin testet neue Software(-komponenten) und ggf. Hardware auf Funktionalität und Tauglichkeit für den alltäglichen Einsatz. Der Power-User bzw. die Power-Userin verfügt über tiefgehende Kenntnisse eines Fachverfahrens und dient daher als erster Ansprechpartner bzw. erste Ansprechpartnerin für andere Nutzer bei kleineren Problemen. Multiplikatoren bzw. Multiplikatorinnen sind in der Anwendung eines Fachverfahrens besonders geschult. Sie kommunizieren damit Softwareänderungen bzw. -Neuerungen und erklären beispielsweise neue Funktionalitäten anderen Nutzern bzw. Nutzerinnen.

4.5.4. Geschäftsprozessmanagementberatung

Die Rolle der GPM-Beratung ist hier bezogen auf die Prozesse eines Politikfeldes zu sehen, da per EGovG Bln die Optimierung von (Fach-)Prozessen die Grundvoraussetzung für den IT-Einsatz ist. Die GPM-Berater und -Beraterinnen sind im gesamtstädtischen Geschäftsprozessmanagement eingeführt und stehen den Prozessverantwortlichen beratend zur Verfügung bei Projektvorbereitung, Priorisierung, Prozessanalyse und -Optimierung. Sie bilden eine wichtige Schnittstelle bei der Einführung der IKT-Fachverfahren. Auch auf bezirklicher bzw. nachgeordneter Ebene sind GPM-Beratende vorgesehen und dort jeweils einem Politikfeld zugeordnet („Tandempartner“).

4.5.5. Wissensmanagement

Die Rolle der Wissensmanager bzw. Wissensmanagerinnen unterstützt bei der methodischen Vermittlung neuer Prozesse in der operativen/ behördlichen Ebene. Diese Rolle stammt aus dem landesweiten Personalmanagement und ist für die Sicherung des Wissens bei personellen Veränderungen wichtig.

4.5.6. OZG-Koordination und E-Government-Koordination

Aus der Notwendigkeit, behördenintern die mit der Digitalisierung verbundenen Informationen und Aufgaben zu koordinieren, sind Koordinationsrollen entstanden, wie z.B. die OZG-Koordination oder E-Government-Koordination. Zum Teil gibt es auch sogenannte „E-Government-Lotsen“ oder Digitalisierungslotsen. Diese Rollen sind hier der Vollständigkeit halber aufgeführt, allerdings ohne eine generische Rollenbeschreibung. Die Rollen werden in der Regel zusammen mit anderen Aufgaben oder Rollen ausgeübt.

4.5.7. Web-Redaktion sowie Webmaster

Zur Erstellung und Pflege der fachlich-inhaltlichen Web-Angebote sind bereichsbezogen oder bereichsübergreifend Web-Redaktionen einzurichten. Ergänzend können Web-Autoren mit der Erstellung von Beiträgen beauftragt werden. Durch die Weiterentwicklung des IT-Einsatzes (insbesondere IT-Dienste) können zusätzliche neue Rollen entstehen. Die Ausweisung der Web-Redaktion, Web-Autoren dient als Beispiel.

Diese Aufgabenstellungen des Web-Masters umfasst die Planung, Koordination und Bereitstellung der technischen Voraussetzungen für den Betrieb von Web-Angeboten (z.B. Style Guide, Templates, Web-Server, CMS, Navigation) einschl. der Benutzerverwaltung. Webmaster haben keine fachlich-inhaltliche Verantwortung.

4.5.8. IKT-Gebäudemanagement (IKT-Facility Management)

Das Gebäudemanagement verantwortet die baulichen und gebäudebezogenen Komponenten der IT-Infrastruktur inkl. Klimatechnik und Energieversorgung und diesbezügliche Dienstleistungen. Näheres ist in den Bestimmungen zum Facility-Management in der Berliner Verwaltung zu regeln.

4.5.9. Übersicht Beratungs- und Unterstützungsrollen

Tabelle 5: Übersicht über IKT-Rollen mit Beratungs- und Unterstützungsfunktion.

Rolle	vuIKT	vaIKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
Landesweites IKT-Organisations- und Veränderungsmanagement	x	x	Bearbeitet Grundsätze und Policy Standards zu IKT bezogenen Organisationsfragen	Organisationseinheit IKT-Steuerung (z. Zt. bei SenInnDS)
Behördliches Organisations- und Veränderungsmanagement	x	x	<ul style="list-style-type: none"> • kommuniziert geplante Änderungen (im IKT-Bereich) • unterstützt organisatorische Anpassungen an die veränderten IKT-Standards 	werden bedarfsweise von den Fachvorgesetzten eingesetzt
Nutzerin, Nutzer (inkl. Testerin, Tester; Multiplikatorin, Multiplikator; Power-Userin, Power-User)	x	x	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzende mit anteiligem Aufgabenfokus auf die strukturierte Prüfung neuer Softwareversionen werden als Testerin bzw. Tester bezeichnet • Nutzende mit stark ausgeprägter Nutzungserfahrung werden als „Power User“ bezeichnet • Nutzende, die Kolleginnen und Kollegen über Neuigkeiten einer Fachsoftware informieren und als Ansprechperson für Fragen zur Bedienung fungieren, werden als 	Behördliche Mitarbeitende

Rolle	vuKT	vaIKT	Aufgabe	Rollenträgerinnen bzw. Rollenträgern
			Multiplikatoren bezeichnet.	
GPM-Beratung pro Politikfeld (+ Tandempartner/in auf nachgeordneter Ebene bzw. Bezirksamt)	-	x	stehen FV-Verantwortlichen der jeweiligen Politikfelder beratend zu Verfügung bei Projektvorbereitung, Priorisierung, Prozessanalyse und - Optimierung	Rolle aus dem ggPM
Wissensmanagement	x	x	Unterstützen beim Anforderungsmanagement	Rolle aus dem landesweiten Personalmanagement
OZG-Koordination und E-Government-Koordination	x	x	-	-
Web-Redaktion sowie Webmaster	-	-	Pflege der fachlich-inhaltlichen Web-Angebote	wie bisher
IKT-Gebäudemanagement	x	-	Vgl. Bestimmungen zum Facility-Management in der Berliner Verwaltung	wie bisher

Tabelle 6 fasst die beschriebenen generischen Beratungs- und Unterstützungsrollen mit Blick auf ihre Ansiedlung bei einem der Beteiligten (Kapitel 3) zusammen. Eine FVDB ist gleichzeitig auch immer nutzende Behörde in dem Sinne, dass sie vuKT nutzt und ggf. die Fachverfahren anderer Ressorts.

Tabelle 6: Verteilung der IKT-Rollen mit Beratungs- und Unterstützungsfunktion auf die Beteiligten.

Landesebene	FVDB	Nutzende Behörde
Landesweites IKT-Organisations- und Veränderungsmanagement	-	Behördliches IKT-Organisations- und Veränderungsmanagement
-	-	Nutzende (inkl. Testerin bzw. Tester; Multiplikatorin bzw.

Landesebene	FVDB	Nutzende Behörde
		Multiplikator,; Power-Userin bzw. Power-User)
Gesamtstädtisches Geschäftsprozessmanagement	GPM-Beratung pro Politikfeld (+ Tandempartner auf nachgeordneter Ebene bzw. Bezirksamt)	-
Senatsverwaltung für Finanzen: Landesweites Wissensmanagement	Wissensmanagement	Wissensmanagement
OZG-Koordination und E-Government Koordination	-	-
-	-	Web-Redaktion sowie Webmaster
-	-	IKT-Gebäudemanagement

4.5.10. Rollen und Aufgaben des ITDZ Berlin

Das ITDZ Berlin übernimmt die Rolle des IT-Dienstleisters für alle Behörden und Einrichtungen des Landes Berlin. Die IKT-Steuerung definiert die IKT-Architektur des Landes, welche den Servicekatalog des ITDZ Berlin maßgeblich prägt. Die zentralen Verträge für die verfahrensunabhängigen Leistungen werden ebenfalls mit der IKT-Steuerung vereinbart. Auftraggeberinnen für die verfahrensabhängigen Serviceleistungen sind die FVDB.

Seine Organisation liegt in der Eigenverantwortung des ITDZ Berlin, es orientiert sich dabei an der ITIL (Information Technology Infrastructure Library). Für die Nutzenden Behörden und Einrichtungen des Landes Berlin stellt das ITDZ Berlin den Service Desk⁵ und einen Field Service, sowie einen Service Account Manager als übergeordneten Ansprechpartner zur Verfügung.

Für die Schnittstellenkommunikation zwischen nutzender Behörde und ITDZ ist die Rolle der behördlichen IKT-Leitstelle vorgesehen.

⁵ Begriff gemäß ITIL-Definition.

Zur Beratung der Behörden in Fragestellungen der digitalen Barrierefreiheit, die das ITDZ Berlin betreffen, werden die hierzu notwendigen Kompetenzen bei einer verantwortlichen Rolle des ITDZ Berlin als Ansprechpartner/in gebündelt.

4.6. Kompetenzzentrum IKT- und Digitalisierungsmanagement (KID)

Für eine erfolgreiche Koordination der Digitalisierungsaktivitäten in den Behörden bedarf es einer geeigneten Struktur, diese soll mit dem KID beschrieben werden. Die genaue Ausgestaltung entsprechend ihrer Erfordernisse liegt in der Hand der jeweiligen Behörde. Das KID sollte gemeinsam mit der Politischen Ressort-Digitalisierungsbeauftragung gedacht werden (vgl. Kapitel 4.2).

Das Kompetenzzentrum IKT- und Digitalisierungsmanagement ist ein Rollenverbund in jeder Senatsverwaltung/Senatskanzlei. Das KID setzt sich zusammen aus allen Rollenträgerinnen und Rollenträgern eines Ressorts, die mit Aufgaben im IKT- und Digitalisierungsmanagement hauptamtlich betraut sind. Sie stehen in einem funktionalen Zusammenhang und alle eint ein gemeinsames Ziel: Eine zeitgemäße, rechtssichere und architekturkonforme Schaffung und Aufrechterhaltung des IT-Betriebs des jeweiligen Ressorts. Die Politische Ressort- Digitalisierungsbeauftragung ist für die funktionierende Zusammenarbeit aller Rollen des KID verantwortlich.

Das KID stellt den sachgerechten Einsatz der IKT innerhalb der einzelnen Politikfelder des jeweiligen Ressorts sicher, indem es die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der vulKT gemeinsam mit dem ITDZ Berlin und im Bereich der valKT gemeinsam mit den fachverfahrensverantwortlichen Stellen koordiniert. Im KID wird die IKT- und Digitalisierungskompetenz der Behörde gebündelt.

Der Begriff KID beschreibt weniger die Schaffung einer neuen Organisationseinheit als vielmehr die Pflicht der Zusammenarbeit für alle in diesem Rollenkonzept beschriebenen Rollen, einschließlich der bereits aufgrund anderer Rechtsgrundlagen institutionalisierten Rollen, wie z. B. den behördlichen Informationssicherheits- und Datenschutzbeauftragten.

Je nachdem welche organisatorischen Lösungen für die Entwicklung und den Betrieb von valKT und vulKT gewählt werden, schließt dies feste Kooperationen mit bestimmten Behörden, z. B. die GPM-Beraterinnen bzw. Berater in den Tandembezirken der jeweiligen Senatsverwaltungen/Senatskanzlei, dezentrale Verfahrensbetreuungen und IKT-Support, mit ein.

Das Wirken dieser Kompetenzzentren betrifft alle Angelegenheiten auf dem Gebiet der IKT, Digitalisierung und des Projekt- und Prozessmanagements, die den jeweiligen Politikfeldern fachlich zugeordnet werden können und kann somit über die Grenzen der jeweiligen Senatsverwaltungen/Senatskanzlei hinausgehen.

Es werden ebenfalls bereits etablierte Rollenträger bzw. Rollenträgerinnen einbezogen, die wiederkehrend und regelmäßig an der Entwicklung und/oder Einführung von vUKT und vAKT mitwirken.

Ziel der Zusammenfassung der Rollen in einem Kompetenzzentrum ist es, die optimale Ausschöpfung vorhandener digitaler Kompetenz in der Berliner Verwaltung durch prozesseffiziente Einbindung aller Stakeholder zu gewährleisten.

Damit wird nicht zuletzt der stetig steigenden Bedeutung von IT-Unterstützung bei der Erledigung von Fachaufgaben durch diese Professionalisierung der Verantwortlichen und Beteiligten Rechnung getragen.

5. Übergang von Rollen aus den IT-Organisationsgrundsätzen

Die Zentralisierung der vulKT zum ITDZ Berlin ist beim Programm OneIT@Berlin angesiedelt. Bis zum Eintritt einer Behörde in das Programm, bleibt es - vor allem im Bereich vulKT - grundsätzlich bei den, in den IT-Organisationsgrundsätzen definierten, Zuständigkeiten zum Betrieb und Durchführung der vulKT in den jeweiligen Behörden. Mit Eintritt in das Programm findet auch das Vorgehensmodell von OneIT@Berlin Anwendung. Nach Abschluss der Zentralisierung der vulKT zum ITDZ Berlin sollen die Rollen des IKT-Rollenkonzepts vollständig Anwendung finden. Die Rollen der vulKT können unabhängig von der Zentralisierung der vulKT bereits angewendet werden.

Rolle(n) aus den IT-Organisationsgrundsätzen	Rolle(n) im IKT-Rollenkonzept
(IKT-) Gebäudemanagement	Unverändert übernommen
Web-Redaktion, Web-Autoren, Webmaster	Unverändert übernommen
IT-Verbindungsstelle / User-HelpDesk	Fortführung und Übergang der weiterbestehenden Aufgaben in die Rolle IKT-Leitstelle im Zuge der Zentralisierung der vulKT
IKT-Infrastrukturkoordination	Fortführung bis zur Zentralisierung der vulKT
IKT-Infrastrukturbetreuung	Fortführung bis zur Zentralisierung der vulKT
IT-Manager, IT-Koordinator	IKT-Leitstelle
IT-Dienstleister	IKT-Dienstleister
IT-Dienstverantwortlicher, IT-Verfahrensverantwortlicher	Fachverfahrens- und Dienstverantwortung (in der Hauptverwaltung als FVDB) Als Nutzende Behörde Teil der Behördlichen Fachverfahrens- und Dienstbetreuung

Rolle(n) aus den IT-Organisationsgrundsätzen	Rolle(n) im IKT-Rollenkonzept
<p>IT-Dienstekoordination, IT-Verfahrenskoordination</p>	<p>Fachverfahrens- und Dienstekoordination (in der Hauptverwaltung als FVDB)</p> <p>Als Nutzende Behörde Teil der Behördlichen Fachverfahrens- und Dienstebetreuung</p>
<p>IT-Dienstebetreuung, IT-Verfahrensbetreuung</p>	<p>IKT-Fachaufgabenbetreuung (in der Hauptverwaltung als FVDB)</p> <p>Als Nutzende Behörde Teil der Behördlichen Fachverfahrens- und Dienstebetreuung</p>
<p>Anwendungssystembetreuer</p>	<p>Behördliche Fachverfahrens- und Dienstebetreuung</p>

6. Ausblick

Nach Abschluss der landesweiten Zentralisierung der vulKT soll eine einheitliche und standardisierte Landschaft der vulKT vorliegen, die auch eine entsprechende landesweitere Vereinheitlichung der Prozesse und Rollen ermöglicht. Auch der Betrieb der Fachverfahren soll soweit wie möglich in Bezug auf die beteiligten Rollen vergleichbar vereinheitlicht werden.

Die Zentralisierung der vulKT bringt jedoch zunächst in allen Behörden größere organisatorische Änderungen mit sich, deren Ausmaß vom geplanten Zeitpunkt der Zentralisierung des Betriebs zum ITDZ, sowie von der individuellen Ausgangslage der jeweiligen Behörde abhängt. Aufgrund der heterogenen Ausgangssituation und Zeitpunkte der Zentralisierung der vulKT wird es unterschiedliche Lösungen für den Übergang geben.

Auch in Bezug auf die valKT hat sich gezeigt, dass die vorhandenen Strukturen unterschiedlich sind. Zwar fallen viele grundlegende Aufgaben in ähnlicher Weise an, der Betrieb dieser Fachverfahren ist aber insgesamt sehr heterogen organisiert. Ein entscheidender Faktor für die organisatorische Ausrichtung ist der Anteil, zu dem das Fachverfahren in der FVDB selbst weiterentwickelt wird. Ist dieser Anteil hoch, bedarf es entsprechender Kompetenz in der Softwareentwicklung. Andernfalls fallen die eher technischen Rollen der Softwareentwicklung weg. Dies führt dann wiederum zu einem höheren Abstimmungsaufwand mit dem Softwareanbieter. Während ein gewisses Maß an Heterogenität Bestand haben wird, kann mit der Etablierung der für die FVDB vorgeschlagenen Rollen eine bessere strategische Abstimmung sowie eine einheitliche Regelung für nutzende Behörden geschaffen werden. Ausgehend von der heterogenen Organisationsstruktur der Fachverfahren variiert auch der Anpassungsbedarf in Bezug auf die Organisation der Fachverfahren aufgrund dieses Rollenkonzepts.

Im Zuge der Anwendung dieses Konzepts beabsichtigt die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport die folgenden Maßnahmen umsetzen:

- Beratung aller interessierten Behörden bei der Zuordnung der Rollen auf die eigene Organisationsstruktur („Mapping“)
- Weiterentwicklung des Rollenkonzepts auf Basis der im Rahmen der in den Behördenprojekten gewonnen Erkenntnisse
- Arbeitshilfen zu BAKs (Beschreibung der Aufgabenkreise) zur behördeninternen Bewertung

- Materialien zu Qualifizierungsmöglichkeiten von IKT-Fachkräften, die auf Basis der für die jeweiligen Rollen benötigten Kompetenzen geeignete Qualifizierungsmaßnahmen beschreiben
- Kenntnisnahme Hauptpersonalrat, Hauptschwerbehindertenvertretung sowie Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

7. Quellen

Jörg Becker, Vanessa Greger, Oliver Heger, Katharina Jahn, Helmut Krcmar, Heidrun Müller, Björn Niehaves, Nadine Ogonek, Michael Räckers, Tino Schuppan, Robert Zepic (2016). E-Government-Kompetenz. Studie im Auftrag des IT-Planungsrats. Berlin, München, Münster, Siegen.

ITDZAöRG Be: Gesetz über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT-Dienstleistungszentrum Berlin (2004).

IKT-Lenkungsrat (2017). Beschluss Nr 06/2017 i. V. m. Beschluss Nr. 28/2017 und 29/2017.

IT-Planungsrat (2017). Rollen und Kompetenzen für eine erfolgreiche öffentliche Verwaltung im digitalen Zeitalter.

Rat der Bürgermeister (2018). Vorlage R414/2018 vom 7.7.2018 Beschlussfassung zur Migration der Verfahrensunabhängigen IKT zum ITDZ.

Senat von Berlin (2018). Senatsvorlage Nr. S-1212/2018 „Verfahrensabhängige IKT und Geschäftsprozessoptimierung“ vom 18. September 2018.

Senat von Berlin (2018a). Verordnung über die Gliederung des Bezirksamtes vom 10. April 2018.

Senat und Rat der Bürgermeister (2019). Zukunftspakt Verwaltung vom 14. Mai 2019.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2007). Grundsätze zur Gewährleistung der notwendigen Sicherheit beim IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2014a). Rundschreiben InnSport ZS Nr.21/2014, Verwaltungsvorschriften für die Steuerung des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung (VV IT-Steuerung).

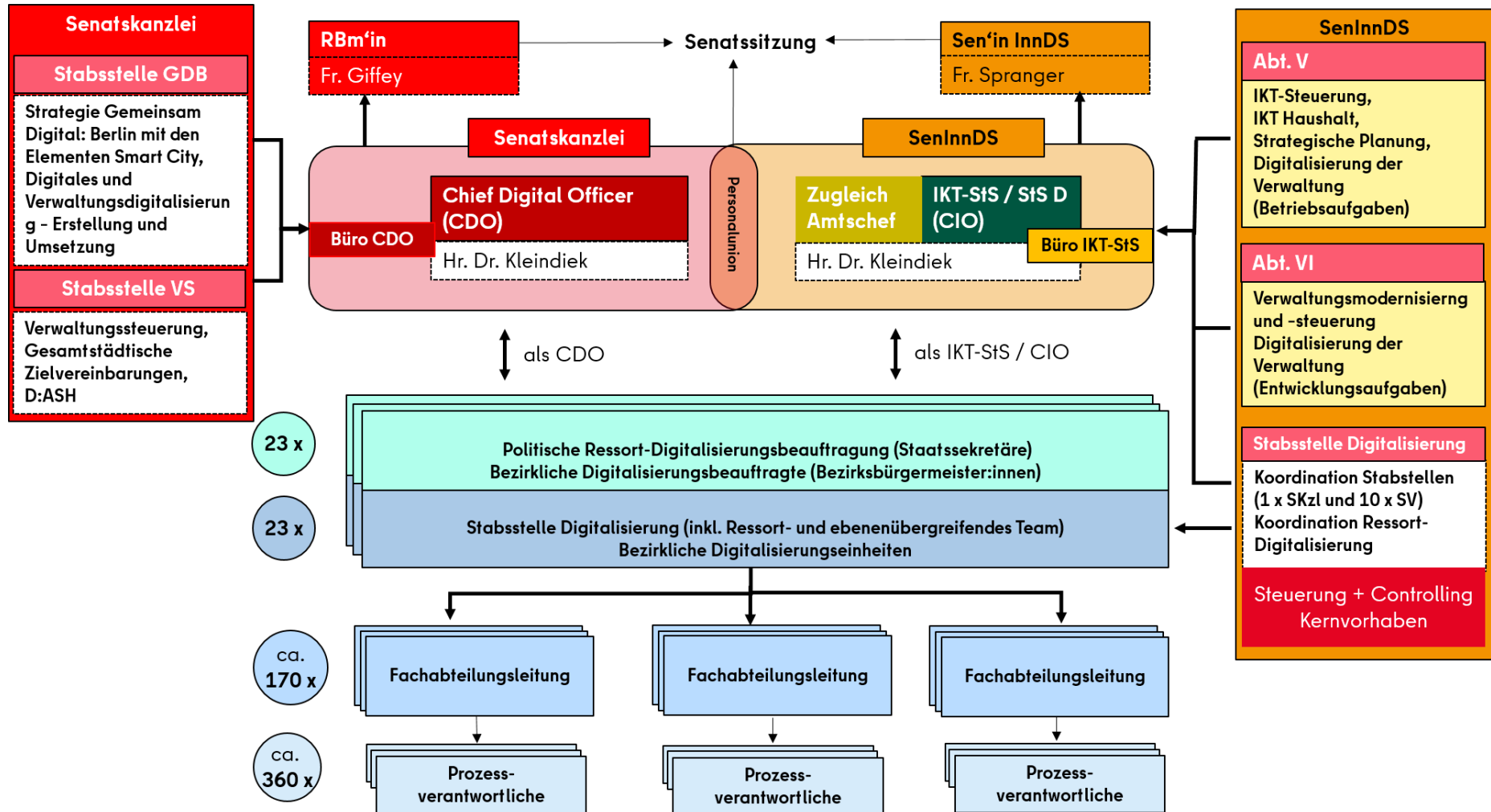
Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2014b). Rundschreiben InnSport ZS Nr.22/2014, Verwaltungsvorschriften über die IT-Organisationsgrundsätze in der Berliner Verwaltung (IT-Organisationsgrundsätze).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2017). Leitlinie zur Informationssicherheit der Landesverwaltung des Landes Berlin (Informationssicherheitsleitlinie - InfoSic-LL).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2018). Leitlinie zum IKT-Notfallmanagement der Landesverwaltung des Landes Berlin. (IKT-NotfallM - LL).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2019) Schreiben der IKT-Staatsekretärin an den IKT-Lenkungsrat vom 5.8.2019: Umsetzung des Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnik Gesetzes (BIKTG Bln), verteilt an alle Behörden per Mail am 6.8.2019.

8. Anhang





**Senatsverwaltung für Inneres,
Digitalisierung und Sport
Abteilung V**

**E-Mail an
IKT-Fachkraefte@SenInnDS.berlin.de**

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
Nummer	Abkürzung	Kurzbeschreibung	Zuordnung 1	Beginn (Jahr)	Beginn (Monat)	Ende (Jahr)	Ende (Monat)	Behördenkürzel
V0001	ABAKUS	Nachverfolgung polizeilich umgesetzter Fahrzeuge	Ordnungsaufgaben - Straßenverkehr	2008	Januar	2020	Dezember	SenInnDS - Pol
V0002	ABau	Anweisung Bau: Verwaltungsvorschrift zur Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben	Zentrale Dienste - Hochbau	2011	Dezember			SenSBW
V0005	ADONIS	Geschäftsprozessmanagement	Sonstige Organisationseinheiten - Steuerungsdienst					SenInnDS - IKT
V0007	AKS Berlin	Automatisierte Kaufpreissammlung (Bearbeitungssystem und Webauskunft)	Stadtentwicklung - Vermessung, Liegenschaftskataster, Wertermittlung	2014	Oktober			SenSBW
V0008	Aktenmanagementsystem	Skzl-interne Lokalisierung von Umlaufmappen mittels RFID-Etiketten (z. Zt. im Testbetrieb)	Zentrale Dienste - Innere Dienste	2008	Januar			Skzl - Stamm
V0011	Allegro-C	bibliothekarisches Datenbanksystem (Katalogisierung, OPAC, Ausleihe, Erwerbung, Zeitschriften, Web-Katalog)	Bildung und Kultur - Kultur					Zentrale IKT-Steuerung
V0014	ALLRIS / ALLRISnet	Ratsinformationssystem zur Organisation und Abwicklung des Sitzungsdienstes der BVV'n in Berlin	Parlamentarische Angelegenheiten	2008	Januar			BA Trept.-Köp.
V0016	Animex-DB	Überwachung von Tierversuchen und Tötungen	Ordnungsaufgaben - Veterinär- und Lebensmittelaufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0018	Apotheken-DB	Überwachung des Apothekenwesens	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0020	ARRIBA	Ausschreibung, Vergabe, Kalkulation und Abrechnung von Bau- und Lieferleistungen (RIB-Software)	Zentrale Dienste					Zentrale IKT-Steuerung
V0022	eCites	elektronisches artenschutzrechtliches Genehmigungsverfahren	Umwelt und Naturschutz - Natur- und Artenschutz	2018	September			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0024	ASYL	Aufnahmestelle für Asylbewerber	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste					SenIAS (neu) - LAF
V0025	ASYS	Abfallüberwachungssystem	Ordnungsaufgaben - Ordnung im öffentlichen Raum	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0028	AULAK	Automation Landgericht, Amtsgerichte, Kammergericht	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Januar			SenJustVA - KG
V0029	AUMAV	Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Januar			SenJustVA - KG
V0030	Ausländerregister	Register der in Berlin lebenden Ausländer	Bürgerdienste - Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	2010	März			SenInnDS - LEA
V0034	AutiSta	Standesamtsoftware / Fachverfahren	Bürgerdienste - Standesamt	2010	Mai			SenInnDS - LABO
V0035	AVUS 32 (vorm. 2000)	Verwaltungsverfahren für die Berliner Amtsvormundschaften und Unterhaltsvorschussstellen	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten	2008	Januar	2019	Dezember	SenBildJugFam
V0037	BABSY	Automatisiertes Beihilfe-ABrechnungsSYstem	Personalwesen - Personalverwaltung	2012	Februar			SenFin - LVwA
V0038	BAFÖG-Sach	BAFÖG-ADV-Sachbearbeiterverfahren	Soziales - Materielle Hilfen					SenWGPG
V0039	BALVI iP	Lebensmittel-, futtermittel- und veterinärrechtliche Überwachung von Gewerbebetrieben (vormals Hamlet 2000)	Ordnungsaufgaben - Veterinär- und Lebensmittelaufsicht	2009	Juli			SenUMVK
V0041	BASIS-Web	Buchhaltungs- u. Abrechnungssystem im Strafvollzug	Justiz - Justizvollzug	2008	Januar			SenJustVA - JVA
V0043	BBK	Bodenbelastungskataster	Umwelt und Naturschutz - Umweltordnungsaufgaben	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0045	BEO L	Online Bewerbungsverfahren für die zentrale Nachsteuerung, betrifft künftige Lehrer	Bildung und Kultur	2008	Januar			SenBildJugFam

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten		Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung	
V0046	BEIntern	Bearbeitungsprogramm der Bewerbungsdaten für die Zentrale Bewerberstelle	Bildung und Kultur	2008	Januar			SenBildJugFam
V0047	BE0v	Online Bewerbungsverfahren für die Einstellung von Vertretungslehrern	Schule und Sport - Schulträgerschaft	2008	Januar			SenBildJugFam
V0050	Berliner Kinderschutzbo	Diagnose und Dokumentation zur Gefährdungseinschätzung bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten					Zentrale IKT-Steuerung
V0054	Beteiligungsm	Betriebswirtschaftliche Daten der Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin	Finanzen - Übergeordnete Finanzangelegenheiten / Controlling	2008	Januar			SenFin
V0057	BfBI 32	Beratungsstelle für Behinderte Informationssystem	Gesundheitswesen - Spezielle Hilfen für Behinderte					SenWGPG
V0060	BIDAVIS II	Erkennungsdienstliches Verfahren zur Fingerabdruck- und Lichtbildverarbeitung	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2013	Dezember			SenInnDS - Pol
V0064	BKI	Bekleidungskammerprogramm	Zentrale Dienste - Innere Dienste	2010	Januar			SenInnDS - Fw
V0065	BLC	BusinessLocationCenter Standortmarketing, Investoreninformation	Sonstige Organisationseinheiten - Wirtschaftsförderung	2008	Januar			SenWiEnBe
V0067	BOWI21	Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten	Ordnungsaufgaben - Ordnung im öffentlichen Raum	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0070	Bürgerhaushalt	Bürgerbeteiligung am Bezirkshaushalt	Finanzen - Haushalts- und Stellenplanung und -wirtschaft	2010	Januar	2030	Juli	BA Lichtenberg
V0073	CASA	Computergestützte Anwendung für Sachbearbeitung und Auswertung	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	März			SenInnDS - Pol
V0074	CEVAP	Computerunterstützte Erteilung von Anwohner-Parkausweisen	Ordnungsaufgaben - Ordnung im öffentlichen Raum					Zentrale IKT-Steuerung
V0075	CiK	Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen	Bildung und Kultur - Kultur	2008	Januar			SenKultEuropa - Stamm
V0076	Condition WaffenDB	Waffen- und Erlaubnisdatenbank	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0081	Datenbanksystem	diverse Datenbankanwendungen	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung					Skzl - Stamm
V0090	Digitales Aktenarchiv	Digitale Archivierung von Gerichtsakten	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Januar	2024	Dezember	SenJustVA - KG
V0091	KUNO	Katasterunterlagen online - Zentralen Dokumentenmanagementsystems für die Unterlagen des Liegenschaftskatasters	Stadtentwicklung - Vermessung, Liegenschaftskataster, Wertermittlung	2021	Dezember			SenSBW
V0095	Dot.sys	Dokumentationssystem der Tätigkeiten von Fachkräften der Suchtprävention	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenWGPG
V0097	DWH	Datawarehouse ; Generierung von Auswertungen / Statistiken polizeirelevanter Daten	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Februar			SenInnDS - Pol
V0098	EASY	Abfrage zur Erstverteilung von Asylbewerbern nach Länderschlüssel	Bürgerdienste - Staatsangehörigkeitsangelegenheiten					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0100	eBG	elektronisches Bau- und Genehmigungsverfahren	Stadtentwicklung - Bau- und Wohnungsaufsicht	2021	November			SenSBW
V0101	EBKuS	Klientenverwaltung und Statistik in der Erziehungs- und Familienberatung	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten					Zentrale IKT-Steuerung
V0102	EBS	Einbürgerungsstatistik	Bürgerdienste - Staatsangehörigkeitsangelegenheiten					Zentrale IKT-Steuerung
V0103	EDAS/ELAN	Programm zur Erhebung der Ausgleichsabgabe / Einzug der Ausgleichsabgabe.	Gesundheitswesen - Spezielle Hilfen für Behinderte	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0105	EFB-Assistent	Klientenverwaltung, Berichtswesen, Aktenführung, Statistik für Erziehungs- und Familienberatung	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten					Zentrale IKT-Steuerung

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0107	Einbürg	Einbürgerung [Access-Anwendung]	Bürgerdienste - Staatsangehörigkeitsangelegenheiten					BA Tphf.-Schbg. - BürgerD
V0109	ELARES	Zeiterfassungssystem	Personalwesen - Personalverwaltung	2011	Oktober			SenJustVA - Stammhaus
V0112	Elterngeld/Betreuungsgeld	Berechnung und Zahlbarmachung von Eltern - und Betreuungsgeld	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten	2008	Januar			SenBildJugFam
V0115	KONSENS	Steuerfachverfahren	Finanzen - Übergeordnete Finanzangelegenheiten / Controlling	2008	Januar			SenFin
V0117	EPIDEM (Octaware)	Lebensmittelpersonalüberwachung, Modul AVD, Seuchenüberwachung, Hygiene, Umweltschutz und TBC-Schutz	Ordnungsaufgaben - Veterinär- und Lebensmittelaufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0118	EPOST810	Formelle Kommunikation zwischen Pol-Dienststellen (Polizeien von Bund und Ländern)	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0119	E-Renten	Zahlbarmachung und Auszahlung von Entschädigungsrenten nach dem BRG und PrVG	Finanzen - Kassenwesen	2012	Januar			SenInnDS - LABO
V0120	ESU	Dokumentation Einschulungsuntersuchungen	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz und -förderung Kinder	2008	Januar			SenWGPG
V0121	Ethik-Kommission-DB	Verwaltungs-SW	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0124	EVA	Verwaltung der Untersuchungsaufträge in der KT (elektronisches Vorgangsbearbeitungs-Auftragssystem)	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar	2021	Juli	SenInnDS - Pol
V0125	EvASta	Einbürgerung von Ausländern, Staatsangehörigkeit	Bürgerdienste - Staatsangehörigkeitsangelegenheiten					Zentrale IKT-Steuerung
V0126	eVergabe	Vergabepattform Ausschreibungen	Zentrale Dienste	2007	Januar			SenSBW
V0128	VOIS-EWW	Einwohnerwesen, Ausweis- und Passangelegenheiten, eID-Karte für Unionsbürger	Bürgerdienste - Bürgerämter	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0131	FAS	Feuerwehr Abrechnungssystem (FAS)	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2008	Januar			SenInnDS - Fw
V0135	FNP	Flächennutzungsplanung	Stadtentwicklung - Stadtplanung	2007	Januar			SenSBW
V0136	Fortbildungs-DB	Erfassung und Statistik der Fortbildungen der Angehörigen des LAGeSo	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0137	FuN	Fundsachen im Netz	Bürgerdienste - Bürgerämter					BA Tphf.-Schbg. - BürgerD
V0138	FüReg	elektronisches Führerscheinregister	Bürgerdienste - Bürgerämter	2008	Januar	2025	Dezember	SenInnDS - LABO
V0143	ISYGen (ehem. GenTech-DB)	Überwachung gentechnischer Anlagen	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0144	Geodin	Geologische Schichtenverzeichnisse und Grundwasserstände	Umwelt und Naturschutz - Umweltordnungsaufgaben	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0146	GOŞA	Fachverfahren Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht (VG/OVG)	Justiz - Gerichtsbarkeit	2009	September			SenJustVA - OVG
V0148	Gewerbedatenbank	Gewerbedatenbank Migewa	Ordnungsaufgaben - Gewerbe	2008	Januar			SenWiEnBe
V0150	GRIS	Grünflächeninformationssystem	Tiefbau und Landschaftsplanung - Grün- und Freiflächen, Friedhöfe, Kleingärten	2015	August			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0151	GSI	Gesundheits- und Sozialinformationssystem	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht	2008	Januar			SenWGPG
V0156	GStA-PersonalDB	Generalstaatsanwaltschaft Berlin	Personalwesen - Personalverwaltung	2008	Januar			SenJustVA - GStA

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten		Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung	
V0157	GStA-Stellenkartei	Generalstaatsanwaltschaft Berlin	Personalwesen - Personalverwaltung	2008	Januar			SenJustVA - GStA
V0160	HAREG/AUREG	Automation des Handelsregisters	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Januar			SenJustVA - KG
V0164	HESS Kassensystem	Kassensystem für Ein- und Auszahlungen (Barkasse über Automaten, EC-Cash)	Finanzen - Kassenwesen					Zentrale IKT-Steuerung
V0165	HHV	Steuerung der Baukosten Hochbau	Zentrale Dienste - Hochbau	2007	Januar			SenSBW
V0166	Hogrefe TestSystem	System zur computerunterstützten Psychodiagnostik	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					BA Fhn.-Krzbg.
V0167	HSM	Haus- und Seminarmanager	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung	2008	Januar			SenBildJugFam
V0169	IFAS	Informationssystem für den Arbeitsschutz	Ordnungsaufgaben - Gewerbe					SenIAS (neu) - LaGetSi
V0171	IGNIS	Einsatzsteuerung Feuerwehr	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2008	Januar			SenInnDS - Fw
V0175	I-Net	UserHelpDesk, Hardwareinventarisierung, Berichterstellungen	Zentrale Dienste - Informationstechnik	2009	Mai			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0176	myCMDB	SW für IT-Service Management und Unterstützung der Geschäftsprozesse des Zentralen Service LABO	Zentrale Dienste - Informationstechnik	2010	August	2020	Mai	SenInnDS - LABO
V0177	Internetwache	Empfang und Weiterleitung eingehender Internetmitteilungen. Die Internetwache ist seit 2014 eng mit POLIKS (V0248) verbunden.	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2014	Mai			SenInnDS - Pol
V0179	InWo	Integriertes Wohnungswesen	Stadtentwicklung - Bau- und Wohnungsaufsicht	2007	Januar			SenSBW
V0181	IPV	Integrierte Personalverwaltung	Personalwesen - Personalverwaltung	2012	Juli	2025	Dezember	SenFin - LVwA
V0182	ISBJ - E&D	Einrichtungen und Dienste Datenbank (Informationen zu Trägern der Jugendhilfe)	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten	2008	Januar			SenBildJugFam
V0183	ISBJ - Kita	Kinder in Tagesbetreuung (Kita, Tagespflege, EFöB), Sprachstand und Portale für die Träger	Jugend - Kindertagesbetreuung	2008	Januar			SenBildJugFam
V0185	JAM	JustizAktenManagement / Registratursystem	Justiz	2008	Mai	2022	September	SenJustVA - Stammhaus
V0188	JuGHost	Jugendgerichtshilfe - Organisation und Statistik	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten	2008	Januar			SenBildJugFam
V0191	Versorgungsar chiv (KBL- Archiv-DB)	Elektronische Kartei für die Akten des Versorgungsamtes Bereich Soziales Entschädigungsrecht (SER)	Soziales	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0194	KIPsl 32	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst Informationssystem	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz und -förderung Kinder					SenWGP
V0195	KLIFD	Klientenverwaltung für Informationsfachdienste	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0197	KomVor	Vorgangsbearbeitung	Umwelt und Naturschutz - Umweltordnungsaufgaben	2008	Januar			BA Trept.-Köp.
V0198	Korruptionsregister	Online-/Fax-Auskunft Korruptionsregister für Öffentliche Auftraggeber	Zentrale Dienste - Hochbau	2007	Januar	2021	Dezember	SenSBW
V0200	KSU Tiefbau	Baukosten- Controlling im Tiefbau	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0201	Art-Selector	Künstlerförderung	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0217	Mitarbeiterverzeichnis	tagaktuelles, internes Telefonverzeichnis mit ausgiebigen Suchmöglichkeiten	Bildung und Kultur	2017	Juli			SenBildJugFam
V0220	KKViewer	Karteikartenviewer für Stand I	Bürgerdienste - Standesamt	2008	Januar			SenInnDS - LABO
V0221	ODiS I	Online-Datenbank Stand I für bundesweite Abfragen	Sonstige Organisationseinheiten	2010	Juni			SenInnDS - LABO

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten		Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung	
V0222	NBR	Neues Berliner Rechnungswesen	Finanzen - Kassenwesen	2008	Januar	2022	Dezember	SenFin
V0224	Neptan/Systra	Ingenieur- und Landesvermessung	Stadtentwicklung - Vermessung, Liegenschaftskataster, Wertermittlung					Zentrale IKT-Steuerung
V0225	NGA-Datenbank	Datenbank Kleingartenverwaltung, Spielplatzentwicklungsplanung, mittelfristige Finanzplanung, Grünflächendatei	Tiefbau und Landschaftsplanung - Grün- und Freiflächen, Friedhöfe, Kleingärten					BA Neukölln
V0227	NOWI	Bearbeitung von Nichtverkehrsordnungswidrigkeiten	Ordnungsaufgaben - Ordnung im öffentlichen Raum	2011	Oktober			SenInnDS - LABO
V0228	OASIS	Online-Anwendungssystem im Schwerbehindertenrecht	Beauftragtenwesen - Behinderte	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0229	GMS	Geschütztes Marktsegment	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0230	OBIS	Orthopädisches Bearbeitungs- und Informationssystem inkl. Zahlungsverfahren PROBIS	Gesundheitswesen - Spezielle Hilfen für Behinderte	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0233	Öffentliche Beleuchtung	Technische Datenbank der Leuchten und ihrer Standorte (LuxData)	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2007	März			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0234	OMA	Senioren Datenbank	Sonstige Organisationseinheiten - Pressestelle					BA Tphf.-Schbg. - Senioren
V0237	OrLando	Friedhofs- und Krematoriumsverwaltungssoftware	Tiefbau und Landschaftsplanung - Grün- und Freiflächen, Friedhöfe, Kleingärten	2008	Januar			BA Reinickendf.
V0240	OWB_AKWA (KOMVOR)	Aktenmanagement Wasserbehörde	Umwelt und Naturschutz - Umweltordnungsaufgaben	2017	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0241	OWI-DB	Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Pflegeversicherung.	Ordnungsaufgaben	2010	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0242	Patientenakte narchiv	Patientenaktenarchiv vor 1990 (Berlin Ost)	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht	2008	Januar			BA Marz.-Hdf.
V0243	PELZ	Polizei Einsatzleitsystem (110 Notruf – Verarbeitung und Steuerung)	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0246	Personaldaten bank StA	Personalverwaltung Staatsanwaltschaft	Personalwesen - Personalverwaltung	2008	Januar			SenJustVA - GStA
V0247	Physiomed	Abrechnung therapeutischer Leistungen gem. § 302 SGB V	Finanzen - Kassenwesen					SenWGPG
V0248	POLIKS	Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0252	PROSID	Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht	Soziales	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0253	BASIS	Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach SGB XII, dem AsylbLG und dem Berliner Pflegegeldgesetz mit der Fachsoftware OPEN/ProSoz	Soziales - Materielle Hilfen					SenIAS (neu) - Basis
V0256	PuSta	Personalstrukturstatistikgesetz (PSSG)	Sonstige Organisationseinheiten	2008	Januar			SenFin
V0257	PuZMan	Personal- und Zeitmanagement (Dienstvorausplanung und -verrichtung)	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0258	QBM	Qualitäts- und Beschwerde-Management	Sonstige Organisationseinheiten - Steuerungsdienst					SenIAS (neu) - LaGeSo

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

	Grunddaten		Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0259	RA-MICRO	Software für Anwalts- und Notarkanzleien	Sonstige Organisationseinheiten - Rechtsamt					Zentrale IKT-Steuerung
V0260	Raumverwaltung	Raumverwaltung	Zentrale Dienste - Innere Dienste	2014	Juni			SenJustVA - Stammhaus
V0261	RuW (vormals REAG)	Rückkehr- und Weiterwanderung	Bürgerdienste - Staatsangehörigkeitsangelegenheiten					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0262	SED UnBergG	SED-Unrechtsbereinigung	Soziales - Materielle Hilfen	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0263	Registrierungs-DB	Erfassung von Klagen, Widersprüchen im SER- und Schwerbehindertenbereich	Gesundheitswesen - Spezielle Hilfen für Behinderte					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0264	Regreß-DB	Regreß-Verwaltung	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0267	SAFT	Unterstützung der Bearbeitung der staatlichen Anerkennungen für Sozialberufe	Jugend	2008	Januar			SenBildJugFam
V0268	SAN 4	Sanierungsverwaltung Weiterentwicklung von SAN 3	Stadtentwicklung - Stadtplanung					Zentrale IKT-Steuerung
V0269	Schuldenverwaltung	Schulden-, Derivate- und Wertpapierverwaltung	Finanzen - Übergeordnete Finanzangelegenheiten / Controlling	2008	Januar			SenFin
V0272	reP3A-Sekten	statistische Erfassung von Fragen zu Einrichtungen und Gruppen am Lebenshilfemarkt	Jugend	2008	Januar			SenBildJugFam
V0276	SIDOK	Senatsinformations- und Dokumentationssystem	Parlamentarische Angelegenheiten	2008	November			Skzl - Stamm
V0277	SIS Berlin.de	Stadtinformationssystem Berlin.de Offizielle Internet-Plattform des Landes Berlin. Wird von der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG im Rahmen einer Public-Privat-Partnership betrieben.	Sonstige Organisationseinheiten - Pressestelle	2008	Januar			Skzl - Stamm
V0278	SMS Reise / Stiewi	Reisekostenabrechnung	Finanzen - Kassenwesen					SenIAS (neu)
V0279	SNAP	Notrufnahmeprotokoll	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2016	Januar			SenInnDS - Fw
V0281	SolumSTAR	Automatisiertes Grundbuch	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Januar			SenJustVA - KG
V0282	Sorgerecht	Deutschland-weite Kartei für Sorgerechtfestlegungen bei ausländischen Kindern	Jugend	2008	Januar	2018	Dezember	SenBildJugFam
V0285	SpDI 32	Sozialpsychiatrische Dienste Informationssystem 32 Bit	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht	2010	Oktober			SenWGPG
V0287	Stellenausschreibung - intern	Vorbereitung von Ausschreibungen für Lehrer, die auch im Internet veröffentlicht werden sollen	Bildung und Kultur	2008	Januar			SenBildJugFam
V0288	Stiftung	Stiftung für Familie des Sozialmedizinischen Dienstes	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					Zentrale IKT-Steuerung
V0291	Störortkataster	Störortkataster	Umwelt und Naturschutz - Umweltordnungsaufgaben	2007	Januar	2025	Dezember	SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0292	KKG	Erschließungsbeiträge	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2010	August			SenSBW
V0293	Straßenbuch	Straßenzustandsregister	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2008	Januar			BA Marz.-Hdf.
V0295	SUPRA	Software zur Unterstützung der Prüfungsabläufe in akademischen und nichtakademischen Gesundheitsberufen.	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0297	SVDS	Sportstätten-, Verwaltungs- und Dispositionsprogramm	Schule und Sport - Sportförderung					Zentrale IKT-Steuerung
V0303	TKÜ	Überwachung der Telekommunikation gem. § 100 a;b StPO	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0304	TopCash	Kassensystem (Barkasse und EC-Cash)	Finanzen - Kassenwesen					Zentrale IKT-Steuerung

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten		Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0305	TOPqm	Erstellung von Jahresberichten gem. § 75 (3) SGB XII	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste				SenIAS (neu)
V0306	TOPqw	Erstellung und Verwaltung von Verträgen mit Pflegeeinrichtungen	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste				SenIAS (neu)
V0309	UDO	Umweltdaten-Organisationssystem	Umwelt und Naturschutz - Umweltplanung, -beratung und -information				Zentrale IKT-Steuerung
V0310	ULV-Berlin	Unternehmer und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge	Zentrale Dienste - Innere Dienste	2007	Januar		SenSBW
V0314	VEMAGS	Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwerlasttransporte	Tiefbau und Landschaftsplanung - Straßenverwaltung	2010	Januar		SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0315	Veranstaltungsdatenbank	Übersicht über polizeirelevante Veranstaltungen	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar		SenInnDS - Pol
V0316	VISS	Verkehrsinformationssystem Straße mit Verkehrsmanagementsystem	Ordnungsaufgaben - Ordnung im öffentlichen Raum	2020	Januar		SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0320	VHS-IT	Verwaltungssystem für Kurse an Volkshochschulen	Bildung und Kultur - Volkshochschule				BA Neukölln
V0321	VÖBB	Verbund der öffentlichen Bibliotheken Berlins / Bibliotheksmanagementsystem	Bildung und Kultur - Bibliotheken	2008	Oktober		SenKultEuropa - Stamm
V0322	VU-Urs	Verkehrsunfallursachen	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar		SenInnDS - Pol
V0323	Wahlhelfer-DB	Verzeichnis der Wahlhelfer	Bürgerdienste - Wahlen				BA Fhn.-Krzbg.
V0324	WahlInfo	Abwicklung von Wahlen und Volksbegehren	Bürgerdienste - Wahlen				Zentrale IKT-Steuerung
V0326	WIB (WISKI)	Wasserwirtschaftliches Infosystem Berlin	Umwelt und Naturschutz - Umweltplanung, -beratung und -information	2014	November		SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0328	YADE Bplan	YADE-Fachschale Bebauungspläne	Stadtentwicklung - Stadtplanung				Zentrale IKT-Steuerung
V0329	YADE-GIS	Geografisches Infosystem und darauf aufbauender Fachinformationssysteme	Stadtentwicklung - Stadtplanung				Zentrale IKT-Steuerung
V0330	Zahlungssystem Bergmann	Kassensystem (Barkasse)	Finanzen - Kassenwesen				BA Pankow
V0331	ZAS	Zahlungssystem LABO (Kassenautomaten, eCash, Verfahrensanbindung)	Finanzen - Kassenwesen	2008	Dezember		SenInnDS - LABO
V0332	BULweb (ehem. BUL bzw. ZBN)	Berliner Unterbringungsleitstelle	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste				SenIAS (neu) - LaGeSo
V0333	Museum Plus RiA	Verwaltungs- und Archivierungsprogramm der bezirklichen Kunstsammlung, Onlinebereitstellung von Exponaten etc.	Bildung und Kultur	2016	Juli		BA Pankow
V0335	ZVK/UVK	Zentrale Vormundschaftskasse/Unterhaltsvorschusskasse	Jugend - Jugendamtsangelegenheiten	2008	Januar		SenBildJugFam
V0338	KFZ-Zulassung	Fahrzeug-Zulassungsverfahren	Ordnungsaufgaben - Straßenverkehr	2018	März		SenInnDS - LABO
V0339	AJUKA	Automatisierung der KEJ		2008	Januar		SenJustVA - KG
V0344	Bauwerksarchiv (eBWDOK)	Bauwerksarchivierung Bestandsunterlagen	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2007	Januar		SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0346	BMVI-ITKO-Fachinformationssysteme-Straße	BMVI-ITKO-Fachinformationssysteme-Straßenwesen. Bund-Länderverfahren für die Unterhaltung von Landesstraßen und Ingenieurbauwerken	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2008	Januar		SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0347	Dataflor AVA V6	Ausschreibungssoftware	Zentrale Dienste - Innere Dienste				Zentrale IKT-Steuerung

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0351	DMIS	Bestands-, Projekt- und Störungsdaten der Lichtsignalanlagen	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau	2007	Januar	2025	Dezember	SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0352	DSMWare	Dienstplannerstellung und -abrechnung	Personalwesen - Personalverwaltung	2012	Oktober			SenJustVA - JVA
V0354	PRISMA	Planungsraumbezogenes Informationssystem für Monitoring + Analyse	Stadtentwicklung - Stadtplanung	2010	Januar			SenSBW
V0358	EUMAV	Europäisches Mahnverfahren	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Dezember			SenJustVA - KG
V0359	EUREKAplus2.0	IT-Begleitsystem zur Verwaltung der europäischen Strukturfondsförderung ESF (Gesamt) und EFRE (eine Verwaltung im Land Berlin Berlin). Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2019.	Sonstige Organisationseinheiten - Wirtschaftsförderung	2008	Januar			SenWiEnBe
V0365	KMRDOC	Antragsverwaltung und Ergebnisberichte zu Kampfmitteln	Ordnungsaufgaben - Ordnung im öffentlichen Raum	2012	Februar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0369	MultibaseCS3	Wildtierdatenbank	Umwelt und Naturschutz - Natur- und Artenschutz	2010	Januar			BA Lichtenberg
V0370	MultiCash	Datenerfassung / Datenübertragung Bezirkskasse	Finanzen - Kassenwesen					Zentrale IKT-Steuerung
V0371	Nexus Web	Abrechnungsverfahren für die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten; Bereiche Eigen- und Unternehmerbetriebe	Justiz - Justizvollzug	2012	Januar			SenJustVA - JVA
V0373	SC-OWI (vorm. OWA)	Fahrzeugbeseitigung	Ordnungsaufgaben - Straßenverkehr	2010	Januar			BA Lichtenberg
V0376	ProForst	Forst-DB mit Planungs- und Vollzugsdaten der Berliner Forsten	Umwelt und Naturschutz - Natur- und Artenschutz	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0378	RIBCon	CAD-Anwendung	Tiefbau und Landschaftsplanung - Tiefbau					BA Tphf.-Schbg. - FM
V0382	SoPart	Verwaltungssoftware für die Sozialen Dienste der Justiz , die Führungsaufsichtsstelle sowie die Berliner Justizvollzugsanstalten	Justiz - Justizvollzug	2009	Oktober			SenJustVA - JVA
V0387	VauZettchen	Verwaltungssoftware für Jugendarrestanstalten	Justiz - Justizvollzug	2008	Januar			SenJustVA - JVA
V0390	glforest	Waldkataster-DB mit Forsteinrichtungsdaten und Kartendaten der Berliner Forsten	Umwelt und Naturschutz - Natur- und Artenschutz	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0392	YADE LPlan	YADE Fachschale Landschaftsplan	Tiefbau und Landschaftsplanung - Landschaftsplanung	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0393	ZEDAL	Elektronisches Nachweisverfahren für die Entsorgung von Abfällen (Abfallbegleitscheine)	Tiefbau und Landschaftsplanung	2009	November			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0394	EU-DLR	EU-Dienstleistungsrichtlinie	Ordnungsaufgaben - Gewerbe	2010	Februar			SenWiEnBe
V0395	eGo-Küf	eGovernment für die Künstler/-innenförderung	Bildung und Kultur - Kultur	2011	April			SenKultEuropa - Stamm
V0396	eRegistrator	Unterstützung des Zentralarchivs im Bezirksamt Lichtenberg	Zentrale Dienste - Innere Dienste	2009	Januar			BA Lichtenberg
V0397	IT-BePla	IT Bestands- und Planungsübersicht	Zentrale Dienste - Informationstechnik	2010	Februar	2022	Dezember	SenInnDS - IKT
V0400	Nexus VeLiS	Verwaltungssoftware für Hauskammern in Justizvollzugsanstalten	Zentrale Dienste - Innere Dienste	2009	November			SenJustVA - JVA
V0401	FCMS (ehemals DGL 2000)	Verwaltungssoftware für Küchen in Justizvollzugsanstalten	Justiz - Justizvollzug	2012	November			SenJustVA - JVA
V0403	PROGRESO	Organisationsablauf der juristischen Staatsprüfungen	Justiz	2008	Januar			SenJustVA - Stammhaus
V0404	GStA-Drittschuldner	Generalstaatsanwaltschaft Drittschuldner	Justiz - Gerichtsbarkeit	2008	Januar			SenJustVA - GStA

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0405	ProSoz/K	Leistungen der Kriegsopferfürsorge	Soziales	2008	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0406	EuA	Polizeiliches Einstellungs- und Aufstiegsverfahren	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2009	April			SenInnDS - Pol
V0407	Butler Behörde	Vorgangsverwaltung Betreuungsbehörde	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste					BA Stgl.-Zhldf.
V0408	Bestandsverzeichnis	Zentrales Bestandsverzeichnis aller Liegenschaften (Gebäude) des Landes Berlin	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung	2008	Januar			SenFin
V0410	Vistra	Besucher Aufrufsystem	Bürgerdienste					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0411	Siebel	Ticketsystem Berlin-Telefon	Zentrale Dienste - Informationstechnik					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0412	Krankenhaus-DB	Verwaltung von Betten-Kapazitäten in Krankenhäusern	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0413	eAuskunft	Elektronische Auskunft zu Gewerbedaten	Ordnungsaufgaben - Gewerbe	2008	Dezember			SenWiEnBe
V0415	StD-DB	Steuerungsdienst-Datenbank	Sonstige Organisationseinheiten - Steuerungsdienst	2010	Januar			SenWiEnBe
V0421	Praktikantenbörse	Praktikantenbörse	Personalwesen - Personalverwaltung					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0423	Liegenschaftsverwaltung	Liegenschaftsverwaltung im BA Neukölln	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung					BA Neukölln
V0424	FAMOS	Facilitymanagement- und Inventarsoftware	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung	2009	Januar			SenBildJugFam
V0425	BKI-Kostenplaner	Baukostenermittlung von Neu-/Altbauten und Freianlagen nach DIN 276	Stadtentwicklung - Bau- und Wohnungsaufsicht					BA Neukölln
V0428	iBMS	Integriertes Bildungsmanagementsystem	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2012	Januar			SenInnDS
V0430	PlaSMa	Personalplanungssoftware	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2010	August			SenInnDS - Fw
V0431	ZAMIK	Fuhrparkverwaltung	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2008	Januar			SenInnDS - Pol
V0432	ITSM-Tool	Vorgangsbearbeitungssystem zur Unterstützung von ITSM-Prozessen in Anlehnung an ITIL	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2016	Dezember			SenInnDS - Pol
V0433	MESTA	Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation	Justiz	2012	Januar			SenJustVA - GStA
V0434	TIC Landesmeldestelle	Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst	Ordnungsaufgaben - Straßenverkehr	2015	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0439	eStraße	Leitungsanfragen für Aufgrabungen im Straßenland	Tiefbau und Landschaftsplanung - Straßenverwaltung					BA Stgl.-Zhldf.
V0440	DMS/VBS SenFin	Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem in der fachlichen Ausprägung für die SenFin	Zentrale Dienste - Informationstechnik	2011	November			SenFin
V0441	BAFÖG-Haupt	BAFÖG-ADV Hauptverfahren	Bildung und Kultur					SenWGPG
V0442	Quadriga	Inventardatenbank	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung					Zentrale IKT-Steuerung
V0443	DiDaKat	Digitale Datensammlung im Katastrophenschutz	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Katastrophenschutz	2012	Januar			SenInnDS - Stamm
V0444	FAZIT	Zuwendungsbearbeitung LAGeSo, SenIAS, SenGPG, SenJVA, LAF, SenBJF	Finanzen - Kassenwesen	2012	Januar			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0445	SurvNet 3	Verfahren zum Analysieren der Erkrankungszahlen gem. Infektionsschutzgesetz	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenWGPG
V0447	OPEN/ProSoz	Asylbewerber - Nachfolger von ProSoz/S	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste					SenIAS (neu) - LaGeSo

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0449	EALS	Elektronisches Anmelde- und Leitsystem berufliche Schulen	Schule und Sport - Schulträgerschaft					SenBildJugFam
V0450	BSM Magellan	Einführung der BSM Schulverwaltungssoftware Produkt Magellan	Schule und Sport - Schulträgerschaft					SenBildJugFam
V0451	BMS Untis	Einführung der BSM Stundenplanprogramm Produkt UNTIS	Schule und Sport - Schulträgerschaft					SenBildJugFam
V0452	BMS Untis Web	Einführung der BSM Produkt WebUNTIS	Schule und Sport - Schulträgerschaft					SenBildJugFam
V0455	Kindervorsorgeuntersuchung	Einladungs- und Rückmeldewesen zu den Kindervorsorgeuntersuchungen	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz und -förderung Kinder					Zentrale IKT-Steuerung
V0457	Octoware TN MEDGAM	Software zur Unterstützung der Verfahrensabläufe der Zentralen medizinischen Gutachterstelle (ZMGA)	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenWGP
V0458	VeraDok	Bearbeitung offener Vermögensfragen im ehemaligen Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)	Finanzen - Übergeordnete Finanzangelegenheiten / Controlling	2008	Januar			SenFin
V0459	LagL	Datenbankverfahren des ehemaligen LagL (Lastenausgleich)	Finanzen - Übergeordnete Finanzangelegenheiten / Controlling	2008	Januar			SenFin
V0460	LAROV3DB	Widerspruchsdatenbank des ehemaligen Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)	Finanzen - Übergeordnete Finanzangelegenheiten / Controlling	2008	Januar			SenFin
V0461	PAB.HR	Verfahren zur Auswertung und Hochrechnung von Personalausgaben	Finanzen - Haushalts- und Stellenplanung und -wirtschaft	2014	Oktober			SenFin
V0463	EDEV	Elektronische Verwaltungsakte im OVG und VG	Justiz - Gerichtsbarkeit	2014	März			SenJustVA - OVG
V0464	DEPOS	Fachanwendung im gerichtlichen Hinterlegungswesen	Justiz - Gerichtsbarkeit	2013	Juni			SenJustVA - Stammhaus
V0466	DVQK	Überwachung von Erzeugern, Großmärkten, Wochenmärkten, Lebensmittelgroß- und Einzelhandel nach Qualitäts- und Vermarktungsnormen	Ordnungsaufgaben - Veterinär- und Lebensmittelaufsicht	2017	Februar			SenUMVK
V0467	HelpLine	Inventarisierung und Ticketsystem, Webshop, Vertragsmanagement, Beschwerdemanagement sowie Werkstattsteuerung für die Abteilung Fahrzeug und Geräte	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2013	März			SenInnDS - Fw
V0468	eWH Bekleidung	"elektronisches Warenhaus" für allgemeine Dienstbekleidung in Kooperation mit der ZDPol Brandenburg	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei					SenInnDS - Pol
V0469	Beschäftigten portal	prozessorientiertes, webbasiertes Mitarbeiterportal		2013	Dezember			SenFin
V0470	OSAVweb	Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	Soziales	2012	Juni			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0471	IFAS	Informationssystem für den Arbeitsschutz zur Überwachung von Medizinprodukten	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0472	UmInfo (FirstClass)	Umweltmedizinisches Informationsforum	Gesundheitswesen - Gesundheitsschutz- und Aufsicht					SenIAS (neu) - LaGeSo
V0473	WTG-DB	Wohnteilhabe-Gesetz DB (ehem. Heimaufsicht-DB)	Soziales	2011	November			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0474	LIS-A	Länderinformationssystem für Anlagen gemäß BImSchG	Umwelt und Naturschutz - Umweltordnungsaufgaben	2015	September	2022	Dezember	SenUMVK - SenUVK.Stamm

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0475	Trijus-Fach	Verwaltung der Gerichtsakten	Justiz - Gerichtsbarkeit	2018	Januar	2018	Dezember	SenIAS (neu) - LarbG
V0476	SoPart-Jugendbewährungshilfe	Organisation und Statistik Jugendbewährungshilfe	Jugend	2016	Januar			SenBildJugFam
V0477	INKA-Sharepoint	Interne SharePoint-Kommunikationsplattform SenBildJugWiss	Zentrale Dienste	2014	April			SenBildJugFam
V0478	Abiturdaten	Erfassung statistischer Werte der Abiturjahrgänge	Bildung und Kultur	2010	Januar			SenBildJugFam
V0479	EUREKAFach	Fachverfahren für Geschäftsstellen, Richter und alle übrigen Gerichtsbereiche.	Justiz - Gerichtsbarkeit	2014	März			SenJustVA - SG
V0480	OTRS	Ticketsystem	Bildung und Kultur	2008	Januar			SenBildJugFam
V0491	BePersReg	Berliner Personenstandsregister (Registerverfahren)	Bürgerdienste - Standesamt	2013	Oktober			SenInnDS - LABO
V0495	Funkwerkstatt	Verwaltung von Funkgeräten (auch in Kfz) und deren Reparaturen	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2012	Januar			SenInnDS - Pol
V0497	KIS	Kompensationsinformationssystem - Dokumentation von festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und deren Flächen	Stadtentwicklung - Stadtplanung	2007	Januar			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0499	eKP	Elektronische Kommunikationsplattform	Justiz	2013	Januar			SenJustVA - KG
V0500	elektronische Zeiterfassung	Betrieb der elektronischen Zeiterfassung	Zentrale Dienste	2013	Februar			Skzl - Stamm
V0501	LaBePo - b-intern.de	Landesweites Beschäftigtenportal im Intranet der Berliner Verwaltung (b-intern.de)		2015	August			Skzl - Stamm
V0502	mein.Berlin.de	E-Partizipationsplattform der Berliner Verwaltung		2015	August			Skzl - Stamm
V0503	Servalino HABAU	Haushaltsbasierte Bau- und Auftragsbearbeitung	Zentrale Dienste - Immobilien- und Gebäudeverwaltung	2014	Januar			BA Trept.-Köp.
V0505	Stellenplattform	Stellenplattform „Berliner Stellenausschreibungen für den öffentlichen Dienst“	Personalwesen	2008	Mai			SenFin - LVwA
V0506	Rundschreibendatenbank	Rundschreibendatenbank des Landes Berlin	Zentrale Dienste	2008	Januar			SenFin - LVwA
V0507	Formularverzeichnis	Formularserver Intranet/Formular-Center	Zentrale Dienste	2011	April			SenFin - LVwA
V0508	Bestellservice	Online-Bestellung von Inn-Papiervordrucken	Zentrale Dienste	2011	November			SenFin - LVwA
V0509	Adressdatenbank	Adressdatenbank der Senatskanzlei						Skzl - Stamm
V0511	BERAV	Berliner AFBG-Verfahren (Fortbildungsförderung)	Soziales	2015	Dezember			SenIAS (neu)
V0512	WoFIS	Wohnbauflächen-Informationssystem	Stadtentwicklung - Stadtplanung	2017	Januar	2027	Januar	SenSBW
V0513	AVA (iTWO)	Ausschreibung, Vergabe, Kalkulation und Abrechnung von Bau- und Lieferleistungen mit Bauablaufsimulation, Bauablaufsteuerung und Bauleistungskontrolle (RIB-Software)	Zentrale Dienste	2008	Dezember			SenUMVK - SenUVK.Stamm
V0514	E-Rec (rexx mit AON)	E-Recruiting (Online Bewerbungsmanagement)	Personalwesen	2014	November			SenFin - Stamm
V0516	AMS	Ordnungsamt-Online / Anliegenmanagementsystem	Bürgerdienste	2015	Januar			SenInnDS - LABO
V0517	Berlin-Brandenburg.de	Gemeinsames Internetportal der Länder Berlin und Brandenburg		2008	Januar			Skzl - Stamm

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten		Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0518	Service-Portal / Service App / DLDB	Service-Portal, Dienstleistungsdatenbank (DLDB), Service-App		2011	Mai		Skzl - Stamm
V0519	verinice	IT-Security-Management-Tool	Zentrale Dienste - Informationstechnik	2014	Dezember		BA Stgl.-Zhdff.
V0521	FIRE	mobiles Führungsunterstützungssystem via Applikation (APP)	Zentrale Dienste - Informationstechnik	2014	Januar		SenInnDS - Fw
V0522	ISBJ-UmA	Fachverfahren zur Verwaltung der Daten unbegleiteter minderjähriger Ausländer, dass auf der ISBJ-Plattform betrieben wird	Jugend	2015	Dezember		SenBildJugFam
V0523	EZB-Privatschuldatenbank	Administration und Ressourcenverwaltung im Privatschulbereich	Schule und Sport	2017	August		SenBildJugFam
V0524	AAA	AFIS, ATKIS und ALKIS (inklusive der APK)	Stadtentwicklung - Vermessung, Liegenschaftskataster, Wertermittlung	2015	Dezember		SenSBW
V0526	MS-IT	Musikschul-Verwaltung	Bildung und Kultur - Musikschule				SenKultEuropa - Stamm
V0527	Versorgungsauskunft online	Versorgungsauskunft online	Personalwesen	2016	Mai		SenFin - LVwA
V0528	PortSecurity	DV-Verfahren zur Überwachung von Netzwerk-Ports und Zertifizierung zugelassener Hardware	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2011	Juni		SenInnDS - Pol
V0529	eVerwaltungsakte	elektronische Verwaltungsakte im Bereich der Strafverfolgungsbehörden	Justiz	2018	Dezember		SenJustVA - GStA
V0530	Projekt-Portal	sichere Portal-Lösung für die Abbildung ressort-überschreitender, Projekte mit externer, tw. weltweiter Beteiligung		2012	Februar		SenWiEnBe
V0531	eIP	Elektronisches Integrationsportal	Justiz	2018	September		SenJustVA - KG
V0532	Fahrdienstmanagementsystemen	Planung und Koordinierung der personenbezogenen Fahrdienstleistungen		2017	Februar		SenFin - LVwA
V0533	Technisches Analysesystem TK	Technisches System zur Analyse von Kommunikationsnetzen im Mobilfunkbereich sowie der Detektion und Lokalisierung von Mobilfunkendgeräten	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2016	Juli		SenInnDS - Pol
V0536	PolMan	Polizei Management System für Personal und Dienststellen	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2016	März		SenInnDS - Pol
V0545	KIKA	Kindergeldbearbeitung	Personalwesen	2017	Dezember		SenFin - LVwA
V0546	EuropaDB	Europa Datenbank	Zentrale Dienste	2018	Januar		SenFin - LVwA
V0550	Nexus Curator	Wissensdatenbank für ein Qualitätsmanagement mit Dokumentenlenkung in den medizinischen Bereichen des Berliner Justizvollzuges	Justiz - Justizvollzug	2013	Juni		SenJustVA - JVA
V0552	DAS	Sichere Plattform für Abschluss-Prüfungen an deutschen Schulen im Ausland	Bildung und Kultur	2018	Januar		SenBildJugFam
V0553	KING	Kindergeldberechnung	Personalwesen	2013	August		BA Trept.-Köp.
V0556	e-Ausbildung	Elektronisches Ausbildungsmanagement: Bereitstellung der technischen Rahmenbedingungen über die Anwendung Orbis für die elektronische Erstellung und Verwaltung von Veranstaltungen im Rahmen der Aus- und Fortbildung durch das Kammergericht für die Justiz.	Justiz - Gerichtsbarkeit	2018	Juli		SenJustVA - KG

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0558	LIV	Lehrer-Informations-Verfahren	Schule und Sport	2017	Juli			SenBildJugFam
V0563	RAV	Rentenauskunftsverfahren - Kopfstelle	Personalwesen	2008	Januar			SenFin - LVwA
V0564	BSDB	Bürgerschaftsdatenbank		2020	Oktober			SenFin - Stamm
V0566	pit-Sport	pit-Sport Sportstättenvergabeprogramm/-management	Schule und Sport - Sportförderung	2017	März			BA Pankow
V0568	ORCA AVA	Software für Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung und Kostenplanung von Bauleistungen (ORCA AVA)	Zentrale Dienste - Hochbau	2009	Januar			BA Pankow
V0569	CENTIPEDE	Pflegeausbildungsfonds	Gesundheitswesen	2019	April			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0571	NAP	NetAlarmPro		2014	Mai			BA Pankow
V0572	ME	Mobile Einsatzberichterstattung im Bereich Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2021	August			SenInnDS - Fw
V0573	RIKS	Rettungsdienst Informations- und Kommunikationssystem	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Feuerwehr	2020	August			SenInnDS - Fw
V0574	CommandX	Einsatz-Führungs-Unterstützungssystem für Feuerwehr und Katastrophenschutz	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Katastrophenschutz	2020	Oktober			SenInnDS - Fw
V0575	GJPA-Portal	Verwaltung und Veröffentlichung von Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeitenden des höheren Justizdienstes über ein Webportal		2021	November			SenJustVA - Stammhaus
V0577	eDG	elektronisches denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren	Stadtentwicklung - Bau- und Wohnungsaufsicht	2018	Oktober			SenSBW
V0579	eAkte SenWi	elektronische Aktenführung (DMS/VBS) auf Basis der vom ITDZ bereitgestellten Fachverfahrenssoftware "VIS" der Fa. PDV	Zentrale Dienste	2016	Oktober			SenWiEnBe
V0582	NOWI-neu	Verfahren zur Bearbeitung von nichtverkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten - Nachfolgeverfahren von NOWI	Ordnungsaufgaben	2020	Oktober			SenInnDS - LABO
V0604	AMS	AMS		2020	Oktober			SenIAS (neu) - LaGeSo
V0605	SoPart - ZeWo	SoPart - Zentrale Wohnhilfe	Soziales - Betreuung und Soziale Dienste	2020	Januar			BA Chbg.-Wdf.
V0606	VOIS - PAM	VOIS - Bewohnerparkausweis	Bürgerdienste	2018	April			SenInnDS - LABO
V0607	Online PAM	Online Bewohnerparken - Informationsregister	Bürgerdienste - Bürgerämter	2018	April			SenInnDS - LABO
V0608	EMS-Straße	systematisches, IT-gestütztes, Zustandsbasiertes Erhaltungsmanagement der Stadtstraßen	Tiefbau und Landschaftsplanung - Straßenverwaltung	2020	August	2030	August	SenUMVK
V0609	VOIS - Fusch	Beantragung von Führerscheinen im Bürgeramt	Bürgerdienste	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0611	VOIS - BZR/GZR	Verfahren zur Beantragung von Führungszeugnissen beim Bundeszentralregister (BZR) sowie Gewerberegisterauskünften beim Gewerbezentralregister (GZR)	Bürgerdienste - Bürgerämter	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0612	VOIS - GeKa	VOIS Gebührenkasse	Finanzen - Kassenwesen	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0613	VOIS - ERS	VOIS ehrenamtliche Richter und Schöffen	Bürgerdienste - Wahlen	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0614	VOIS - Wahlen	VOIS-Verfahren zur Abwicklung und Vorbereitung von Wahlen und Abstimmereignissen	Bürgerdienste - Wahlen	2016	Januar			SenInnDS - LABO

Anlage zur Schriftlichen Anfrage S19-14735
IT-Verfahren Bestandsdaten

Grunddaten			Aufgabenkatalog	Betrieb (Geplante- / Ist-Zeiträume)				Verantwortung
V0616	SE-Netz	Kommunikationsmedium zum Austausch von Text- und Mediennachrichten. Einsatzkommunikations- und Unterstützungssystem (EKUS)	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2020	Januar			SenInnDS - Pol
V0617	PABS	Polizeiliche Anforderungsprofile, Beurteilungen und Statistiken	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2011	Januar			SenInnDS - Pol
V0618	FABS	Fotoabzugsbestellsoftware	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2011	Oktober			SenInnDS - Pol
V0619	Widerspruch	Vorgangsverwaltung Widerspruchsbearbeitung	Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten - Polizei	2011	Januar			SenInnDS - Pol
V0622	OLMERA	Online Melderegisterauskunft	Bürgerdienste - Bürgerämter	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0623	OLIWA	Online Wahlscheinantrag	Bürgerdienste - Wahlen	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0624	Online Wahlhelfer	Onlineverfahren zur Registrierung von Wahlhelfenden	Bürgerdienste - Wahlen	2016	Januar			SenInnDS - LABO
V0625	Online Status Pass/PA	Online Statusabfrage Reisepass und Personalausweis	Bürgerdienste - Bürgerämter	2019	Mai			SenInnDS - LABO
V0626	Online Meldebescheinigung	Online Meldebescheinigung	Bürgerdienste - Bürgerämter	2021	Februar			SenInnDS - LABO
V0628	GSI	Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI) des Referates I A (Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, IT-gestützte Fachinformationssysteme) der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG)		2011	Januar			SenWGPG - Stamm
V0629	KKP	Krisenpersonalpool ist eine webbasierte Matching -Plattform zur Unterstützung der Einrichtungen bei pandemiebedingte Personalengpässe.		2020	März			SenWGPG - Stamm
V0630	Gewerbe	Fachverfahren Gewerbe (Gewerbeüberwachung, -Statistik)	Ordnungsaufgaben - Gewerbe	2024	Dezember			SenWiEnBe
V0638	FüReg - ALVA9, OWI9	FüReg - ALVA9, OWI9 - Modul Linien- und Gelegenheitsverkehr	Ordnungsaufgaben - Straßenverkehr	2023	Januar			SenInnDS - LABO

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Abt. Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung

SE Finanzen, Personal und Steuerungsdienst



Vw 0083

Geschäftszeichen (bitte angeben)

XXXX - XXXX/XXXX

FinL, Herr Köppen

Tel. +49 30 9029-12412

Fax +49 30 9029-12079

haushalt@charlottenburg-wilmersdorf.de

elektronische Zugangsöffnung

gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Zimmer 232

November 2022

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, 10617 Berlin

An die Vorsitzende des Unterausschusses

Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung

sowie Bezirke und Personal des

Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses

über

Senatskanzlei - G Sen -

Personalbedarfe im Hinblick auf die Digitalisierung der Fachverfahren

hier: Berichtsauftrag des Unterausschusses aus der Lesung der Bezirkshaushalte

2022/2023 am 23. Mai 2022

Vorgang: 6. Sitzung des Unterausschusses Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal des Hauptausschusses am 23. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der o.g. Sitzung des Unterausschusses erging folgender Berichtsauftrag an die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg:

„Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf wird gebeten, dem UA Verwaltung im Herbst 2022 einen Bericht zu den Personalbedarfen im Hinblick auf die Digitalisierung der Fachverfahren vorzulegen.“

Hierzu führt der Bezirk wie folgt aus:

Aus Sicht des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf ist es nicht möglich, eine belastbare Angabe zu den Personalbedarfen im Hinblick auf die Digitalisierung der Fachverfahren zu geben.

Der Prozess der Digitalisierung von Arbeitsprozessen wird bezirksübergreifend und in Politikfelder unterteilt bearbeitet. Federführend ist dafür die jeweils zuständige Senatsfachverwaltung, die für die bezirklichen Schnittstellen jeweils von einem Bezirk unterstützt wird, dem das jeweilige Politikfeld zugeordnet ist. Für die Politikfelder Finanzen oder Personal ist das beispielsweise der Bezirk Neukölln.

Aus den Quellen für Charlottenburg-Wilmersdorf lässt sich noch nicht mal eine Übersicht über die Anzahl der infrage kommenden Fachverfahren ermitteln. Eine Abfrage bei allen Senatsfachverwaltungen war diesbezüglich nicht opportun.

Generell wird festgestellt, dass sich die nachgefragten Personalbedarfe vermutlich nicht quantifizieren lassen. Ohnehin ist es zu erwarten, dass ein Anteil der entstehenden Mehrbedarfe eher vorübergehender Natur sein wird, da in der Entwicklungs- und Einführungsphase insbesondere (erfahrenes) Bestandspersonal eingesetzt werden dürfte, was diese Aufgabe zusätzlich leiten muss.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat dieses Schreiben mitgezeichnet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Bauch

Bezirksbürgermeisterin

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung
SE Finanzen, Personal und Steuerungsdienst
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

♿ barrierefreier Zugang über Otto-Suhr-Allee 98
Berliner Sparkasse DE19 1005 0000 0710 0116 79

Postbank Berlin DE89 1001 0010 0004 8861 01

Verkehrsanbindung: U-Bahnlinie 7 oder Buslinie M45 (Ausstieg: U Richard-Wagner-Platz).

Mithilfe des folgenden QR-Codes gelangen Sie zur bezirklichen Internetseite:

